DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

298/299 26. JAHRGANG Juli/August 2009

4,50 €

AUS DEM INHALT:

STUDIE

BetreiberInnen von Projekten der Solidarischen Ökonomie haben meist den Anspruch, eine Wirtschaft abseits von reinem Profitdenken zu schaffen. Die Annahme dieser Strukturen durch die NutzerInnen ist jedoch genauso wichtig, wie der meist emanzipatorische Anspruch der BetreiberInnen. Andreas Lehner ging in seiner Diplomarbeit den sich daraus ergebenden Fragen am Beispiel dreier Projekte mit alternativen Strukturen in Wien nach. Seite 3

SOCIAL WEB

Die neuen Möglichkeiten des Internet verändern gesellschaftliche Kommunikationsprozesse. Mithalten kann nur, wer über einen Zugang zum Internet verfügt, die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Bedienung der dafür erforderlichen Technik besitzt und die digitalen Inhalte verstehen kann. Menschen mit Behinderungen, die technische Hilfsmittel zur selbstständigen Nutzung des Computers einsetzen, können aber am Zugang zu bestimmten Angeboten scheitern. »Barrieren und ihre Vermeidung im Web 2.0« auf Seite 4.

AUFKLÄRUNGSSERIE

Der böse MON810-Mais von Monsanto wird gegeißelt, die Freisetzungsversuche von Bayer, BASF und KWS finden hingegen lobende Worte, Proteste gegen sie werden diffamiert oder verschwiegen. Doch die Unterscheidung macht keinen Sinn, denn die Seilschaften in Deutschland und der EU sind kein Stück anders als bei Monsanto und Anderen in den USA. In unserem Text, dem Start einer Aufklärungsserie über den Filz in der deutschen Gentechnik, geht es um die Behörden. Seite 5

AGRARÖKONOMIE

Unser Autor Onno Poppinga befasst sich mit der Ordnung der Landwirtschaft, die er vor allem dadurch charakterisiert sieht, dass Landwirtschaft heute faktisch immer weniger ein Gewerbe und immer mehr eine Dienstleistung an der Gesellschaft ist.
Mehr über den »Bauern-Professor« und Mitbegründer der »AbL« Onno Poppinga ist in einer Rezension von Bernd Hüttner zu lesen. Seite 11/12

GENOSSENSCHAFTEN

Was ist das Andere an Genossenschaften? Das Grundsätzliche an dieser Frage mündet in die Feststellung: Das Primat der Kapitalsteuerung ist bei Genossenschaften ersetzt durch das Primat des Mitgliedernutzens – mit anderen Worten: bei Genossenschaften geht es primär nicht um möglichst hohe Gewinne, sondern um möglichst wirkungsvolle Vorteile für die Mitglieder. Dieser Unterschied mag im ersten Moment konstruiert erscheinen. Er ist es nicht, wie es der Beitrag von Bernd Wulf verdeutlicht. Seite 13

www.contraste.org

TRANSIDENTITÄT

Perspektiven des »Dritten Geschlechts«

»Raus aus dem Zwei-Geschlechter-Gefängnis!« ruft die community der Transidenten der Gesellschaft zu. Die Transfrau Madeleine schildert im CONTRASTE-Schwerpunkt nicht nur ihre persönlichen Erfahrungen im Umgang mit dem »Dritten Geschlecht«, d.h. der Identifikation mit einem anderen als dem körperlich angeborenen Geschlecht, sondern beschreibt das Phänomen in seiner gesellschaftlichen Dimension inklusive seines gesellschaftsverändernden Potentials und dem Umgang damit in alternativen Gemeinschaften.

Marmorfigur eines schlafenden Hermaphroditen im Pariser Louvre Foto: Marie-Lan Nguyen

von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Den früher üblichen Begriff »Transsexualität« kritisiert sie als verfehlt und verwirft ihn als nicht nur diskriminierend, sondern auch falsch. Denn es geht nicht um eine sexuelle Orientierung, sondern um eine vom Mainstream abweichende Identität: Männer, die sich als Frauen empfinden, und Frauen, die lieber dem männlichen Geschlecht angehören wollen. Dabei haben es Transmänner deutlich leichter als Transfrauen, im »normalen« Leben klarzukommen. Sie können nicht wie ein Schmetterlings-Buntbarsch kurzerhand hormonell und körperlich in ihr Wunschgeschlecht hineinschlüpfen. Auch nicht der im Westerwälder Volksmund gebräuchlichen Empfehlung folgen, einfach unter dem Regenbogen durchzugehen, weil dies der Legende nach das Geschlecht verwandelt.

Männlich oder weiblich? Das ist immerzu die Frage – schon bei der Menschen-Geburt. Aber was ist das eigentlich, das Geschlecht? Bestimmen es die Chromosomen? Die inneren, die äußeren Geschlechtsmerkmale? Die Hormone? Das Empfinden? Kultur und Gesellschaft? Braucht man die Zweiteilung überhaupt? Trägt nicht jede/r beide Komponenten in sich in je eigener Mixtur?

»Alles wirkt falsch«, erklärt Madeleine ihr transidentisches Empfinden: »Wenn du sprichst, ist es eine falsche Stimme, die nicht zu dir passen will. Wenn du in den Spiegel schaust, siehst du eine fremde Person. Im Grund können Transidente keine Fehler begehen, da sich ihr Leben doch von Anbeginn als ein einziger Fehler herausstellt. Der Körper wird zum Gefängnis. Die Seele lebt ein Leben im Exil. Körper, Geist und Seele finden nicht zueinander, können keine harmonische Ganzheit entwickeln. Die Folge: Dauerstress. Anhaltende, kaum therapierbare Depressionen und massenhaft psychosomatische Beschwerden. Der Wunsch in den Körper des Wunschgeschlechtes zu schlüpfen wird zur fixen Idee. Alles dreht sich nur noch um diesen Gedanken.

Für viele beginnt eine Odyssee durch Behörden und Institutionen. Juristen, Psychologen, Ärzte verschiedener Fachrichtungen geben sich die Klinke in die Hand im Leben vieler Transidenten. Kaum eine andere soziale Gruppe lebt heute noch so fremdbestimmt. Die klassische Methode der aufwendigen Hormontherapie plus Um-Operation, dem bürgerlich-patriarchalen Denken verpflichtet, geht unhinterfragt vom Zwei-Geschlechter-Modell aus, innerhalb dessen die Transidenten eine krankhafte Abweichung darstellen, welche über die körperliche Angleichung an das gefühlte und gelebte Geschlecht (gender) behoben werden muss. Das Recht auf eine eigenständige Identität wird den Transidenten abgesprochen.« Die Folgen reichen von Sensationalisierung durch die Boulevardpresse über Diskriminierung im Alltag und qua Gesetz bis zu Tätlichkeiten, die wie im Fall der türkischen Transidenten Erbu Soykan sogar tödlich enden können.

Dabei ist die Urform des Menschenwesens in vielen Schöpfungsmythen androgyn, also männlich-weiblich beschrieben. Das erste Menschenpaar der persischen Sage lebte im Garten Eden gemeinsam in einem Körper. Laut griechischem Mythos formte Prometheus den Menschen androgyn aus Lehm – erst Zeus trennte die ursprünglichen Kugelmenschen und entnahm dem weiblichen Körper ein Stück Lehm, das er dem Mann ansetzte. So erhielten Frauen eine blutende Öffnung und Männer einen Auswuchs.

In der bildenden Kunst sind geschlechts-uneindeutige Personen immer wieder Sujet gewesen – bei Leonardo da Vinci etwa »Johannes der Täufer« und bei Marcel Duchamp dessen Mona Lisa mit Schnurrbart.

Theoretisch geriet die Zweigeschlechtlichkeit ins Wanken, als u.a. Magnus Hirschfeld, Michel Foucault und Judith Butler sie dekonstruierten. Insbesondere die neuere Wissenschaftsrichtung der »Queer Theory« geht davon aus, dass Menschen sich selbst definieren sollen und diese Selbstdefinition die einzig gültige »Identitätserklärung« ist. Viele Ärzte hingegen sprechen von einer »Störung der Geschlechtsentwicklung«, die – zuweilen immer noch brachial – medizinisch zu behandeln ist.

Unser CONTRASTE-Schwerpunkt lädt Leserinnen und Leser ein, die »Geschlechterfrage« im Licht der Transidentität zu überdenken.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

ENERGIEGENOSSENSCHAFT

Ziel: 100 Millionen für Kauf

Wenn der Energieversorger Eon in diesem Jahr seine Tochter Thüga abstößt, will eine südbadische Genossenschaft einen deutlichen Anteil daran erwerben. Zwei Millionen Euro stehen schon bereit.

Bernward Janzing, Red. Genossenschaften ● Die südbadische Initiative Energie in Bürgerhand sammelt derzeit auf Treuhandkonten Geld ein, um einen möglichst großen Anteil des Energieversorgers Thüga zu kaufen. Den will der Energiekonzern Eon auf Druck des Kartellamtes vermutlich im Sommer oder Herbst abstoßen. Bis zu 100 Millionen Euro an Eigenkapital will die genossenschaftlich organisierte Energie in Bürgerhand für diesen Kauf sammeln.

Kommt der Transfer zustande, dürfte er als eine der spektakulärsten Aktionen der vergangenen Jahrzehnte in die deutsche Stromgeschichte eingehen. Denn der Wert von Thüga wird mit drei bis vier Milliarden Euro veranschlagt. Sie besitzt Anteile an 110 kommunalen Versorgern, unter anderem 47 Prozent an der Freiburger Badenova. Wird die Thüga unabhängig, wird sie nach den großen vier Energiekonzernen der nächstgrößte Versorger Deutschlands sein.

Energiekonzern von unten

Aufsichtsratsvorsitzender von Energie in Bürgerhand ist Michael Sladek aus Schönau im Wiesental. Der Stromrebell sammelte zusammen mit anderen Schönauern bereits Mitte der neunziger Jahre einen Millionenbetrag ein, um das örtliche Stromnetz zu kaufen. Heute sind die daraus erwachsenen Elektrizitätswerke Schönau ein Ökostromversorger mit bundesweit mehr als 80.000 Kunden.

Sladek begründet – ähnlich wie beim Netzkauf damals – auch die neuerliche Aktion mit ihrem dreifachen Gewinn: Die Bürger erhielten Einfluss auf die Geschäftspolitik der Thüga. Energiepolitik werde damit nicht mehr von oben verordnet, sondern man habe »die einmalige Chance von unten her einen ökologischen Energiekonzern aufzubauen«. Zudem verhindere man den Abfluss von Geld aus der Region, weil die Gewinne des Unternehmens wieder den Bürgern vor Ort zugute kämen. Und schließlich biete das Konzept den Bürgern in Zeiten unsicherer Kapitalmärkte eine sichere Geldanlage. Im vergangenen Jahr habe die Thüga eine Umsatzrendite von elf Prozent erzielt. Auch wenn solche Erträge nicht immer zu erwarten seien, sei das Investment eine solide Anlage.

Der Freiburger Rechtsanwalt Friedhelm von Spiessen betreut nun die Treuhandkonten, die bei mehreren Banken eingerichtet wurden. Ab 500 Euro kann jeder Bürger einsteigen. Kommt es zum Kauf, wird das Geld entsprechend eingesetzt, andernfalls fließt es mit Zinsen an die Geldgeber zurück.

Die Bürger streben maximal den Kauf rund eines Drittels der Firmenanteile an. Für zwei Drittel gibt es bereits Interessenten aus der kommunalen Energiewirtschaft. Die drei großen Versorger Mainova in Frankfurt, Stadtwerke Hannover und N-ergie Nürnberg bewerben sich zusammen für rund 45 Prozent der Anteile. Eine Reihe kleinerer Versorger – darunter auch die Badenova – will weitere 15 bis 25 Prozent erwerben. Wie auch bei der Badenova sind es zumeist die Thüga-Töchter, die die einmalige Chance sehen, sich in ihre Mutterfirma einzukaufen.

Wer am Ende den Zuschlag erhält, entscheidet alleine Eon. Wortkarg heißt es aus der Konzernzentrale, man habe keine Eile. Es werde nach wirtschaftlichen Erwägungen entschieden.

Wieviel Geld kommt zusammen?

Entscheidend für einen möglichen Zuschlag an die Bürgergenossenschaft dürften zwei Faktoren sein. Zum einen die Frage, wie viel Geld sich in den kommenden Wochen auf den Konten ansammelt. Wird ein zweistelliger Millionenbetrag erreicht, was bei Ausdehnung der regionalen Kampagne auf ganz Deutschland realistisch ist, hätte das eine erhebliche Signalwirkung. Und als zweiter Faktor kommt die Politik ins Spiel: Je stärker Berlin sich für das Bürgerunternehmen stark macht, umso schwerer dürfte es Eon fallen, die Anteile der Thüga an ausländische Investoren oder internationale Energiekonzerne zu verkaufen.●

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Bericht über Polizeigewalt gegen ProzessbesucherInnen
Während eines Prozesses im Düsseldorfer Oberlandesgericht gegen den nach § 129b StGB verfolgten Faruk Ereren kam es zu erheblicher Polizeigewalt und willkürlichen Freiheitsberaubungen durch das Gericht. Aus dem Bericht auf indymedia: »Kurz vor dem Verlassen des Prozessgebäudes wurden sie auf richterliche Anordnung von mindestens 10 Justizvollstreckungsbeamten zurück in den Zuschauerraum geführt und bekamen ohne Begründung die Ansage, bis 14.15 Uhr festgesetzt zu werden. Anschließend wurden sie in zwei Gruppen in den Kellerbereich des Prozessgebäudes geführt. Auf die vielfach vonseiten der BesucherInnen getätigte Forderung nach rechtlicher Begleitung, wurde das Licht der Zelle gelöscht und von mindestens 15 Justizbeamten gestürmt. Ein Besucher wurde mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen, weitere zu Boden gedrückt, an den Haaren gerissen und brutal durch den Raum geschleudert.«
siehe: http://de.indymedia.org/2009/05/251957.shtml

Strafverfahren: Ankläger ist immer der Staat
Da in »linken« Kampagnen zur Zeit aus PR-Gründen mehrfach die Behauptung verbreitet wurde, unbeliebte Konzerne würden ihre KritikerInnen anklagen, sei folgende Klarstellung gemacht: Ankläger in Strafverfahren ist immer die Staatsanwaltschaft. Sie ist Teil der Exekutive, also des aktiven Staates. Ziel einer Anklage ist die Wiederherstellung der Rechtsordnung, die durch das Übertreten von Gesetzen als gestört gilt. Der Staat spricht sich also das Recht zu, den Rechtsrahmen als solchen zu schützen. Ob die konkrete Handlung jemanden gestört hat oder nicht, spielt zuerst einmal keine Rolle. Allerdings sieht das Strafrecht vor, dass bei bestimmten Straftatbeständen irgendeinE BetroffeneR einen Antrag auf Strafverfolgung stellt. Zwar kann die Staatsanwaltschaft ersatzweise auch ein besonderes öffentliches Interesse feststellen (außer bei Hausfriedensbruch, wo auch das nicht geht), aber das tut sie regelmäßig »nur« bei politisch motivierten Straftaten. Bei aller berechtigten Kritik an Konzernstrategien muss klar sein: Beim Anzetteln von Strafverfahren ist der Staat der Täter!

Prozess wegen Sprengstoffinfos im Internet
Am 31. März 2009 fand am Berliner Amtsgericht ein Prozess gegen den Journalisten und Schriftsteller Burkhard Schröder statt. Schröder wurde vorgeworfen, dass er Anleitungen zum Bombenbau ins Internet gestellt hatte und somit gegen das Waffengesetz verstieß. Am 12. November 2008 war es deswegen bei Schröder zu einer Wohnungsdurchsuchung und Beschlagnahme seines Computers gekommen, die im Internet zu heftiger Kritik geführt hatte. Der erste Prozesstag gegen Burkhard Schröder ist indes ergebnisarm verlaufen. Es müsste erst einmal ein Gutachten angefordert werden, ob die genannten Sprengstoffe überhaupt gefährliche Waffen seien. Staatsanwalt, Richter und Rechtsanwältin hätten da nämlich keine Sachkunde. Der Blog des Angeklagten: www.burks.de/burksblog.

Staatlich organisierte Freiheitsberaubung in Mannheim
In der JVA Mannheim wurde ein Gefangener 20 Tage festgehalten, obwohl seine Haft abgesessen war. Trotz expliziten Hinweisen auf diese Tatsache wurde er fast drei Wochen länger eingesperrt, als es zulässig gewesen wäre. Der Gefangenen Rundbrief »Mauerfall« berichtet in seiner aktuellen Ausgabe über eine Freiheitsberaubung in der JVA Mannheim. Demnach ist am Montag den 30. März 2009 ein Gefangener zu einem Termin vor dem Landgericht geführt worden. Wegen angeblicher Fluchtgefahr wurden ihm dabei sogar Handschellen angelegt. Erst während des Anhörungstermins stellte der Richter fest, dass der Gefangene schon am 11. März hätte frei gelassen werden müssen. Er befragt den Gefangenen daraufhin zu dieser Tatsache und der Gefangene bestätigte dies. Er hätte zudem vermehrt auf die Tatsache hingewiesen, sei aber nicht entlassen worden. Der Gefangene wurde daraufhin gegen seinen Willen erst einmal wieder zurück ins Gefängnis verbracht, um dann in einer Blitzaktion entlassen zu werden.

Aber nicht nur Freiheitsberaubung ist in der JVA Mannheim an der Tagesordnung – die Anwaltspost einzelner Gefangener wird systematisch zensiert. »So haben diese Gefangenen keine Möglichkeit sich mit Hilfe eines Anwalts zu verteidigen oder gegen Maßnahmen der JVA Mannheim vorzugehen«, klagt der Insasse Peter Grunendahl. Seine Anwaltspost mit der Anwältin Julia Heims wurde schon drei Mal von der JVA Mannheim zensiert, insgesamt weiß Grunendahl von 8 Anwaltsbriefen, die die JVA Mannheim zensiert hat. Mehr auch unter: http://de.indymedia.org/ 2009/05/251765.shtml.

Knastprivatisierung am Beispiel Berlin
In einer Untersuchung zu verschiedenen Knastformen kommt das Gutachterkonsortium PSPS, Drees & Sommer Berlin GmbH und Hogan & Hartson Raue L.L.P. zu dem Schluss, dass das PPP-Modell um 6,70% (barwertig: 11,8 Mio Euro über 25 Jahre Laufzeit) wirtschaftlicher wäre als die Eigenrealisierung; das Investorenmodell wäre noch 0,38% (barwertig: 680.000 Euro über 25 Jahre) wirtschaftlicher als die Eigenrealisierung. Ausgiebig widmen sich die Gutachter der Frage der »Gefangenenbeschäftigung« (rechtlich handelt es sich dabei um Zwangsarbeit); auf S. 44 des Gutachtens heißt es: »Das Land Berlin beabsichtigt (...) auch die Gefangenenbeschäftigung einem privaten Partner zu übertragen«. Entlohnt sollen die Gefangenen in diesen Unternehmerbetrieben mit Lohnstufe 2 werden; dies bedeutet 88% des normalen Gefangenenlohns. In Zahlen: circa 1,15 Euro pro Stunde! Vorgabe des Senats sei, dass in der JVA Heidering keinerlei Produkte, die für den Eigenverbrauch der JVA oder des Landes (z.B. Möbel, Bäckerei) bestimmt sind, hergestellt werden sollen, sondern alle hergestellten Produkte »wettbewerbsfähig auf dem privaten Absatzmarkt vertrieben werden« müssen. Weitere Infos auf: http://de.indymedia.org/ 2009/05/251499.shtml.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Unser täglich Mannichl ...
Wer die Polizei ärgern will, könnte nachfragen, wie es um den (inzwischen ehemaligen) Passauer Polizeichef steht. Der war niedergestochen worden und hatte dafür Nazis verantwortlich gemacht. Peinlicherweise stammte das Messer aber aus seiner Küche. Seit das klar war, gilt für die große Sonderkommission: Bitte versagen beim Ermitteln! Staatliche Behörden dienen halt vor allem sich selbst: Eliten und willigen VollstreckerInnen. Sie müssen geschützt werden – auch wenn sie lügen, die Messer wetzen oder politische Gegner umlegen.

Ach ja, Kurras – jetzt ist er plötzlich auch bei der FAZ ein Mörder. Seine Tat hat sich nicht geändert, aber er ist nun nicht mehr Teil der willigen Vollstrecker, die es zu schützen gilt ...●

Jörg Bergstedt

AKTION 2009 – GEBURTSTAGSVORBEREITUNG

Hurra – wir werden 25!

Waaas – ein viertel Jahrhundert CONTRASTE – das können wir ja selbst kaum glauben! Aber 25 – das ist doch eigentlich ein jugendliches Alter. Da ist man aus der Phase der größten Tiefpunkte und über die größten Höhenflüge hinweg und wird langsam »erwachsen« (?).

Redaktion Heidelberg ● Höhenflüge gab es beim sich über die Jahre immer wieder neuformierenden Redaktionskollektiv genug – natürlich immer mit dem Anspruch, CONTRASTE bekannter zu machen und den in ihr vertretenen Ideen einen größeren Verbreitungsgrad zu verschaffen, sowie der Zeitung eine solide finanzielle Basis zu geben.

»CONTRASTE soll im Magazinformat erscheinen«, hieß es da.

»Glanzvoll und am besten mit vielen Anzeigen, von deren Auftraggebern man sich abhängig macht?« fragten Andere.

Wie sieht es mit der redaktionellen Unabhängigkeit einer Zeitung aus, die sich den Anspruch auf die Fahnen geschrieben hat, kritisch und unabhängig zu sein? Alles und jeden ohne Druck von außen, kritisieren zu dürfen? Von dem Beispiel der taz, die aus finanzieller Not Anzeigen der Atom- und Rüstungslobby abdruckt, kann man sich jedenfalls nur mit Ekel abwenden.

Oder: »CONTRASTE soll an Bahnhofskiosken verkauft werden, um mehr Menschen zu erreichen«. Was die einen in euphorische Stimmung versetzt hatte, ließ wiederum andere nur mit dem Kopf schütteln und schmunzeln. CONTRASTE am Bahnhofskiosk im Zeitungsständer direkt neben der Bildzeitung? Kann man das finanziell leisten (höhere Vertriebs- und Druckkosten), soll man das und ... will man das überhaupt?

Oder: CONTRASTE sollte doch öffentliche Fördergelder in Anspruch nehmen. Aber hat nicht gerade das Streichkonzert öffentlicher Fördergelder Anfang der 90er Jahre und der Einsatz von immer mehr ABM-Kräften (oftmals ohne ideellen Bezug zum Projekt) in alternativen Projekten zur Schließung derselben (damit einher ging übrigens auch eine Kündigungswelle von CONTRASTE-Abonnements) geführt?

Ziel und Zweck war und ist es bis heute geblieben, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, über die Aktivitäten der vielen kleinen und großen Alternativprojekte zu berichten, damit Vernetzungsarbeit zu leisten und Grundsatzdiskussionen über die herrschenden Verhältnisse in der Zeitung zu führen (und somit nicht »erwachsen« im Sinne des Systems zu werden).

Die Aufbruchstimmung selbstverwalteter Betriebe Anfang der 80er Jahre, mit der Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Leben und Arbeiten und Zeit für politische Aktionen, hat einiges bewegt – auch wenn viele Betriebe im Laufe der Zeit erkennen mussten, dass es keine Inseln im kapitalistischen Wirtschaftsgefüge geben kann. Geblieben ist dennoch der politische Anspruch eines anderen Wirtschaftens, einer Solidarischen Ökonomie.

Viele neue selbstorganisierte Projekte haben aus den gemachten Erfahrungen der Selbstverwaltungswirtschaft profitiert und ihre Konzepte im Rahmen einer Solidarischen Wirtschaft weiterentwickelt. Die erfolgreichen Kongresse »Anders Arbeiten – oder gar nicht?!« (1999), »Solidarische Ökonomie« (2007 in Berlin und 2009 in Wien) verdeutlichen das große Interesse am anderen Wirtschaften und Leben.

Um diesen Weg auch die nächsten 25 Jahre fortsetzen und begleiten zu können, haben wir als Zeitungsprojekt den Wunsch, möglichst ohne finanzielle Probleme über die Runden zu kommen und wünschen uns selbst zum Geburtstag im Oktober eine stabile Abo-Situation. Nötig sind hierzu noch 140+ neue Abos und bis dahin viele Spenden. Geburtstagsanzeigen von Betrieben, Projekten und Initiativen für unsere Jubiläumsausgabe im Oktober sind übrigens auch willkommen.

AKTUELLE SITUATION

Im Monat Juni gab es drei neue Abos – darunter zwei Auslandsabos (Österreich und Schweiz), und ein Buchhandelsabonnement. Leider aber auch eine Abo-Kündigung und die Kündigung einer Fördermitgliedschaft über 100 EUR.

Auf unserem Spendenkonto gingen 133 EUR ein. Zusammen mit dem Minderertrag aus der gekündigten Fördermitgliedschaft benötigt das Zeitungsprojekt nun noch 1.322 EUR in diesem Jahr.

Nachfolgend die Spenden:
● Kai Böhne, Göttingen (60 EUR)
● Herbert Hauck, Neckarbischofsheim (3,20 EUR)
● Mark Weinem, Oberhausen (27 EUR)
● Regine Hueck, Karstädt (10 EUR)
● Stefan Pofahl, Ulm (33 EUR)

Herzlichen Dank!

Eine Bitte noch an diejenigen LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen: Wir verschicken gerne kostenlose Überdrucke zur Werbung für unsere Zeitung. Versandkostenfreie Bestellungen unter: contraste@online.de●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 1.322 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 140+ Neuabos

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: Creative Outlaws UK Undergound 1965-1971

Dem Andenken an den legendären britischen Radio-DJ John Peel, der in seinen Sendungen viele innovative und bahnbrechende Bands gespielt hat, gewidmet ist der vorliegende Sampler »Creative Outlaws. UK Underground 1965-1971«. Nach dem bereits vor ein paar Jahren ein adäquater Sampler für den amerikanischen Undergroundpop bei Trikont erschienen ist, widmet sich der vorliegende nun der Entwicklung des englischen Pops, der gerade in jener Dekade wichtige Weichen stellte, die bis heute die Rockgeschichte prägen.

Den Auftakt übernehmen Eric Burdon & The Animals (»Winds of Change«), die mit ihrer antikapitalistischen Haltung für Aufsehen sorgten. Ihre Musik ist eine interessante Mischung aus Jazz-, Rock'n'Roll- und Psychedelic-Elementen. Allgemein finden sich zeitgeschichtlich bedingt viele stark Psychedelic-beeinflusste Bands darunter – wie z.B. The Nice, The Yardbirds. Weiterhin finden sich mit The Small Faces (»Whatcha gonne Do about it«) und John's Children (»Desdemonia«) zwei bis heute unvergessene Mod-Bands auf der Scheibe, die neben The Who die Mod-Subkultur wohl am stärksten geprägt haben.

Eine andere, in Deutschland weitgehendst unbekannte Band ist die Edgar Broughton Band, die als ein Flaggschiff des britischen Politrocks gilt. In einer Undergroundcompilation darf natürlich auch

Arthur Brown (»Nightmare«) nicht fehlen, der mit seinem Song »Fire« einen Evergreen beschert hat. Auch der Beitrag von Fairport Convention (»Pery's song«) kann als eine Perle gelten – es handelt sich um einen lange Zeit unveröffentlichten Song von Bob Dylan. Der Sampler bietet einen sehr guten und weitgefächerten Überblick über die britische Undergroundszene – von Mod-Rock, über Psychedelic bis hin zu und Folksongs. Sie präsentiert dabei einige vergessene bzw. kaum bekannte musikalische Perlen. Ergänzt wird diese Zusammenstellung wiederum von einem umfangreichen zweisprachigen Booklet mit Hintergrundinformationen über die Band und die musikgeschichtlichen Rahmenbedingungen.●

DJ Chaoz

Creative Outlaws. UK Undergound 1965-1971
(Trikont / Indigo)

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

STUDIE ÜBER ALTERNATIVE BETRIEBE

Alltag in Utopia

In Projekten der Solidarischen Ökonomie besteht von Seiten der BetreiberInnen meist der Anspruch, eine Wirtschaft abseits von reinem Profitdenken zu schaffen. Einige dieser Projekte sind frei öffentlich zugänglich, jede/r NutzerIn kann und soll die alternativen Regeln befolgen und mittragen. Das gilt etwa für Umsonstläden, alternative Währungsprojekte, Tausch- und Selbsthilfenetzwerke. Damit diese Projekte längerfristig funktionieren können, ist die Annahme der alternativen wirtschaftlichen Strukturen durch die NutzerInnen jedoch genauso wichtig, wie der meist emanzipatorische Anspruch der BetreiberInnen.

Buffet im Wiener Deewan Foto: saikofish / Lou

Andreas Lehmer, Wien ● Es ist eher als Stärke, denn als Schwäche eines Projektes zu werten, wenn auch Menschen von den Vorzügen alternativer Wirtschaftsprojekte überzeugt werden, die sich nicht für »abgehobene« Aspekte wie Systemveränderung interessieren. Wenn man aber akzeptiert, dass die oft idealistischen Interessen der BetreiberInnen solidarökonomischer Projekte nicht unbedingt jene der NutzerInnen sein müssen, stellt sich die Frage: Was sind dann die Motive? Und unterscheidet sich das wirtschaftliche Handeln von NutzerInnen solidarökonomischer Projekte überhaupt von jenem »normaler« KonsumentInnen? Diesen Fragen bin ich in meiner Diplomarbeit nachgegangen, einige Ergebnisse werde ich im folgenden Artikel präsentieren.

Die Studie konzentriert sich auf drei Projekte mit alternativen wirtschaftlichen Strukturen, denen jeweils ein möglichst ähnliches, aber »konventionelles« Vergleichsprojekt gegenübergestellt wurde. Durch Beobachtungen, Interviews und Fragebögen habe ich versucht, das wirtschaftliche Handeln der NutzerInnen besser zu verstehen. Die Projekte befinden sich alle in Wien. Es handelt sich um einen Umsonstladen (»Kost-Nix-Laden«) vs. einen Second-Hand-Laden; ein Lokal bei dem die Höhe der Speisenpreise von den NutzerInnen nach dem pay-as-you-wish Prinzip frei bestimmbar ist (»Wiener Deewan«) vs. einer Studentenmensa; eine Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt (»WUK-Selbsthilfewerkstatt«) vs. einem kommerziellen Radgeschäft mit Reparaturwerkstatt.

Alles völlig normal?

Der Vergleich des beobachteten Handelns der NutzerInnen alternativer und »herkömmlicher« Projekte ergab zunächst, dass Unterschiede auf dieser Ebene relativ gering sind. Alternative Strukturen *ermöglichen* zwar alternatives Handeln, bei der Mehrzahl der NutzerInnen ergeben sich aber sehr bald Handlungsroutinen, die jenen in normalen Handelsbetrieben stark ähneln. Ob für Waren und Leistungen fixierte Preise existieren; ob die Preishöhe von den NutzerInnen selbst bestimmt werden kann oder ob gar keine Preise verlangt werden – Handlungsroutinen ändern sich durch diese Faktoren offenbar nicht wesentlich. Die Kostenlosigkeit der Waren scheint z.B. im Kost-Nix-Laden nicht in großem Maße dazu zu führen, dass eine genaue Begutachtung der Waren unterbleiben würde; die prinzipiell von den KonsumentInnen bestimmbare Höhe der Speisenpreise im Wiener Deewan wird in vielen Fällen durch die routinierte Zahlung eines immer gleichen Betrages ersetzt. Dieses Ergebnis interpretiere ich so, dass gelernte und über Jahre relativ gleichförmig ausgeübte Handlungsweisen beim Konsumieren von Gütern und Dienstleistungen auch dann nicht stark geändert werden, wenn es durch einen geänderten wirtschaftlichen Modus eigentlich möglich wäre.

Auch unsoziales Ausnutzen der alternativen Systeme ist selten: kaum jemand abseits von Teenagern auf der Suche nach Mutproben will sich im Wiener Deewan den Bauch voll schlagen und dann nichts zahlen. Kaum jemand hat ein gutes Gefühl dabei, im Kost-Nix-Laden nur Waren zu nehmen und nie etwas vorbei zu bringen – obwohl das dezidiert von Seiten der BetreiberInnen als legitim befunden wird. Aber das Gefühl, eine wirtschaftliche Leistung durch eine als angemessen empfundene Gegenleistung ausgleichen zu wollen, ist offenbar bei den meisten Leuten tief verwurzelt, zumindest dann, wenn man dem Anbieter der Leistung unmittelbar gegenübersteht. Insgesamt begreife ich diese Stabilität des wirtschaftlichen Handelns der KonsumentInnen als eine gute Grundvoraussetzung für weitere Experimente mit alternativem ökonomischen Modi. Scheinbar besteht weit mehr Gestaltungsspielraum für die Ausformung verschiedener ökonomischer Modi in unserer Gesellschaft, als gemeinhin vermutet wird.

Anzeige

Menschen haben mehr als ein Motiv für ihre Handlungen – auch in der Wirtschaft

Egal bei welcher wirtschaftlichen Handlung – die Motive dafür sind vielfältig. Nur wenige Menschen würden zu einem Geschäft gehen, das billig, aber viele Kilometer entfernt ist; kaum jemand würde ein Restaurant mit angenehmem Ambiente, aber schlechten Speisen besuchen. Diese Vielfalt an Nutzungsgründen gilt auch bei alternativen wirtschaftlichen Projekten. In meiner Untersuchung habe ich die NutzerInnen der sechs Projekte gebeten, die drei wichtigsten Motive für den Besuch des jeweiligen Projekts zu nennen.

Zusätzlich konnten auch noch andere Motive angegeben werden. Vom individuellen Eigennutz (z.B. günstige Preise, gute Qualität) über soziale Faktoren (wie z.B. Freundlichkeit des Personals) bis zu ideellen Motiven (z.B. anderen Menschen durch Spenden helfen) reichen die Angaben. Jedes der untersuchten Projekte scheint ein in meinem Vergleich einzigartiges Nutzungsprofil zu besitzen. Hier zeigt sich die wichtige Rolle des Eigencharakters der Projekte: so werden in manchen Projekten die Freundlichkeit des Personals oder die Atmosphäre von vielen KonsumentInnen als wesentliches Nutzungsmotiv angegeben, auch diesbezüglich spielt der alternative Charakter der Projekte keine Rolle.

Nutzungsmotive im Detail

Nun zu den Nutzungsmotiven, welche die alternativen Projekte klar von den »normalen« Vergleichsprojekten unterscheiden. Für die drei untersuchten alternativen Projekte wird zumindest von einem Teil der Konsumenten das Nutzungsmotiv »das Projekt unterstützen« zu wollen (oder allgemeiner »alternative Projekte unterstützen« zu wollen), als einer der Hauptnutzungsgründe genannt. Zwei Drittel der befragten Besucher des Kost-Nix-Ladens geben an, dass das Motiv, das Projekt unterstützen zu wollen, zu den drei wesentlichsten Gründen des Besuchs zählt. Beim Wiener Deewan sind es 44% und bei der WUK-Selbsthilfewerkstatt 28%. Die Bedeutung, die KonsumentInnen diesem Motiv zusprechen, schwankt zwischen den Projekten also beträchtlich.

Dennoch scheint in allen alternativen Projekten die Unterstützungsabsicht für einen Teil der NutzerInnen bedeutsam zu sein. Diese Art der Solidarität mit den alternativen Projekten zeigt, dass durch alternative ökonomische Modi ein zusätzliches Nutzungsmotiv eine Rolle spielt, das bei rein kommerziellen Projekten nicht vorhanden ist. Gleichzeitig gibt es kaum NutzerInnen, bei denen dieser Nutzungsgrund allein ausreichend ist. Mit Ausnahme derjenigen Menschen, die im Kost-Nix-Laden nur Spenden vorbeibringen, selbst aber nicht daran interessiert sind, etwas mitzunehmen, spielen fast immer andere Gründe eine wichtige(re) Rolle. So sind etwa günstige Preise und die Qualität der Speisen im Wiener Deewan für jeweils etwa 60% der befragten NutzerInnen eines der drei Hauptnutzungsgründe. Für über 60% der NutzerInnen der WUK-Selbsthilfewerkstatt sind günstige Preise eines der Hauptnutzungsmotive. Sehr wichtig sind hier auch die »emanzipatorischen« Nutzungsmotive, das Rad selber reparieren zu wollen und dabei etwas lernen zu wollen, die jeweils von etwa 50% der Befragten genannt wurden. Überraschend gering ist die Rolle, welche die befragten BesucherInnen des Kost-Nix-Ladens der Tatsache beimessen, dass sie hier gratis Waren erstehen können: nur 20% nennen das als ausschlaggebend für ihren Besuch. Hier überwiegen die idealistischen Nutzungsmotive, das Projekt unterstützen zu wollen (66%) sowie anderen eine Freude machen zu wollen (41%). Auf die Frage, ob Idealismus bei NutzerInnen von Projekten der Solidarischen Ökonomie eine wesentliche Rolle spielt, gibt es daher keine pauschale Antwort: so unterschiedlich wie die Projekte der Solidarischen Ökonomie selbst sind, so unterschiedlich sind auch die Nutzungsmotive.

Mehr Eigenverantwortung ist NutzerInnen zumutbar

Wenn man an alternative ökonomische Projekte denkt, dann würde man wohl vermuten, dass die Handlungen der BetreiberInnen, wie der NutzerInnen, weniger an starren Verhaltensabläufen orientiert sind; dass hier mehr kommuniziert wird; dass die NutzerInnen mehr kooperieren als in herkömmlichen wirtschaftlichen Projekten. All das stimmt zwar für manche der von mir untersuchten Projekte, aber nicht für alle. Dazu muss gesagt werden, dass ich als Vergleichsprojekte bewusst sehr ähnliche Projekte der »Normalwirtschaft« gewählt habe – der Vergleich etwa mit einem Supermarkt würde hier mehr Unterschiede ergeben.

Aber hier geht es mir darum, strukturelle Gemeinsamkeiten von alternativen Projekten ausfindig zu machen. Am stärksten wirkt sich diesbezüglich die Selbständigkeit von NutzerInnen im Vergleich zu den »normalwirtschaftlichen« Projekten aus. NutzerInnen führen Tätigkeiten durch, die sonst Sache des Personals sind: sie schlichten im Kost-Nix-Laden Waren ein, nutzen in der WUK-Selbsthilfewerkstatt eigenmächtig die Infrastruktur der Radwerkstatt oder bestimmen im Wiener Deewan die Höhe der Preise. Das Rollenbild von KundInnen, die vom Personal Bedienung erwarten können, verschiebt sich so zu NutzerInnen, die im wirtschaftlichen Projekt eigenverantwortlicher und selbständiger agieren.

Dieses emanzipatorische NutzerInnenhandeln, das ich in allen drei meiner alternativen Projekte stärker als in den Vergleichsprojekten beobachtet habe, ist allerdings an diverse Faktoren geknüpft. Nicht alle NutzerInnen der alternativen Projekte sind willens, eigenverantwortlich zu agieren, teilweise fehlen auch Wissen oder Zeit dafür. So fühlen sich manche NutzerInnen durch die eigenständige Preisbestimmung überfordert oder unter Druck gesetzt, sind auf die ständige Hilfe bei der Radreparatur angewiesen oder nutzen die Eigenverantwortung im Kost-Nix-Laden aus, um sich möglichst viele Waren anzueignen und diese weiterzuverkaufen. Trotz dieser Einschränkungen funktioniert das selbständige(re) NutzerInnenhandeln in den meisten Fällen ohne gröbere Komplikationen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass NutzerInnen ihr Handeln zwar nicht völlig umstellen, wenn sie mit alternativen wirtschaftlichen Strukturen konfrontiert sind. Aber sie kommen meist gut mit diesen zurecht. Gerade weil alternative Strukturen oft einfach und intuitiv verständlich sind, erleben viele Menschen ein Aha-Erlebnis: so kann Wirtschaft auch funktionieren. Neben der bei uns etablierten KonsumentInnenrolle scheinen diverse andere Modelle der Nutzung wirtschaftlicher Projekte Platz zu haben, ohne dass man erst auf große Systemveränderung warten müsste.●

Die Diplomarbeit »Wirtschaftliches Handeln von Konsumenten in alternativen ökonomischen Projekten« ist online zu finden unter: http://textfeld.ac.at/text/1369

PRÄMIE FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine CD-ROM als Prämie:

CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehende Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DIGITALE INTEGRATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Barrieren und ihre Vermeidung im Web 2.0

Die neuen Möglichkeiten des Internet verändern gesellschaftliche Kommunikationsprozesse. So wird die Interaktion zwischen Ämtern und Behörden und der Bevölkerung zunehmend auf E-Government, also Abwicklung über das Internet, ausgerichtet. Im Web 2.0 oder Social Web sind die NutzerInnen nicht länger nur KonsumentInnen, sondern gestalten die Inhalte selbst aktiv mit. Aber mithalten kann nur, wer über einen Zugang zum Internet verfügt, die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Bedienung der dafür erforderlichen Technik besitzt und die digitalen Inhalte verstehen kann.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Die Interaktivität und die soziale Komponente sind zentrale Merkmale moderner Entwicklungen im Web, die vom Software-Entwickler Tim O'Reilly auf einer Konferenz 2004 erstmals unter dem Begriff »Web 2.0« zusammengefasst wurden. Die BloggerInnen-Szene wird immer größer, kürzlich ging die Wochenzeitung Freitag mit einem neuen Online-Konzept an den Start, und die taz bereitet ein Bewegungs-Portal vor.

Immer häufiger werden auch mediale Inhalte ins Netz gestellt: Plattformen wie YouTube und flickr demonstrieren, wie Videos, Audioformate und Fotos auch von Privatpersonen im Internet Verbreitung finden. Durch den Austausch mit anderen entstehen soziale Netzwerke, die auch für NutzerInnen mit Behinderungen neue Möglichkeiten erschließen. Auf YouTube finden sich beispielsweise zahlreiche Gebärdensprach-Videos.

Und wie funktioniert das alles? Die technologische Grundlage des Web 2.0 unterscheidet sich kaum vom Web 1.0: (X)HTML, CSS, Skriptsprachen wie Flash und Javascript sowie Browser sind noch immer die Basis der Web-Angebote. Allerdings kommen einige Technologien verstärkt zum Einsatz: Video- und Nachrichtenportale können ohne JavaScript und Flash nicht mehr genutzt werden. Darüber hinaus stellen besonders Multimedia-Dienste technische Ansprüche: Ohne Breitband-Verbindung und gut ausgestattetem PC wird – im schlimmsten Fall – aus einem Video eine Dia-Show.

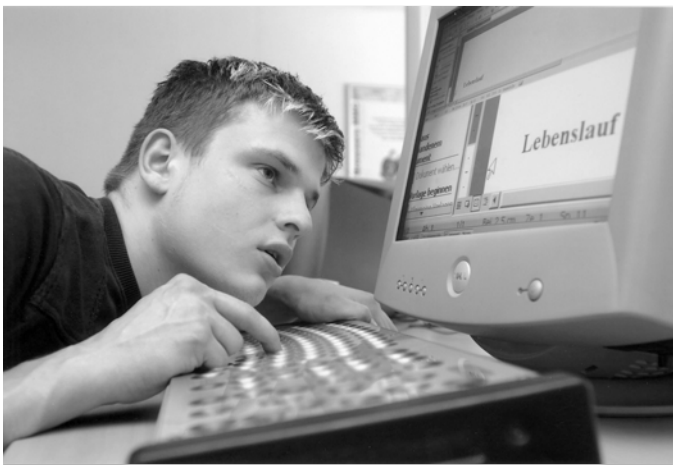


Foto: Archiv

Hilfestellungen für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen, die technische Hilfsmittel zur selbstständigen Nutzung des Computers und des Internets einsetzen, können aber am Zugang zu bestimmten Angeboten scheitern. Denn auch wenn die von ihnen verwendete Technik auf dem neuesten Stand ist, sind sie zusätzlich darauf angewiesen, dass die Internetangebote barrierefrei gestaltet sind. Dann können sich zum Beispiel blinde Menschen von einem Bildschirmleseprogramm (Screenreader) die Inhalte von Websites vorlesen lassen oder eine Braille-Zeile verwenden. Die funktioniert wie ein kleines Laufband, auf dem in Punktschrift der Inhalt einer Website wiedergegeben wird und auf diese Weise ertastet werden kann.

Motorisch eingeschränkte Computer-AnwenderInnen haben die Möglichkeit, eine Kopfmaus einzusetzen, deren Steuerung durch die Bewegung ihres Kopfes erfolgt. Es gibt auch spezielle Tastaturen, die mit den Zehen, mit Eingabestiften, mit viel oder wenig Druck bedient werden können.

Zur Unterstützung der AnbieterInnen barrierefreier Web-Inhalte wurden im Dezember 2008 die »Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) 2.0« verabschiedet. Sie sind die offiziellen Richtlinien des World Wide Web Consortiums W3C für die Erstellung barrierefreier Inhalte im Internet. Die »Aktion Mensch« koordiniert im Rahmen ihrer Initiative für ein barrierefreies Internet die geplante Übersetzung ins Deutsche.

Die WCAG 2.0 fassen die vier Eckpfeiler der Barrierefreiheit zusammen: Wahrnehmbarkeit, Bedienbarkeit, Verständlichkeit und technische Robustheit. Dazu zählt zum Beispiel, dass die Schriftgröße verändert werden kann. Oder dass Bilder, deren Bedeutung und Inhalt blinde AnwenderInnen durch ihre Screenreader nicht wahrnehmen können, mit einem beschreibenden Alternativtext unterlegt werden. Als gut bedienbar gelten Angebote, die sowohl mit einer Maus als auch mit einer Tastatur genutzt werden können. Die Empfehlung besagt, dass für eine verständliche Formulierung von Inhalten ein komplizierter Satzbau vermieden sowie Fremdwörter und Fachbegriffe nur sparsam eingesetzt werden sollen. Unter technischer Robustheit werden Anwendungen verstanden, die in allen Browsern funktionieren und auch mit technischen Hilfsmitteln vollständig genutzt werden können.

Neue Barrieren durch das Web 2.0

Jedoch sind viele der bereits bekannten Barrieren, wie zum Beispiel fehlende Alternativtexte bei Bildern, auch im Web 2.0 immer noch vorhanden. Und neue Hürden sind hinzugekommen, etwa durch den weit verbreiteten Einsatz von AJAX (Asynchronous Javascript And XML). Damit können einzelne Elemente einer Website dynamisch verändert werden, ohne dass die gesamte Seite neu geladen werden muss. Diese Technik nutzen beispielsweise Buchungssysteme zur Anzeige von freien Kapazitäten in Verkehrsmitteln, bei Veranstaltungen, Übernachtungsangeboten usw. Viele Bildschirmleseprogramme bekommen aber durch AJAX verursachte Änderungen auf einer Seite nicht mit, da nur einzelne Teile ausgetauscht werden. Eine weitere Barriere sind Anti-Spam-Maßnahmen, die CAPTCHAs genannt werden. Diese erscheinen auf vielen Websites als Grafiken mit verzerrten Zahlen- und Buchstabenkombinationen, die von den NutzerInnen in ein Eingabefeld abgetippt werden müssen. Damit soll verhindert werden, dass Robots sich automatisch eintragen können. Manche sind so kryptisch gestaltet, dass selbst Menschen mit durchschnittlicher Sehfähigkeit an ihnen scheitern. Für blinde und stark sehbehinderte Menschen ist damit eine Barriere aufgebaut, weil sie – und der Screenreader – diese Grafiken nicht entziffern können. Mittlerweile gibt es aber auch CAPTCHA-Systeme, die barrierefrei sind.

Die Navigation im Web 2.0 hat sich ebenfalls verändert. Auf vielen Websites gibt es kein klassisches Menü mehr, sondern eine so genannte TagCloud. Diese Schlagwort-Wolke ist eine alphabetisch sortierte Sammlung wichtiger Begriffe, die auf einer Website vorkommen. Die Relevanz, also die Bedeutung der einzelnen Begriffe, wird dabei durch die Schriftgröße hervorgehoben: Häufig in Artikeln vorkommende Begriffe werden groß, weniger häufig genutzte Begriffe klein geschrieben. Ein Screenreader unterscheidet dies jedoch nicht – weshalb blinde und sehbehinderte NutzerInnen leicht die Orientierung verlieren können. Mittlerweile bieten einige Websites jedoch zusätzlich neben der klassischen alphabetischen Sortierung eine Sortierung nach Relevanz in einer separaten Sammlung an.

Chancen für Menschen mit Behinderungen

Neben neuen Herausforderungen bietet das Web 2.0 aber auch viele neue Chancen. War die Publikation von Inhalten früher technisch versierten Menschen vorbehalten, kann mithilfe von Blogs und Portal-Lösungen mit CMS (Content Management Systemen) heute fast jede und jeder komfortabel und schnell Inhalte erstellen und veröffentlichen. Dies stellt für Menschen mit Behinderung eine direkte Verbesserung der Teilhabe am Alltag dar. Zudem gibt es Projekte, durch die das Internet zugänglicher wird – und zwar, indem die NutzerInnen mit einbezogen werden. So können Mitglieder des Social Accessibility-Projekts von IBM Barrieren melden, die dann mit eigens entwickelten Screenreader-Skripten behoben werden, die allen Mitgliedern der Community zur Verfügung stehen. Zum Beispiele werden dort Websites für Blinde zugänglicher gestaltet, indem Bilder mit Alternativtexten versehen werden, die von den BetreiberInnen der Websites nicht angeboten wurden. Das WebVisum-Projekt von Firefox funktioniert ähnlich, insbesondere werden dort CAPTCHAs ausgelesen.

Die barrierefreie Gestaltung von Websites hat eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen. Politische und Fachinformationen, Behördenkommunikation, Diskussionen und die Suche nach PartnerInnen sowie Einkauf von Waren und Dienstleistungen oder eigene wirtschaftliche Tätigkeiten sind ohne dieses Medium kaum noch vorstellbar. Die »Stiftung Digitale Chancen« führt Projekte zu verschiedenen Aspekten digitaler Integration, unter anderem auch für Menschen mit Behinderungen, durch. Informationen zum Thema Internet und Behinderungen bieten die Online-Portale »Web ohne Barrieren« des »Aktionsbündnisses barrierefreie Informationstechnik (AbI)«.●

Dieser Artikel basiert auf dem Text »Das Web 2.0 und Menschen mit Behinderungen – Herausforderungen und Chancen« von Michael Schaten vom Aktionsbündnis barrierefreie Informationstechnik, der uns freundlicherweise zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt wurde.

LINKS ZUM ARTIKEL

Freitag online:
www.freitag.de
Bewegungsportal der taz:
http://bewegung.taz.de
Videoportal YouTube:
www.youtube.com/?gl=DE&hl=de
Fotoportal flickr:
www.flickr.com
Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) 2.0:
www.w3.org/TR/WCAG20
Initiative der Aktion Mensch für ein barrierefreies Internet:
www.einfach-fuer-alle.de
Deutsche Übersetzung geplant:
www.bizeps.or.at/news.php?nr=9558
World Wide Web Consortium W3C:
www.w3.org
Überblick über barrierefreie CAPTCHA-Systeme:
www.wob11.de/captcha.html
IBM Social Accessibility-Projekt:
http://sa.watson.ibm.com
Firefox WebVisum:
www.webvisum.com
Stiftung Digitale Chancen:
www.digitale-chancen.de/index.cfm
Aktionsbündnis barrierefreie Informationstechnik (AbI):
www.abi-projekt.de und www.wob11.de

Anzeige

NETZWERK NEWS

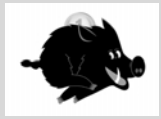
Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Zum siebten Mal – Linke Buchtage 2009

Schmökern, Lauschen, Diskutieren

Einmal jährlich, seit 2002, organisiert ein wechselndes Team von Engagierten gemeinsam mit AutorInnen und Verlagen im Mehringhof in Kreuzberg die Linken Buchtage. Die OrganisatorInnen suchen den Kontakt zum politisch interessierten Publikum und gestalten drei Tage mit einem abwechslungsreichen Angebot an Lesungen, Filmen, Diskussionen und Informationen. Es bietet sich hier die Chance, das Programm von über 30 linken und unabhängigen Verlagen kennen zu lernen und sich über Neuerscheinungen zu informieren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht die Präsentation linker Publikationen vor dem Hintergrund der sich wandelnden Verlagslandschaft und Gegenöffentlichkeit.Begleitet werden die Buchtage von einem breit gefächerten Veranstaltungsprogramm, welches sich von akademischer Marx-Interpretation über Bücher zur autonomen Bewegung und Queer Politics bis hin zu Texten zu populärer Kultur und utopischen Erzählungen erstreckt.



Auch in diesem Jahr werden rund 40 Veranstaltungen von AutorInnen und ReferentInnen angeboten. Das Programm 2009 bietet Lesungen und Diskussionen mit u.a. folgenden AutorInnen:

● Raul Zelik »Die kolumbianischen Paramilitärs«
● Friederike Habermann »Der homo oeconomicus und das Andere«

● Bernard Schmid »Frankreich in Afrika. Eine (Neo)Kolonialmacht in der europäischen Union.«
● Joachim Bischoff »Jahrhundertkrise des Kapitalismus«
● Texte von Ronald M. Schernikau »Matthias Frings Biografie – Der letzte Kommunist«
● Sabine Berghahn, Petra Rostock »Der Stoff aus dem Konflikte sind – Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz«
● John Kannankulam »Autoritärer Etatismus. Zur Staatstheorie von Poulantzas«

Am Freitag wird es eine Podiumsdiskussion von der Zeitschrift »Phase2« zu Queer Politics geben und am Sonnabend lädt die Redaktion der Wochenzeitung »Jungle World« zum Meinungsaustausch.

Also auf nach Berlin vom 10.-12. Juli 2009. Brandaktuelle Informationen sind zu finden unter: www.linkebuchtage.de●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72
Spenden bitte an:
Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 100 205 00,
Kontonummer: 302 33 00

AUFKLÄRUNGSSERIE ÜBER DEN FILZ IN DER DEUTSCHEN GENTECHNIK

Organisierte Unverantwortlichkeit

»Was wir heute betreiben, ist organisierte Unverantwortlichkeit«, sagte am 11. Juli 2008 Sigmar Gabriel, bundesdeutscher Umweltminister und sonst eher ein Freund der Konzerne im Land, zur Genehmigungspraxis für gentechnisch veränderte Pflanzen. Einige Monate später fehlte ihm der Nutzwert der Genpflanzen von Monsanto. Doch als er dann die deutsche Gentechnikfirma KWS besuchte, zeigte sich ein anderes Gesicht: Die deutsche Gentechnik kam deutlich besser weg.

Von Jörg Bergstedt ● Ähnlich dem hohen Minister verhalten sich Medien und viele Verbände: Der böse MON810-Mais wird gegeißelt, die Freisetzungsversuche von Bayer, BASF und KWS finden hingegen lobende Worte, Proteste gegen sie werden diffamiert oder verschwiegen. Doch die Unterscheidung macht keinen Sinn, denn die Seilschaften in Deutschland und in der EU sind kein Stück anders als Monsanto, FdA und andere in den USA. In diesem Text, dem Start einer Aufklärungsserie über den Filz in der deutschen Gentechnik, geht es um die Behörden.

Wenn Gentechnik Häuslebauen wäre ...

Heinz M. ist schon lange im Geschäft. Er betreibt eine Baufirma mit elf MitarbeiterInnen. Oft kooperiert er mit anderen Firmen, die sich die anstehenden Arbeiten teilen. Jetzt will er ein eigenes Haus ausbauen. Folglich stellt er einen Bauantrag, schließlich schreibt ein Gesetz vor, dass er dieses tun muss. Er benennt nur ungefähr einen Ort – ein paar Kilometer nach Ost oder Süd macht nichts. M. weiß, dass da niemand genau hingucken wird. Denn die Sachbearbeiterin beim Bauamt ist seine Schwester, der Chef des Amtes hat früher in seiner Firma gearbeitet. Die Begehungsprotokolle fälscht er seit Jahren zusammen mit seinen Verwandten und Kumpels beim Amt. Auf zwei Formblättern muss M. einen Bauleiter und einen Beauftragten für die Sicherheit benennen. Als erstes setzt er sich selbst ein, der zweite wird jemand anderes aus seiner Firma. Als Nachweis des Fachwissens trägt er ein: »Onkel Kurt war mal zu Besuch und hat uns was erzählt«.

Heinz M. weiß, dass sein Bauvorhaben Nachteile für Nachbarn hat. Doch aus zwei der vier betroffenen Familien arbeitet jemand in der Firma von Heinz M. Die anderen beiden haben zum Glück keinen Einfluss. Denn M. sorgt vor. Er klärt mit seinem Kumpel vom Bauamt ab, dass er per Sofortvollzug mit dem Bau beginnen kann. Sollten die zwei Nachbarn doch klagen, nützt es ihnen nichts. Wenn das Verfahren läuft, steht sein Haus schon. Auch sonst werden sie keine Chance haben. Was hat M. gelacht, als ein Nachbar neulich androhte, an die Presse zu gehen. Die lebt ja von seinen Werbeanzeigen.

Im Bauamt gibt es eine Kommission, die den Antrag fachlich prüft. Gut, dass dort der Chef der Malerfirma drin sitzt, mit dem M. das Bauprojekt zusammen anpacken will. Ein bisschen Arbeit macht noch die Geldfrage. Schließlich will sich M. sein Haus aus Steuergeldern finanzieren. Da passt es ganz gut, dass in der Vergabestelle ein alter Schulfreund von ihm sitzt. So kann M. in seinen Antrag ein paar Sachen reinschreiben, die gar nicht stimmen, aber besser zum Fördertopf passen. Das macht M. schon seit Jahren. Als ein Nachbar ihn einmal bei der Behörde anschwärzte, hat der eine Antwort erhalten, dass alles überprüft wurde. Heinz M. lacht: »Niemand ist hier gewesen und hat geguckt«.

So – nun stellen Sie sich vor, Sie wären Heinz M. und würden statt Häuser bauen Pflanzen genetisch manipulieren. Dann würde Ihr Genehmigungsverfahren so ablaufen. Je riskanter eine Technologie, desto schlimmer stellt sich der Filz aus Konzerninteressen, Seilschaften und Abhängigkeiten heraus.

Schutz der Konzerne: EU- und Bundesbehörden

Wohlklingende Gesetze regulieren Schadstoffe und schreiben vor, welche Informationen offengelegt werden müssen. Zur Durchsetzung dieser Rechte existieren Behörden, z.B. das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Auf dessen Internetseite verspricht das Amt: »Das BVL nimmt (...) die Durchsetzung dieser auf EG-Normen beruhenden Verbraucherschutzgesetze wahr. (...) Ziel ist es, Verbraucherrechte im Falle innergemeinschaftlicher Verstöße besser durchzusetzen.« Da wird sich mancheR beruhigt zurücklehnen – eine große Behörde kümmert sich um die VerbraucherInnen und ihre Interessen gegenüber Staat, Konzernen und anderen. Doch weit gefehlt: Bislang hat das BVL alle Anträge auf gentechnische Nutzungen genehmigt. Ausgerechnet diese Behörde verhängte Sofortvollzug, entrechtete damit die VerbraucherInnen und verweigerte ihnen die Akteneinsicht. Leitende Beamte wetterten gegen Einschränkungen für gv-Pflanzen (gv = gentechnisch verändert), traten in Werbefilmen genau der Firmen auf, deren Anträge sie an anderen Arbeitstagen durchwinken. Sie sind eingebunden in ein enges Geflecht von Lobbyorganisationen und Konzernen. Kontroll-, Genehmigungsbehörden, Geldgeber, Forschung und Firmen sind über die Jahre zu einem Filz zusammengeschmolzen, der sie als Einheit erscheinen lässt.

Ein prägnantes Beispiel ist der Leiter der Gentechnikabteilung, Dr. Hans-Jörg Buhk. Neutral oder gar kritisch war er nie. Schon Ende der 1990er Jahr wusste er z.B., dass Gentechnik grundsätzlich sicher ist: »Auf diese Weise können die Lebewesen, die unserer Ernährung als Basis dienen, gezielt mit Eigenschaften ausgestattet werden, die unsere Lebensmittel qualitativ verbessern und sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile bei der Erzeugung und Verarbeitung erwarten lassen. (...)

Foto: www.campact.de

Kaum eine neue Technik ist bisher so ausgiebig auf mögliche Risiken getestet worden wie die Gentechnik, und noch nie gab es Lebensmittel zu kaufen, die so umfassende Prüfverfahren durchlaufen mussten wie Lebensmittel, die mit Hilfe der Gentechnik hergestellt wurden oder gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten. Ich denke, die Ängste vieler deutscher Mitbürger kommen aus dem Bauch und sind oft durch fehlendes Wissen hervorgerufen.« 1996/97 unterstützte Buhk bei öffentlichen Auftritten und Schriften die Einführung von Monsantos gv-Soja auf den deutschen Markt. 2000 wurde er Unterzeichner der Erklärung »Scientist in support of agricultural biotechnology«, des Manifests Gentechnik befürwortender Wissenschaftler und Lobbyisten. Bereits die Website, auf der das Manifest beworben wird, zeigt mit der Schlagzeile »Supporting Biotechnology in Agriculture« die politische Ausrichtung. In dem Manifest wurde die Agro-Gentechnik unter anderem als umweltfreundlich, sicher und präzise verherrlicht. Irgendwann fiel das sogar den schwerfälligen Regierungsapparaten auf: 2002 erhielt Buhk eine Abmahnung wegen eines öffentlichen Auftritts als Industrievertreter – doch nichts änderte sich an seiner zentralen Position. Im gleichen Jahr trat Buhk im Werbevideo »Das streitbare Korn« auf, in dem er die ökonomischen Vorteile von gv-Mais anpreist. Im gleichen Jahr saß er im Steering Committee der Gentechnik-Messe ABIC2004 und unterzeichnete (mit Hinweis auf sein Amt im BVL) das »ABIC2004 Manifestos«, in dem die Abschaffung »unnötiger Hürden« für die Zulassung von GVOs gefordert wurde. (...) Am 26. April 2007 wehrte sich Buhk gegen die Weisung des Agrarministers zur Einschränkung der Inverkehrbringensgenehmigung von MON810: »In meiner Zuständigkeit als Leiter der Abteilung Gentechnik kann ich die ergangene Weisung aus fachlichen Gründen nicht als richtig erachten.« Die interne Mail diente kurz danach der Firma Monsanto als Munition in einem Klageverfahren und trug dazu bei, dass das Verbot wieder aufgehoben wurde. Ob das von Beginn an das Ziel war, ist unklar.

Die Liste weiterer Verflechtungen ist lang. (...) Als »größte Ungeheuerlichkeit« benannte das Fernsehmagazin Report, das Verhalten von Buhk und weiteren Behördenmitarbeitern beim Ausfüllen von Formularen vor Beginn ihrer Dienste für die EU. »Die Beamten wurden ... von der EU in diesen Standardfragebögen nach solchen Interessenkonflikten befragt.« Sie verschwiegen diese.

Buhk ist nicht der einzige Fall von Filz im BVL. (...) Ausgerechnet die Seilschaften auf Staatsposten und verbal obersten Verbraucherschützer ließen sich bei ihrem Geschäft nicht gern in die Karten schauen. Das BVL musste sich 2009 von einem Gericht zurechtweisen lassen, dass es rechtswidrigerweise seit Jahren die Einsicht in Akten verweigert hat. (...)

EFSA: Das selbe in EU-Farben

Ein Blick auf die europäische Ebene verheißt ebenfalls wenig Gutes. Auch hier werden die wesentlichen Entscheidungen zur grünen Gentechnik von einer Fachbehörde getroffen, der EFSA. Zwar könnten die politischen Leitungsgremien wie EU-Kommission oder Ministerrat die EFSA überstimmen, doch hat die Expertise der scheinbar unabhängigen Fachstelle erheblichen Einfluss auf das Geschehen. Zudem können sich Konzerne vor Gericht auf die EFSA-Verlautbarungen berufen – was auch schon geschehen ist. Hauptaufgabe der EFSA im Gentechnikbereich ist die Zulassung von gv-Pflanzen zur Verwendung als Saatgut, Lebens- oder Futtermittel. Ist eine Pflanze zugelassen, kann sie ohne weitere Rechtshürden angebaut und verbreitet werden.

Leider ist die EFSA alles andere als unabhängig, sondern ähnlich wie das deutsche BVL oder die US-amerikanische FDA. So saßen oder sitzen etliche der in deut-schen Seilschaften verfilzten Mitarbeiter der Gentechnikbehörden auch in der EFSA: Buhk saß 2003-2006 im GMO-Panel und ab 2006 in der EFSA-Expertengruppe »GMO Applications (Molecular Characterisation)«, Bartsch 2003-2009 und Schiemann ab 2003 im GMO Panel sowie ab 2006 in verschiedenen Expertengruppen. Schmidt, Broer, und andere saßen an anderen Stellen oder berieten die EFSA. Die Gentechnik-Agentur Genius erstellt Publikationen für die EU-Behörde, darunter die inhaltliche Ausgestaltung des EFSA-Jahresberichts 2006. Filz also hüben wie drüben – es lässt sich kaum zwischen den deutschen und EU-Seilschaften unterscheiden. (...)

Gerichtete Wissenschaft: Julius-Kühn-Institut (JKI)

Am westlichen Stadtrand von Braunschweig liegen landwirtschaftliche Anstalten und Institutionen. Die Wichtigste wurde am 1.1.2008 umstrukturiert und umbenannt: Aus den Pflanzenbaubereichen der Biologischen Bundesanstalt (BBA) wurde das Julius-Kühn-Institut. Dieses JKI ist eine Bundesbehörde, führt aber eigene Versuche durch. Hauptthema dabei: Die Überprüfung der Sicherheit von Gentechnik. 2009 soll das Gelände zwei Auskreuzungsforschungen beherbergen. Gleichzeitig ist sie sogenannte Benehmensbehörde in Genehmigungsverfahren, d.h. heißt, sie ist in alle Genehmigungsverfahren eingebunden – von Firmen und von sich selbst. Beraten wird das oben beschriebene BVL. Da wäre Unabhängigkeit besonders wichtig. Doch die fehlt: In den Gremien des Julius-Kühn-Instituts (bzw. vormals BBA) sitzen Industrie und gentechnikfreundliche Medien, u.a. der Chef des BASF-Versuchszentrums am Limburgerhof, Jürgen Altbrod, der KWS-Aufsichtsratsvorsitzende Andreas Büchting und die FAZ-Reporterin Caroline Möhring. Auch umgekehrt geht das: Im Lobbyverband InnoPlanta e.V. sitzt Thomas Kühne, Leiter eines JKI-Instituts. Direkt förderte das JKI das »Grüne Labor« für Gentechnikexperimente auf dem IPK-Gelände in Gatersleben und ist mit zwei Personen in Beiräten des Gentechnikzentrums vertreten.

Schillerndste Figur des JKI in den deutschen Gentechnikseilschaften aber ist Joachim Schiemann. Vom Vorläufer des heutigen IPK in Gatersleben wechselte er nach Braunschweig. Seit 1999 bestimmt er wesentlich die fachlichen Grundlagen der Überwachung von gv-Pflanzen, u.a. als Koordinator der BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen im Agrarökosystem, ab 2003 bei der EFSA und von 2000 bis 2004 beim BMBF. Gleichzeitig war er selbst Entwickler und führte Versuche durch. Die Finanzierung eines seiner Experimente wurde 2004 durch das BMVEL gestoppt, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Die Forschung wurde anschließend durch Inge Broer und ihren Verein FINAB weitergeführt. Gründungsmitglied: Schiemann. Schiemann ist Treuhänder des Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Ökologie (IME). Beide beschäftigen sich mit der Entwicklung von gv-Pflanzen.

Vielfach engagiert ist Schiemann auch in Lobbygruppen der grünen Gentechnik: Mitglied im WGG, Redner auf der ABIC2004, seit 2005 im Beirat des GMO Kompass und 2005 bis 2009 im Management Boards und Executive Committee des EU-Projekt CO-EXTRA. Seit 2006 koordiniert er das BIOSAFENET und ist Arbeitspaketleiter im EUPRRI-Projekt Science4BioReg. Mit seinen vielen Ämtern ist Schiemann ein klassischer Fall der Kombination von Lobbyarbeit, Entwicklung von gv-Pflanzen und Kontrollfunktion in einer Person. (...) Ähnlich wie das BVL scheint das JKI das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen und verweigerte bis heute jede Akteneinsicht in eigene Genversuche. (...)●

In Folge 2: Biopark, Gentechnikzentren und mehr – Hochburgen der Seilschaften

Hinweis: Quellen, Abkürzungen usw. sind in der Broschüre »Organisierte Unverantwortlichkeit« und auf der Internetseite www.biotech-seilschaften.de.vu erklärt. (...) deutet auf Auslassungen hin, die in der genannten Broschüre noch ausführlicher zu lesen sind.

Die Broschüre »Organisierte Unverantwortlichkeit« enthält weitere Texte und mehr Informationen zu den Seilschaften in der deutschen Agro-Gentechnik. Mehr über die Internetseite: www.biotech-seilschaften.de.vu

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG, ACHTE FOLGE

Keine Angst vor der Denkmalpflege!

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerInnen: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit dieser Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. In dieser Folge geht es um die Überwindung von Hürden in der Denkmalpflege.

Der Architekt Knut Hose (Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V.) erläutert Sanierungsmaßnahmen an einem Gebäude in Wasserleben (Sachsen-Anhalt) Foto: IGB-Archiv

Von Konrad Kantstein ● Wenn man vor der Entscheidung steht, ein altes Haus zu sanieren oder ein neues zu bauen, wird man oft mit drei Vorurteilen konfrontiert:
1. Es dauert meistens länger und ist umständlicher, ein altes Haus zu reparieren, als ein neues (z.B. ein Fertighaus aus dem Versandhauskatalog) aufzustellen.
2. Bei einem Neubau kriegt man meistens vorher relativ exakt gesagt, was es kosten wird. Bei einer Altbaureparatur kann es immer Überraschungen geben.
3. Wenn das alte Haus unter Denkmalschutz steht, kommen die Denkmalpfleger und reden einem hinein. Dann darf man mit dem Haus nicht mehr machen, was man will.

Dazu muss man zunächst feststellen, dass solche Vorurteile gern von denen verbreitet werden, die ein Interesse daran haben: bauwütige Architekten, Banker und »ungrüne« Baupolitiker. Ressentiments gegen die Denkmalpflege und den Landschaftsschutz werden vor allem von jenen geschürt, die an der Beräumung, Erschließung und Neubebauung größerer Flächen ein nahe liegendes Interesse haben. Auf die drei Vorurteile kann folgendermaßen geantwortet werden:
1. Ja, das stimmt und es ist auch gut so. Wer keine Zeit hat, sollte die Finger von alten Häusern lassen.
2. Das muss man erst einmal sehen. Es stimmt nicht unbedingt und in jedem Fall. Oft verbirgt sich in einem alten Haus eine erstaunlich gute Bausubstanz. Wenn die von einem Fachmann untersucht und bestätigt wird, kann man manchmal sehr viel Geld sparen.
3. Auch Denkmalpfleger sind nur Menschen, oft sogar sehr sachkundige und hilfsbereite. Mit denen kann man auf Augenhöhe reden. Die Zeiten des Obrigkeitsstaates sind vorbei.

Dem dritten Punkt wollen wir uns etwas ausführlicher zuwenden. Leider muss gesagt werden: Der Denkmalpflege in Deutschland geht es schlecht, und zwar auf allen Ebenen. Denkmalpflege ist Ländersache, deshalb gibt es in jedem Bundesland ein eigenes Denkmalschutzgesetz und anders strukturierte Behörden. Die Denkmalbehörden waren schon immer finanziell und personell unzureichend ausgestattet, besonders in den nördlichen und östlichen Bundesländern. Durch die Kürzungen der letzten zehn Jahre sind überall Stellen gestrichen und Mittel weggespart worden. Zum Beispiel im Landesamt für Denkmalpflege von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin arbeiten nur noch ganze elf Menschen. In manchen Flächenländern bekommen die Denkmalpfleger nicht einmal die Benzinkosten ersetzt, wenn sie mit dem eigenen PKW in entferntere Regionen fahren, um Baudenkmale zu besichtigen. Und wenn ein Bauherr einen Architekten beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, wonach das Haus, das er weghaben will, baufällig und nicht mehr zu retten sei, dann fehlt der Denkmalbehörde oft das Geld, um ein unabhängiges Gegengutachten zu bestellen. Die Denkmalpfleger sind häufig überfordert, juristisch und manchmal auch fachlich. Viele ältere Denkmalpfleger sind Quereinsteiger, die ursprünglich etwas anderes studiert haben, meistens Kunstgeschichte oder Architektur. Wer in München studiert und über Barockkirchen promoviert hat, muss deshalb noch nicht in der Lage sein, ein niederdeutsches Bauernhaus richtig beurteilen zu können.

Ausweg Bürgerinitiative

Denkmalpfleger sind Behördenangestellte, also in eine Hierarchie eingepasst. Sie müssen gehorchen, wenn ihnen ein Weisungsbefugter (z.B. ein Minister) etwas befiehlt oder verbietet. Wenn z.B. eine Stadt- oder Landesregierung verfügt, dass ein historisches Gebäude abgerissen werden soll, dann darf der dafür zuständige Denkmalpfleger nicht von sich aus an die Öffentlichkeit gehen und dagegen protestieren. Er kann höchstens heimlich und hintenherum eine Bürgerinitiative (falls es eine solche – hoffentlich! – gibt) informieren und mit Argumenten unterstützen. Wenn das aber herauskommt, riskiert er eine dienstliche Rüge, Abmahnung oder Schlimmeres.

Mitunter müssen Denkmalpfleger etwas erlauben, was sie eigentlich lieber verbieten würden. Sie müssen manchmal etwas tun oder dulden, was sie mit ihrem Gewissen und ihrem Sachverstand nicht vereinbaren können.

Denkmalpflegern sind oft die Hände gebunden

So haben z.B. in der Nähe einiger ostdeutscher Städte Investoren/Spekulanten ganze Gutshöfe aufgekauft, zuerst die großen alten Ställe und Scheunen abgerissen und das Gelände parzelliert, dann die 500 qm großen Grundstücke einzeln verkauft und zum Schluss auch noch das seit der »Wende« leer stehende Herrenhaus abgerissen. Wo früher eine dreihundert Jahre alte großzügige Gutsanlage war, die eigentlich unter Denkmalschutz stand, drängeln sich jetzt acht oder zehn Eigenheime. Wenn der Dorfbürgermeister, der Gemeinderat und der Kreisbaurat dafür sind, hat die Denkmalpflege schlechte Karten.

Es gibt heute in allen Bundesländern eine »obere« und mehrere »untere« Denkmalschutzbehörden. Die »untere« Denkmalpflege, das sind die Ämter vor Ort, in den Städten oder Landkreisen. Sie sind die wichtigsten Ansprechpartner für die Bürger und die privaten Hausbesitzer. Die »obere Denkmalpflege«, die für das ganze Bundesland oder mindestens einen Regierungsbezirk zuständig ist, erstellt die Inventare, d.h. die Listen, in die jedes einzelne, unter Schutz gestellte Baudenkmal eingetragen wird. Sie entscheidet, welches Gebäude in die Liste aufgenommen oder daraus gestrichen wird. In vielen Regionen (leider noch nicht überall) gibt es sorgfältig erarbeitete und reich illustrierte »Denkmaltopographien«, z.B. allein für den Werra-Meißner-Kreis in Hessen drei Bände mit zusammen über 1.700 Seiten. Wo es diese Verzeichnisse schon in gedruckter Form gibt, sind sie auch öffentlich zugänglich, im Buchhandel erhältlich und in Bibliotheken einsehbar.

Baulöwen versus Denkmalschutz

Über den Denkmalschutzämtern steht dann noch der jeweilige Dienstherr, der in der Landesregierung dafür zuständige Minister. Manchmal wird da der Bock zum Chef des Gärtners, wenn im übergeordneten Ministerium jemand sitzt, dessen Herz für Großkonzerne und Baulöwen schlägt. Dann geht der Investor, der z.B. in Schwerin ein ganzes Stadtquartier abreißen will, um dort ein Einkaufszentrum zu errichten, gleich zum Minister. Von dem bekommt er dann die Genehmigung für Abriss und Neubau, die zuvor von der städtischen Denkmalpflege und vom Landeskonservator abgelehnt worden ist. So etwas frustriert natürlich die Denkmalpfleger, die es als ihre Pflicht ansehen, die historische Stadtgestalt zu erhalten. Sie sind vom Staat eingesetzt und werden vom Volk aus Steuermitteln bezahlt. Wem sollen sie nun gehorchen: ihrem ursprünglichen Auftrag, ihrem persönlichen Gewissen, ihrem fachlichen Ethos oder dem jeweiligen Minister, der vielleicht beim nächsten Regierungswechsel abgewählt wird? In den meisten Fällen werden sie zähneknirschend schweigen.

Hinzu kommt, dass die Denkmalpfleger – neben den Natur- und Landschaftsschützern – nicht selten die einzigen sind, die sich überhaupt vor Ort blicken lassen. Sie kommen manchmal sogar in die letzten Dörfer, weil sich in den verkehrsmäßig benachteiligten Regionen oft die schönsten und ältesten Bauwerke erhalten haben. Dort, wo sich sonst nie ein Regierungsvertreter oder ein anderer Verantwortlicher blicken lässt, bekommen nun die, die da überhaupt einmal erscheinen, den ganzen Zorn der Bevölkerung über das, was im Großen und Ganzen schlecht läuft, zu spüren. Wenn sie dann auch noch etwas verlangen, was den Plänen der lokalen Autoritäten oder den Wünschen einzelner Hausbesitzer zuwiderläuft, machen sie sich rasch unbeliebt. Es gibt Berichte von heftigen Konflikten, allerdings aus früheren Zeiten, z. B. aus dem »Alten Land« südlich von Hamburg, wo es besonders schöne alte Bauerhäuser gibt. Da soll es vorgekommen sein, dass eine Denkmalpflegerin mit dem Hund vom Hof gejagt wurde. Von einer Behörde, die ihnen gar keine oder nur geringe Zuschüsse geben konnte, wollten sich die Bauern keine Vorschriften machen lassen. Der Vorwurf »viele Verbote, wenig Geld« wird der Denkmalpflege häufig gemacht. Dabei kann der Denkmalpfleger auch viele gute Ratschläge geben, wie man Anträge stellt, was für Fördermöglichkeiten es gibt und wie man die Kosten einer Denkmalrenovierung von der Steuer absetzen kann.

Eigentum verpflichtet

Es gibt allerdings auch unvernünftige, uneinsichtige und sogar traumtänzerische Hauseigentümer. Besonders in den östlichen Bundesländern kennen wir mehrere Fälle, wo jemand ein marodes Schloss oder Herrenhaus preisgünstig erworben hat und nun verlangt, dass die staatliche Denkmalpflege, die leider viel zu wenig Geld hat, ihm die Renovierung bezahlt. Die Anwesen solcher überforderten Schlossherren verfallen nun weiter, da auch die Banken nicht bereit sind, dafür Kredite zu geben. Es ist eine Tragödie für den Eigentümer wie für die Gesellschaft, die den Verfall mit ansehen muss, weil sie unfähig ist, dem Grundgesetzartikel 14 (2), der da heißt »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen« Geltung zu verschaffen. Dem Denkmalpfleger wird dann vorgeworfen, dass er das Geld nicht bewilligen kann, das dem stolzen Schlosseigentümer fehlt, um seinem Geltungsbedürfnis den erhofften Rahmen zu geben.

Schließlich wissen wir auch von rücksichtslosen Spekulanten, die ein schönes altes Haus, das seit Jahren dem Verfall preisgegeben ist, nur erwerben, um es weiter verfallen zu lassen. Wenn es dann nach fünf oder zehn Jahren wirklich einstürzt, weil jahrelang nichts daran getan wurde, stellt der Eigentümer den Abrissantrag. Wenn dieser dann von der Denkmalpflege abgelehnt wird, gibt das nächste Landgericht dem Eigentümer Recht, weil es ihm angeblich »wirtschaftlich nicht zuzumuten« sei, die Erhaltung zu finanzieren. Jeder Denkmalpfleger kennt diese »Zumutbarkeitsklausel« und resigniert deshalb oft schon im Vorfeld der juristischen Auseinandersetzung.

Wie man sieht: Es ist kein leichter, ein oft frustrierender Beruf. Das muss man wissen, wenn man mit der Denkmalpflege zu tun bekommt. Generell gilt aber auch hier: Wie man in den Wald hinein ruft, so schallt es heraus. In der Regel sind die Denkmalpfleger gebildete und aufgeschlossene Menschen, mit denen man sich gut verständigen kann. Oft hat ein Denkmalpfleger mehrere Termine an einem Tag wahrzunehmen, da kann er nicht bei jedem mehrere Stunden bleiben und sich die gesamte Familiengeschichte anhören. Je gründlicher man sich auf den Gesprächstermin vorbereitet, je besser man informiert ist, desto sachlicher und einvernehmlicher kann das Gespräch ablaufen. Wenn man unvoreingenommen und ohne allzu feste Vorstellungen in das Gespräch hineingeht, kann für manches Problem gemeinsam eine überraschend einleuchtende Lösung gefunden werden, auf die man vorher allein nicht gekommen wäre.

Rat und Hilfe von Mitstreitern einholen

Schließlich lässt sich auch Rat und Hilfe von Mitstreitern aus der Region holen, von Menschen, die schon reiche Erfahrungen in der Altbausanierung und im Umgang mit der Denkmalpflege haben sammeln können. Manch einer, der mit Lust und Leiden ein paar Jahre seines Lebens an ein altes Haus gebunden hat, freut sich, wenn er etwas von seinen Erfahrungen weitergeben kann. Je mehr solcher engagierten Althaus-Eigentümer und kundigen Selbst-Sanierer es in einer Region gibt, desto mehr Beistand, Rat und Hilfe kann man erhalten, desto weniger ist man den Weisungen des Denkmalschutzes ausgeliefert. Notfalls kann man die staatliche Denkmalpflege, wenn sie allzu selbstherrlich auftritt, auch schon mal dezent oder drastisch an ihre eigenen Versäumnisse und Sünden erinnern. In Lübeck haben vor etlichen Jahren Mitglieder der »Bürgerinitiative Rettet Lübeck« (BIRL) mittelalterliche Mauersteine von der Mülldeponie geholt und sie dem Stadtkonservator vor die Tür gestapelt.

Leider ist noch nicht überall verstanden worden, dass Denkmalpflege ein Kommunikationsberuf ist. Wer als Denkmalpfleger in ländlichen Regionen tätig ist, sollte mit der regionalen Mentalität und Redeweise vertraut sein, wenn er Erfolg haben will. Denkmalpfleger müssen einen großen Teil ihrer Zeit der Bearbeitung von Akten und Anträgen widmen. Die Zeit fehlt ihnen dann leider für Forschungen und Gespräche vor Ort. Auch deshalb ist der Erfahrungsaustausch unter Nachbarn und anderen Althaussanierern so nützlich.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker, ehrenamtlicher Hausretter und Denkmalschützer

HÜRDEN OHNE ENDE

Transidentität

Der Weg in das Wunschgeschlecht

Du gehst zum zuständigen Amtsgericht und stellst den Antrag auf Änderung des Vornamens. In meinem Fall in einen weiblichen. Für Menschen mit wenig Geld sei dringend empfohlen, Prozesskostenerstattung mit zu beantragen, denn das Verfahren, was nun eingeleitet wird, kostet richtig Geld. In meinem Fall ca. 3.000 Euro. Transidentität ist eine ausgesprochen kostspielige »Behinderung«, die die Betroffenen nicht selten an den Bettelstab bringt.

von Madeleine ● Das Amtsgericht seinerseits bestellt zwei psychologische Gutachter. Die müssen unabhängig von einander ein Gutachten erstellen, ob es sich bei dem betreffenden Fall um eine »echte Transidentität« handelt. Richtig gelesen. Fremde Personen entscheiden über deine eigene persönliche Identität.

Wer Glück hat, so wie ich, kann schon nach einem halben Jahr mit einem Ergebnis rechnen. Wer Pech hat wartet noch nach zwei Jahren und mehrmaliger Mahnaktion. Sind beide Gutachten positiv, bestätigen also die Transidentität, wird der Vorname geändert. Nur der Vorname, nicht der Personenstand, der kann in Deutschland erst nach dem operativen Eingriff geändert werden. Ich gelte vor dem Gesetz weiter als Mann, als Mann der einen weiblichen Vornamen tragen darf und sich das Recht erworben hat, auf Behörden als Frau angeredet zu werden. Das ist aberwitzig, klar, aber die Zwei-Geschlechter-Theorie legt nun mal penibel genau fest, was als Mann oder Frau zu definieren ist. Und eine Frau, die einen Penis hat, gibt es nach der geltenden Norm nun mal nicht.

Die »Kleine Lösung« ist seit einigen Jahren in Deutschland und Österreich möglich. Die Schweiz hingegen kennt diese nicht, dort ist nach wie vor der operative Eingriff erforderlich, um den Vornamen zu wechseln.

Foto: Alwin Hummels

Viele Transidenten begnügen sich nicht mit dieser Lösung, streben die »Große Lösung« an, das heißt die vollständige körperliche Angleichung an das »Wunschgeschlecht«. Wer das möchte, begibt sich wieder in »psychologische Betreuung«. Eine etwa einjährige Psychotherapie ist hier vorgeschrieben. Die beratenden Psychologen sollen eventuelle Zweifel an der Echtheit der Transidentität abklären. Viele betrachten diese Maßnahmen als Zwangsberatung.

Es entsteht eine Abhängigkeit vom Therapeuten. Nur ja keinen Fehler machen, nur ja jedes Wort richtig durchdenken, bevor es über die Lippen kommt, sonst ist es aus mit den gewünschten Papieren.

Was nun folgt, ist ein Vorgang, genauso grotesk wie demütigend, der so genannte Alltagstest. Die Person muss sich ein bis zwei Jahre täglich 24 Stunden in der angestrebten Geschlechterrolle bewegen. Es soll getestet werden, ob die Umgebung in der Lage ist, den Rollenwechsel zu akzeptieren. Gerade für Transfrauen eine Tortur, denn das biologische Geschlecht scheint an allen Stellen durch. Nur in den seltensten Fällen wird die Person als Frau wahrgenommen. Was die Umwelt vor allem erkennt, ist eine männliche Person mit weiblicher Bekleidung. Dementsprechend fallen die Reaktionen aus. Gekicher, Anpöbeleien, sexistische Sprüche stellen noch die harmlosesten Reaktionen dar. Tätliche Angriffe sind nicht selten. Es ist für mich immer wieder ausgesprochen demütigend, von »Rotznasen« angepöbelt zu werden, die meine eigenen Kinder sein könnten.

Transmänner haben es in der Regel deutlich besser. Eine biologische Frau in männlichem Outfit ist schon lange kein provozierender Anblick mehr.

Hilfreich ist in dieser Phase eine Art Attest, das bei Behörden, Ausweiskontrollen, bei Bank, Post oder ähnlichem vorzulegen ist. Somit ist zumindest der Diskriminierung von Seiten öffentlicher Behörden ein Riegel vorgeschoben.

Erst nach diesem Alltagstest kann dann eine hormonelle Behandlung eingeleitet werden. Wer Hormone zu sich nimmt, muss sich im Klaren darüber sein, dass es zu erheblichen Nebenwirkungen kommen kann. Die müssen nicht notgedrungen eintreten. Aber es kann zu Störungen verschiedener Art kommen. Depressionen, Reizbarkeit, Antriebslosigkeit, Schwindelgefühl, Übelkeit, heftige Schweißausbrüche, Erschöpfung, Fieberanfälle, Schmerzen in unterschiedlichen Körperregionen. Immerhin werden erhebliche Veränderungen am Körper eingeleitet, z. B. Anwachsen der Brüste bei Mann-zu-Frau-Transidenten.

Die Hormontherapie kann sich über Monate, in nicht wenigen Fällen über Jahre hinziehen. Erst nach deren erfolgreicher Absolvierung kann der endgültige Schritt in das Wunschgeschlecht eingeleitet werden die »geschlechtsangleichende Operation«. Es sind eine ganze Reihe von Eingriffen von Nöten. Doch selbst die erfolgreichste OP kann niemals alle körperlichen Merkmale des ursprünglichen biologischen Geschlechtes auslöschen.●

INTERVIEW MIT DER TRANSIDENTEN MADELEINE

»Wir müssen unseren Körper verstümmeln, damit wir anerkannt werden.«

Madeleine, 43, lebt als Transidente in einer Kleinstadt in Thüringen. Sie hat Theologie studiert, eine Ausbildung als Sozialarbeiter absolviert und in verschiedenen Berufen gearbeitet.

CONTRASTE: *Madeleine, wie kam es bei dir zum coming out?*

Madeleine: Ich habe schon als Jugendlicher bemerkt, dass irgendwas nicht stimmt, dass ich mich fraulich fühle. Aber ich habe das coming out sehr lange vor mir hergeschoben und lebte in der falschen Identität. Dabei habe ich mich immer unwohl gefühlt, und die Leute fragten: Warum bist du denn so introvertiert und sonderst dich immer ab? Nach meinem 40. Geburtstag habe ich es dann nicht mehr ausgehalten und mir gesagt: Jetzt muss ich endlich damit raus. Aber an meinem Heimatort habe ich mich bis heute nicht geoutet.

Was hat sich durch dein coming out geändert?

Früher hatte ich in Auseinandersetzungen mit anderen Männern immer den kürzeren gezogen, weil ich keine Härte und Stärke vorweisen konnte. Jetzt wo ich geoutet bin, weiß meine Umgebung: es ist halt irgendwie eine Person, die dazwischen steht. Sie ist halt ein bisschen anders. Dann weiß man, warum es so ist, und das wird dann eher akzeptiert als bei einem Mann. Seit meinem coming out trete ich sicherer auf, weil ich mehr aus mir heraus kann. Absurderweise ist es so: ich bin jetzt zwar das sogenannte schwache Geschlecht, aber dadurch kann ich Stärke zeigen. Und sogar Durchsetzungsvermögen – was ich vorher überhaupt nicht konnte. Früher war ich wie eine graue Maus, die sich irgendwo am Rande abgeduckt hat. Das geht nicht mehr. Wenn ich jetzt irgendwo hin komme, bin ich sofort im Mittelpunkt. Alle gucken ja auf mich: Was ist denn das für einer?

Wie möchtest Du in naher Zukunft leben?

Ich suche nach einem neuen Lebenskreis in einer Gemeinschaft in einer Großstadt. Vielleicht klappt das demnächst mit der Sozialistischen Selbsthilfe in Köln. Dort könnte ich auch beruflich als Frau auftreten. Bei einem Praktikum dort hat es gut funktioniert.

Welche Erfahrungen hast Du bei der SSM gemacht?

Ich möchte nicht nur in meiner Freizeit, sondern

Madeleine

durchweg als Frau auftreten, weil das als Mann-zu-Frau-Transe meine Identität ist. Das wird bei der SSM akzeptiert. Ich habe dort im Second-Hand-Laden gearbeitet. Dabei kann ich einen Rock tragen, und meine Brust-Prothesen stören nicht, wie es bei körperlicher Arbeit der Fall wäre. Ich hatte befürchtet, dass vielleicht die KundInnen peinlich berührt oder ablehnend oder sonstwie schräg reagieren könnten. Aber das war überhaupt nicht so.

Welche Schwierigkeiten erlebst du in deiner neuen Rolle?

Es geht mir oft auf die Nerven, dass ich mich als Frau herrichten muss: Schminken, Fingernägel lackieren – das ist lästig. Aber ich muss es machen, weil ich sonst nicht als Frau wahrgenommen werde. Andere, auch körperlich weibliche Frauen haben das nicht nötig. Aber ich würde sonst als Mann identifiziert, und das will ich auf keinen Fall. Ob man mich als Frau sieht oder als irgendein Zwischenwesen, das ist mir egal. Hauptsache nicht als Mann.

Hast du dich operieren lassen?

Nein. Das tun zwar noch die meisten Transen. Aber eine Minderheit, zu der ich auch zähle, sagt: Warum eigentlich? Es ist eigentlich etwas Aufgezwungenes, was uns dieses gesellschaftliche System der Zweigeschlechtlichkeit auferlegt hat. Wir müssen unseren Körper verstümmeln, damit wir anerkannt werden. Warum geht das nicht auch so? Viele lassen sich halt operieren, weil sie sagen: okay, es ist zwar eine langwierige Tortur – aber wenn ich es dann geschafft habe, bin ich voll in dem anderen Geschlecht angekommen. Dann fällt man nicht mehr so auf und ist integriert. Aber so ist es halt schwieriger, weil man lebenslänglich dazwischen steht. Das merkt man gerade auch im Beruflichen sehr deutlich.

Wie ist denn dein Sexualleben?

Ich betrachte mich als bi. Das ist halt meistens so. Sexuell ist es nicht einfach, Partner zu finden. Das ist auch ein Grund, warum viele sich operieren lassen. Gerade die Mann-zu-Frau-Leute kommen ja meist aus ganz normalen heterosexuellen Beziehungen. Sie hatten eine Partnerin und Kinder. Ein Großteil möchte weiter nach diesem Modell leben. Und da ist es schon schwierig, wenn man sich nicht ändern lässt. Mit Frauen hätte ich jetzt Konflikte, weil ich in einer Beziehung immer wieder auf die Rolle als Mann zurückgeworfen würde, was ich ja nicht mehr will. Mit Männern ist es einfacher, weil ich da die Rolle als Frau richtig ausspielen kann.

Engagierst du dich auch politisch?

Ich bin Mitglied in der anarchistischen Gewerkschaft »FAU (Freie Arbeiter Union)« und auch in der Partei »Die Linke«, obwohl ich da auch gewisse Konflikte habe mit der ganzen Richtung, die die teilweise jetzt einschlagen. Und in diversen Transen-Gruppen bin ich aktiv. Mit meinem Engagement möchte ich dazu beitragen, die Transidentität breiter in der Gesellschaft zu verankern.●

Interview: Ariane Dettloff, Redaktion Köln

Presseerklärung von TransinterQueer vom 29.3.2009:

Trans-Aktivistin in Istanbul ermordet

Die türkische Trans-Aktivistin Ebru Soykan wurde am 10. März 2009 in ihrem Haus in Istanbul ermordet. Ebru war prominentes Mitglied von Lambda Istanbul, der größten Interessenvertretung lesbischer, schwuler, bisexueller und transgeschlechtlicher Menschen in Istanbul und der Türkei. Sie arbeitete seit Jahren gegen die polizeiliche Gewalt und die schlechte Behandlung von transgeschlechtlichen Menschen in Taskim, einem Bezirk im Zentrum Istanbuls.

Die Tat kam nicht überraschend: Mitglieder von Lamda Instanbul berichten, dass Ebru bereits im Februar die Staatsanwaltschaft um Schutz gebeten hatte. Anlass waren mehrfache körperliche Angriffe und Morddrohungen durch den Mann, der jetzt als Tatverdächtiger in Untersuchungshaft sitzt. Bereits vor zwei Wochen hatte die Polizei den Mann festgenommen, nach zwei Stunden aber wieder frei gelassen.

Dies ist schon der zweite Mord an einem Mitglied von Lambda Istanbul innerhalb weniger Monate. Im Juli 2008 wurde der 26-jährige Ahmet Yildiz vor einem Café von einem Unbekannten erschossen. Bislang kam es zu keiner Anklage.

Die Dunkelziffer der Gewaltverbrechen an LSBT Menschen ist hoch und die meisten Fälle kommen nie ans Tageslicht. Viele werden nie untersucht: Bereits im April 2007 übergab Lambda Istanbul ein Dossier von 19 aktuellen Fällen ziviler und polizeilicher Übergriffe an die Menschenrechtskommission der Provinz Istanbul und verlangte eine Untersuchung. Diese wurde mit dem Argument abgelehnt, es lägen bei den beschriebenen Fällen keine Menschenrechtsverletzungen vor.

Für aktuelle Informationen zum Mord an Ebru Soykan wenden Sie sich bitte an: GLADT e.V.:
Tel.: (0 30) 26 55 66 33, info@gladt.de
www.transinterqueer.org
Weitere allgemeine Informationen zur Menschenrechtssituation unter:
● www.hrw.org/en/reports/2008/05/21/we-need-law-liberation-0
(Mai 2008, Human Rights Watch: Bericht über die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Menschen in der Türkei)
● www.hrw.org/en/reports/2008/12/05/closing-ranks-against-accountability-0
(Dezember 2008, Human Rights Watch: Folgebericht speziell über polizeiliche Übergriffe auf transgeschlechtliche Menschen in der Region Istanbul)

SOZIALISATION & GESCHLECHT

Transidentität

Free Gender – eine Alternative?

– Vom fremdbestimmten zum selbstbestimmten Leben der Transen

Judith Butler, Gender-Theoretikerin aus den USA, bestreitet die Existenz einer essentiellen, das heißt von der Geburt an natürlich gegebenen Geschlechtsidentität, die sich in Handlungen, Gesten und im Sprechen der Menschen in Abhängigkeit vom biologischen Geschlecht ausdrückt.

von Madeleine ● Sie ist vielmehr der Ansicht, dass ein Kind nach der Geburt seine Geschlechtsidentität durch die logische Zuordnung zu einer der beiden Geschlechtskategorien aufoktroyiert bekommt. Im Laufe des weiteren Lebens wird die Geschlechtszugehörigkeit durch ritualisierte Wiederholung von Konventionen erzeugt. Neugeborene Babys sind nur durch den »kleinen Unterschied« auseinander zuhalten. Gesicht und Körper gleichen sich in jenem Alter wie ein Ei dem anderen. Doch die Eltern glauben es nach außen sichtbar machen zu müssen, indem sie den Jungen in himmelblau, das Mädchen in zartrosa wickeln.

Wir alle kennen die folgende Situation: Ein kleines Mädchen, 5 Jahre alt, schlägt sich beim Spielen die Kniescheibe auf, vom Schmerz gebeugt beginnt es zu weinen. Das ist auch in Ordnung so, ein Mädchen darf seine Gefühle durch Weinen artikulieren. Schlägt sich der 5 jährige Junge beim Spielen die Kniescheibe auf, sieht das ganz anders aus. Ein Junge weint nicht, bekommt er dann um die Ohren gehauen, dabei empfindet er den gleichen Schmerz. Dieser Wahnsinn zieht sich dann in unendlichen Kleinigkeiten wie ein roter Faden durch das ganze Leben.

Nichts wird einem Mann weniger verziehen als »seine Männlichkeit« aufzugeben, das wiegt schlimmer als Mord. Mord verjährt irgendwann, vor allem wenn es sich um den staatlich sanktionierten Massenmord handelt, den wir im allgemeinen als Krieg bezeichnen. Hier kann Mann sich bewähren, da gibt's sogar hohe Auszeichnungen, die Mann stolz präsentieren kann.

Aber wehe dir, Mann, du verabschiedest dich von deiner Männlichkeit! Eine Frau, die ihre Männlichkeit entdeckt, kann hier schon auf mehr Verständnis hoffen, identifiziert sie sich doch mit dem »Starken Geschlecht«, wertet sich damit gesellschaftlich auf. Ob sie (bzw. er) dann auch voll akzeptiert wird, steht auf einem anderen Blatt. Der Mann hingegen verabschiedet sich von seinen Privilegien als Mann, um dem »Schwachen«, dem »minderwertigen« Geschlecht beizutreten.

Judith Butler meint: »Performanz ist die ununterbrochene alltägliche Selbstdarstellung als Mann oder Frau, und zwar nicht als Ausdruck eines inneren Geschlechtskerns, sondern umgekehrt als ritualisierte Wiederholung von Verhaltensvorschriften, welche auf die Dauer eine natürlich empfundene Geschlechtsidentität in der Psyche der Menschen ein-

Foto: Marie-Lan Nguyen

schreibt. Oder um es mit Karl Marx auszudrücken: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.«

Abschied von der Zwei-Geschlechter-Theorie?

1. Eine Person gehört einem und nur einem Geschlecht an!
2. Eine Person gehört einem Geschlecht ein Leben lang an!
3. Das Geschlecht hat eine körperliche Basis, d.h., wenn eine Person in einem Geschlecht lebt, darf ihr Körper nicht dem des anderen Geschlechtes ähnlicher sein als dem Körper des Geschlechtes, in dem sie lebt.

Dieses unumstößliche Dogma bestimmt das Denken der Menschen seit Jahrtausenden, seit sich die patriarchale Herrschaftsstruktur herausbildete, daran darf nicht gerüttelt werden. Die Zwei-Geschlechter-Theorie muss verteidigt werden, koste es, was es wolle.

Schlafender Hermaphrodit im Pariser Louvre

Foto: Ram

Es darf kein wie auch immer geartetes »Drittes Geschlecht« geben.

Panisch, ängstlich, ja nicht selten aggressiv reagieren die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, wenn sie auf diese Problematik angesprochen werden. Transsexuelle, ja die gibt es natürlich. Das Thema wurde in den letzten Jahren eingehend erforscht. Der Gesetzgeber bietet diesen Leuten ja die Angleichung an das gewünschte Geschlecht. Wer mit seinem biologischen Geschlecht nicht zurecht kommt, der oder die muss es eben ändern lassen, basta! Etwas anderes ist nicht vorgesehen. Mit anderen Worten: von der einen Schublade in die andere, schließlich muss ja alles seine Ordnung haben.

Zitat

»Es wäre irrelevant, ob eine »Frau« einen Penis und/oder Brüste hat, ob ihre Stimme hell oder dunkel tönt, ob sie einen Bartwuchs aufweist und ob sie zeugungsfähig ist. Ebenso irrelevant wäre es, ob ein »Mann« eine Vagina hat, Brüste besitzt, einen Stimmbruch durchgemacht hat und gebärfähig ist. Relevant wäre in einer solchen – zugegebenermaßen utopischen – Gesellschaft einzig und allein das Bewusstsein der Mitglieder dieser Gesellschaft, dass die Geschlechter sozial konstruiert sind. Eine solche Gesellschaft könnte im Letzten auf die einander ausschließenden Kategorien »Frau« und »Mann« mit den heute daran geknüpften Rollen und ungleich verteilten Privilegien verzichten und würde die Menschen, ungeachtet ihres Erscheinungsbilds und ihrer Lebensweise, als gleichwertig und gleichberechtigt betrachten und es ihnen erlauben, ihre ganz individuellen Lebensentwürfe und Partnerschaftsformen zu realisieren.«

Udo Rauchfleisch

Es versteht sich, dass bei einer derart kleinen Minderheit nicht das geringste öffentliche Interesse besteht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die jenen Betroffenen auch nur annähernd die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben gestattet.

Doch wie sollen Angehörige jenes »Dritten Geschlechtes« in einer bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft selbstbestimmt leben? Geht das überhaupt?

Ändere deinen Körper oder ändere die Gesellschaft, in der du lebst

Prof. Dr. Udo Rauchfleisch ist Psychoanalytiker und Klinischer Psychologe an der Universität Basel. Über dreißig Jahre hat er sich mit dem Thema Transidentität beschäftigt und weit über 100 Betroffene behandelt.

Er meint dazu: »Es ist die Frage, ob das zum Teil extreme Bestreben einiger Transidenten nach möglichst perfekter Anpassung an das Wunschgeschlecht letztlich ihr originärer Wunsch ist oder ob die Gesellschaft, in der sie leben, ihnen diesen Wunsch nicht geradezu aufdrängt, indem die Umgebung nur »eindeutige« Frauen oder Männer akzeptiert. Wir müssen uns fragen – und Transidente selbst müssen sich meines Erachtens intensiv mit dieser Frage auseinander setzen –, ob die Situation nicht anders aussähe, wenn in unserer Gesellschaft das Androgyne einen anerkannten, positiv konnotierten Platz einnähme.«

Genau hier liegt der springende Punkt. In einer die Androgynität akzeptierenden Gesellschaft wären vermutlich die Wünsche Transidenter nach radikaler Ausmerzung aller Merkmale des biologischen Geschlechtes längst nicht so ausgeprägt. Ja wir müssen sogar fragen, ob es in einer solchen Gesellschaft Transsexuelle in unserem heutigen Sinne überhaupt noch gäbe, also Menschen, die auf eine hormonelle und chirurgische Angleichung an das Gegengeschlecht drängen. Möglicherweise wäre es für Menschen, die sich in ihrem biologischen Geschlecht entsprechend Rolle und Lebensweise nicht wohl und nicht »zuhause« fühlen, in einer so veränderten Gesellschaft eine durchaus lebbare Variante, ohne hormonelle und operative Maßnahmen in der gegengeschlechtlichen Rolle zu leben und an Merkmalen ihres »früheren« Lebens in keiner Weise Anstoß zu nehmen. Die Alternative lautet also: Ändere deinen Körper oder ändere die Gesellschaft, in der du lebst!

Was mich betrifft, so habe ich mich schon jetzt für die letztere Variante entschieden, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Denn leider leben wir eben (noch) nicht in jener von Rauchfleisch gewünschten »androgynen« Gesellschaft.

Indirekt tragen nicht wenige Transidente selbst dazu bei, dass alles beim Alten bleibt.

Ablehnend, gereizt, nicht selten aggressiv reagieren viele Transidenten, wenn man sie auf ihre Vergangenheit, auf ihr einstiges oder noch vorhandenes biologisches Geschlecht anspricht. Selbstverleugnung pur. Mit teils brachialen Mitteln versuchen viele ihr angestammtes biologisches Geschlecht zu überdecken, doch das gelingt nur wenigen. Vor allem sind natürlich die Mann-zu-Frau Transidenten, also die Transfrauen betroffen. Das biologische Geschlecht schimmert eben immer wieder durch, auch bei jenen, die die geschlechtsangleichende OP schon lange hinter sich gebracht haben.

Ich könnte heulen, wenn ich diesen Selbsthass spüre. Die Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse wird geradezu zelebriert. Der Weg zur Glückseligkeit führt unweigerlich über das Skalpell. Aber was kommt danach? Nach einer anfänglichen Euphorie für nicht wenige die Ernüchterung, wenn sich eben die Akzeptanz doch nicht einstellen will. Es ist einfach vermessen zu glauben, das Problem zu lösen, indem mensch sich »zurechtschneiden« lässt.

Was wir brauchen, ist eine echte Emanzipationsbewegung. Eine Bewegung, die sich die eindeutige Überwindung der verordneten Zwei-Geschlechter-Theorie zum Ziel gesetzt hat. Menschen die ganz bewusst zwischen den Geschlechtern leben und sich dabei wohl fühlen.

Für mich stellt es sich so dar:

Ich bin ganz bewusst Transfrau, dieser Begriff setzt mich mit biologischen Frauen gleich, unterscheidet mich aber gleichzeitig von ihnen. Es eröffnet sich für mich ein Feld geschlechtlicher Gestaltungfreiheit. Als Transfrau muss ich nicht mit biologischen Frauen konkurrieren, muss mich nicht für meinen männlichen Körper schämen, denn er ist es, der gerade das Spezifische der Transfrau ausmacht.

Ich habe nicht gerade ein Korsett abgestreift, nur um mir so schnell wie möglich ein neues überzuwerfen. Was ich spüre, ist die absolute Freiheit. Ich gestalte mir meine Rolle selbstbestimmt.

Ich lerne mein körperliches Geschlecht mit Gelassenheit hinzunehmen, so wie es mir auf diese Welt mitgegeben wurde. Ich betrachte den männlichen Körper nicht als Feind. Ich kann, indem ich mich nicht festlege, allen Konventionen entfliehen.

Es ist vor allem die emanzipierte, selbstbewusste, lebensbejahende, progressive, engagierte, kritische Frau, die ich mir als Vorbild gewählt habe, rebellisch

Foto: Archiv

und alle Konventionen sprengend. Die aktuelle Transsexuellen-Therapie widerspricht diesem Ideal. Sie entmündigt den transidentischen Menschen (vor allem natürlich Transfrauen), legt ihn auf ein längst überholtes Rollenklischee fest. Das dort vertretene Frauenbild ist voremanzipatorisch, erinnert an Frauenrollen aus den 50er und 60er Jahren.

Ein besonders auffälliges Beispiel: Während sich biologische Frauen immer häufiger von hochhackigen Schuhen emanzipieren und stattdessen bequeme Schuhe bevorzugen, sind viele Transfrauen geradezu besessen von der Vorstellung, dass zu einem idealen Frauenbild gezwungenermaßen Stöckelschuhe mit extrem hohen Absätzen gehören. Es erübrigt sich sicher jeglicher Kommentar. An meine Füße kommen diese Mordinstrumente jedenfalls nicht. Ich habe meine Rolle eigenständig festgelegt. Ich brauche keine selbsternannten Modezaren, die mir vorschreiben, wie ich mich zu kleiden habe.

Bis auf ein paar kosmetische Veränderungen werde ich alles so belassen, wie es ist. Dass ich mich dadurch vollständig ins Abseits setze, habe ich voll einkalkuliert.

Die patriarchal strukturierte Gesellschaft wird mich nie anerkennen – nun, das soll sie, ich werde diese Gesellschaft ebenfalls nie als das Ende der Geschichte akzeptieren. Vor mir liegt ein dornenreicher Weg, der mir alles abverlangt. Das schlägt sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt nieder.●

CLOWN ODER HURE?

Transidentität

Transidente in der Arbeitswelt

»Wenn Sie sich auf diesen Weg einlassen, müssen Sie davon ausgehen, dass Sie für diese Gesellschaft eine Tote sind. De facto existieren Sie nicht mehr. Sie werden immer von Sozialstütze leben müssen und dem Proletariermilieu, das Sie umgibt, nie entfliehen können.« So versuchte mich mein Therapeut vor etwa einem Jahr zu warnen.

von Madeleine ● Ich bin dankbar für diese ehrliche Einschätzung. Auch wenn es sich im ersten Moment als Schlag ins Gesicht anfühlt.

Für einen Menschen, der einmal studiert hat und des kritischen Denkens fähig ist, eine Art Todesurteil. Transidenten sind die Aussätzigen der Neuzeit. Im Berufsleben können sie kaum noch Fuß fassen, vor allem wenn sie sich gegen eine hormonelle oder chirurgische Behandlung entscheiden. Da liegt auch einer der Gründe, warum sich nach wie vor so viele für diesen Weg entscheiden.

Zunächst einmal eine nüchterne Betrachtung: Die Klassengesellschaft, in der wir nach wie vor leben müssen, macht auch vor Transidenten nicht halt. Und auch hier gilt: je höher der soziale Status, desto größer die Chancen, sich durchs Leben schlagen zu können. Der Meinung ist auch der Psychologe Udo Rauchfleisch, wenn er bekennt: »Je nach Persönlichkeit, bisheriger Ausbildung und sozialem Umfeld ist es für manche Transidente relativ einfach, eine gute soziale Stabilität zu bewahren und diese sogar zu verbessern. Im allgemeinen gilt, dass ein hoher Bildungsgrad, eine vor dem Rollenwechsel (Cross-dressing) abgeschlossene berufliche Ausbildung und eine erfolgreiche berufliche Tätigkeit günstige Bedingungen für die Integration in die neue Rolle darstellen. Je stabiler diese Situation ist, desto günstiger die Prognose.«

Mit anderen Worten tendieren die Chancen für Transidente, die der Unterschicht oder den so genannten bildungsfernen Schichten angehören, gegen Null. Es wird geschätzt, dass etwa 80% aller Transleute auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind. De facto werden Transidente auch gar nicht mehr vermittelt. Wie auch, da man sie ja weder als Mann noch als Frau auf dem Arbeitsmarkt einstellen kann.

Die veröffentlichte Meinung spielt das natürlich herunter, will davon nicht wissen. Es kommen im Grunde nur jene zu Wort, denen es gut geht. Die dürfen dann in der Boulevardpresse, in diversen Talkshows etc. ihre Sicht der Dinge zum Besten geben. Schwadronieren herum, wie leicht doch der Weg war und welch hilfreiche Menschen ihnen begegnet sind in dieser ach so toleranten Gesellschaft. Es handelt sich zudem ausnahmslos um jene, die sich für den operativen Weg entschieden haben, und sie stellen diesen natürlich als die einzig gangbare Variante vor. Ein entsetzliches Zerrbild der Realität.

Es tanzen die Transen – Plakatausschnitt der Transtagung 2007, Berlin

Barrieren im Berufsalltag

Die Wirklichkeit stellt sich ganz anders dar. Da ist nichts von der heiteren Beschwingtheit zu spüren, die solche Auftritte glauben machen wollen. »Clown oder Hure« – so oder ähnlich sieht die Welt der meisten Transidenten aus, mehr billigt uns die patriarchale Ordnung nicht zu.

Foto: Archiv

Sicher hat es Fortschritte gegeben, nicht zuletzt durch das Antidiskriminierungsgesetz. Noch vor 10 Jahren spielte sich ein transidentes Leben ausnahmslos zwischen Psychiatrie und Rotlichtmilieu ab. Aber von einer Normalisierung kann noch lange nicht die Rede sein. Ja die wird es innerhalb der bestehenden Ordnung ohnehin nicht geben. Es wäre geradezu unbedarft, auf eine systemimmanente Lösung zu hoffen. Ich habe es bei der Bewerbung um eine Stelle Dutzende Male erlebt. Eine Barriere, die sich einfach nicht überwinden lassen will.

Die Liste der Vorurteile ist lang, sehr lang. Hier die am häufigsten vorgetragenen Argumente:

● Transen sind viel zu verweichlicht, daher nicht ausreichend belastbar (vor allem Transfrauen)
● Transen können sich schwer in eine Gemeinschaft einfügen
● Transen benötigen viele Extras: welche Toilette sollen sie benutzen, welchen Waschraum, welche Umkleideräume?
● Transen fallen aufgrund häufiger Erkrankungen öfter aus (vor allem bei Hormontherapie)
● Mit denen hat man viel Ärger, vor allem nach In-Kraft-Treten des Antidiskriminierungsgesetzes
● Transen sind eine Zumutung für die Kollegen, die mit ihnen zusammenarbeiten müssen
● Transen schrecken Kunden ab, vor allem im öffentlichen Bereich
● Die sind doch alle ein wenig durchgeknallt im Kopf
● Transen stellen eine Gefahr für Kinder dar

Etc, etc, etc

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen...

Wir dürfen nicht vergessen, Transidentität gilt nach wie vor als »schwere psychische Störung«, nicht wenige sehen in ihr noch immer eine Art von Geisteskrankheit.

Jene, die noch einen Arbeitsplatz ihr eigen nennen können, sind nicht selten einem unvorstellbaren Dauermobbing ausgesetzt. Es sind vor allem männliche Kollegen, die einfach nicht mit ihnen können; Frauen reagieren in der Regel nicht so panisch. Offensichtlich fürchten sich Männer vor Ansteckungsgefahr. Dahinter steckt einfach eine Jahrhunderte, ja Jahrtausende währende Indoktrination der Zwei-Geschlechter-Theorie, die mithilfe unterschiedlichster Weltanschauungen den Menschen eingehämmert wurden. So etwas lässt sich nicht innerhalb weniger Monate durch ein paar Gesetze aus der Welt schaffen.

Transidente treffen wir daher auch häufig an als Selbständige, Freiberufler oder in alternativen Zusammenhängen. Hier bestehen noch die besten Chancen Fuß zu fassen.●

TERMIN

Einladung zum low-budget-queer Wochenende

Thema: Bi, Trans, Inter, anndrogyn – irgendwie anders – aber lebendig.
Wie können queere Menschen alternativ leben?
Zeitpunkt: 21.-23. August 2009
Ort: »Alte Schule Fredelsloh« Alternatives Tagungshaus in der Nähe von Göttingen
Info: www.blu-fredelsloh.de
Das Tagungshaus hat etwa 30 Schlafplätze zu bieten. Eingeladen sind alle, die an einem offenen Austausch über das Thema interessiert sind.

Anmeldung per e-mail an Madeleine: transgender@huk.org

LETZTE MELDUNG

Das Transsexuellengesetz (TSG) von 1980 wackelt. Endlich!

Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung eine Frist bis zum 1.8.09 vorgegeben, eine mit dem Grundgesetz vereinbare Neuregelung zum TSG zu schaffen. Das alte TSG ist eindeutig grundgesetzwidrig. Es verstößt gegen Artikel 1 »Die Würde des Menschen ist unantastbar« sowohl als auch gegen Artikel 2, das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Noch in dieser Legislaturperiode könnten also weitgehende Neuerungen in Kraft treten.
Info unter: www.dgti.org

DIE MICHAELA-LINDNER-AFFÄRE

Im Jahre 1998 schreckte Deutschland auf. Etwas Ungeheures war geschehen: In dem kleinen, etwa 1.000 Seelen zählenden sachsen-anhaltinischen Dörfchen Quellendorf hatte sich der kurz zuvor gewählte ehrenamtliche Bürgermeister Norbert Lindner offen zur Transsexualität bekannt, nahm den weiblichen Vornamen Michaela an und trat fortan nur noch als Frau öffentlich in Erscheinung.

Schon sahen vor allem konservative Sittenhüter das christliche Abendland in Gefahr. Es wurde eine beispiellose Kampagne gegen Michaela geführt. Ein Tabubruch. Von Wahlbetrug war die Rede, denn schließlich hätten die Bürger ja einen Mann an die Spitze ihres Dorfes gewählt. Die Hetze führte schließlich zum Amtsverzicht Michaela Lindners. Wie viele andere Transidente stand sie plötzlich vor dem Nichts und musste auf sich gestellt völlig neue Wege gehen.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass 1998 auch noch ein anderer Vorgang in Sachsen-Anhalt für Schlagzeilen sorgte: der Einzug der rechtsextremen DVU in den Landtag. Mit fast 13% der Stimmen das beste Ergebnis, das je eine Rechtspartei in Deutschland nach 1945 erzielte.

Sich in einem solchem Umfeld als trans zu outen und zu bewegen kann unter Umständen lebensgefährlich sein. Doch die Affäre rückte zum ersten Mal Transsexualität/Transidentität in eine Öffentlichkeit außerhalb des Rotlichtmilieus. Erstmalig wurde, wenn auch vornehmlich negativ, so aber zumindest ernsthaft darüber diskutiert. Damit wurde eine kleine Wende eingeleitet. Andererseits macht es deutlich, dass Transidente kaum eine Chance haben, wirklich ernst genommen zu werden.

Schon gar nicht traut man ihnen zu, öffentliche verantwortungsvolle Ämter zu bekleiden. Man stelle sich vor, Klaus Wowereit hätte sich einige Jahre später in Frauenkleidung vor seine Berliner Genossen gestellt, mit dem Bekenntnis transidentisch zu sein. Ich denke, er würde heute nicht dort sitzen, wo er derzeit ist.

Transidente sind nach wie vor weitestgehend an den Rand gedrängt. Eine Emanzipation, die ihren Namen verdient, steht noch aus.

KLEINES BEGRIFFSLEXIKON

Transsexualität
– Bezeichnung für den Wunsch, dem jeweils anderen Geschlecht anzugehören

Transmann
– Bezeichnung für biologische Frauen, die sich selbst dem männlichen Geschlecht zuordnen

Transfrau
– Bezeichnung für biologische Männer, die sich selbst dem weiblichem Geschlecht zuordnen

Transidentität
– Neue Bezeichn. f. Transsexualität

Transgender
– eine weitere Bezeichnung für Transsexuelle, aber eher ein Sammelbegriff für Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren

Transvestiten
– so bezeichnet man Menschen, die sich gern wie das jeweils andere Geschlecht kleiden, mit ihrem Körper oder ihrer sozialen Stellung haben sie keine Probleme, die Boulevardpresse bezeichnet aus Unkenntnis auch Transsexuelle als Transvestiten

Transe
– ursprünglich abwertende Bezeichnung für Transidenten, wird heute zunehmend zur Selbstbezeichnung

Crossdresser
– Rollenwechsler, so bezeichnet man Menschen, die bewusst sowohl die weibliche wie die männliche Identität gleichzeitig nebeneinander ausleben, sie wechseln ständig, je nach Ort und Begebenheit die Identität

Kleine Lösung
– In Deutschland und Österreich seit einigen Jahren bestehende Möglichkeit den Vornamen des Wunschgeschlechtes anzunehmen, um besser in der angestrebten Identität leben zu können, auf hormonelle oder chirurgische Behandlung wird dabei verzichtet

Große Lösung
– Stufenweise Anpassung an das Wunschgeschlecht durch hormonelle Behandlung bis zur endgültigen operativen Anpassung

Free Gender
– eine Bewegung von Menschen, die bewusst ihre Transidentität annehmen, sich als eine Art »Drittes Geschlecht« erkennen. Viele verzichten auch aus freier Entscheidung auf hormonelle und operative Behandlung

WILLKOMMEN ABER...

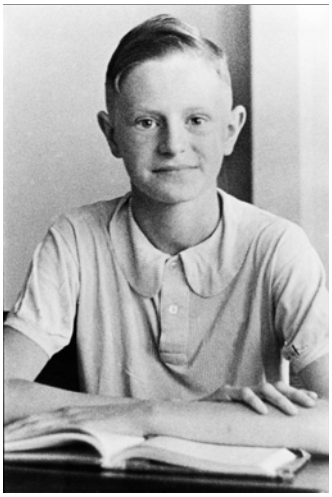
Transidentität

Transidentität und Kommunebewegung

Alternative Lebensgemeinschaften, Kommunen, Ökodörfer etc. sollten, so meinen sicher nicht wenige, transidentischen Personen eine ideale Lebensperspektive bieten. Haben sich doch die meisten davon große Ziele auf die Fahnen geheftet. Viele definieren sich als antisexistisch, antipatriarchal, politisch links oder libertär, wollen künstliche Hierarchien beseitigen, leben ökologisch, ganzheitlich, sind kreativ in vielen Belangen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, sowohl dem großbürgerlichen wie dem kleinbürgerlichen Spießertum etwas, wie auch immer, alternativ Geartetes entgegen zu setzen. Doch theoretischer Anspruch und praktische Umsetzung klaffen oft weit auseinander.

von Madeleine ● Was mich betrifft, so möchte ich selbstbestimmt leben, mich so weit als möglich aus dem Hamsterrad des Kapitalismus befreien, auch wenn das selbstverständlich nie vollständig möglich ist. Die Großstadt bietet hier auf jeden Fall die besten Möglichkeiten. Es wäre auch auf dem Land möglich, aber dann müsste es sich schon um eine von der Umwelt relativ autonom funktionierende Gemeinschaft handeln, in entsprechender Größenordnung.

Andererseits kommt es natürlich auf die soziale Zusammensetzung an. Da kann eine megagroße Stadt schnell zum Dorf werden. Auch in Köln wurde ich schon beleidigt, angepöbelt, ja sogar schon bespuckt, oder mir wurde der »Stinkefinger« gezeigt.



© Fotos: Burkhard Peter, www.burkhardpeter.de, aus »Charlotte von Mahlsdorf: Ich bin meine eigene Frau. Ein Leben. Edition diá 1992, www.editiondia.de

Die Sichtbarkeit ist die Achillesferse aller Transidenten. Schon lange interessiere ich mich für die Kommunebewegung, sehe darin die einzige Möglichkeit mein Überleben zu sichern, vor allem da ich aus einer Region stamme (Nordthüringen), wo ein offenes Auftreten de facto undenkbar erscheint.

Gerade in den letzten Wochen und Monaten habe ich mich bei einer Reihe unterschiedlicher Projekte gezielt beworben. Die Reaktionen fielen ausgesprochen unterschiedlich aus. Von etwa einem Drittel der angeschriebenen Kommunen erhielt ich eine positive Rückmeldung. Hier möchte ich vor allem die Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mühlheim (SSM) hervorheben, mit deren Mitgliedern ich schon seit einiger Zeit in gutem Kontakt stehe und auch schon immer wieder für mehrere Tage mitarbeiten und mitleben konnte. Ich werde hier voll respektiert, Probleme gibt es dahingehend keine. Vor allem finde ich gut, dass die SSM nicht dogmatisch festgelegt ist, sondern den Mitgliedern Freiräume zur Verfügung stellt, in deren Rahmen sie sich entwickeln können, genau der richtige Platz für eine Transperson. Selbstbestimmt zu leben ist ja wie schon erwähnt, für Transidente ein entscheidender Punkt. Hier möchte ich auch eine Weile bleiben, wenn denn technische Fragen, wie Unterbringung etc. geklärt sind. Zu anderen Kommunen habe ich nur losen Kontakt.

Wegbereiter im Gender-Dschungel?

Die restlichen zwei Drittel ließen überhaupt nichts von sich hören. Eine Reaktion, die mir immer wieder begegnet. Bei Bewerbungen auf dem konventionellen Arbeitsmarkt ist das Gang und Gebe und durchaus erklärbar. Wer schweigt, braucht sich für keine diskriminierende Äußerung zu verantworten. Besonders seit In-Kraft-Treten des Antidiskriminierungsgesetzes treten solche Reaktionen verstärkt auf. Bei einem CDU-nahestehenden Unternehmer, der sich im örtlichen Schützenverein betätigt und im Kirchenchor singt, sicher nicht ungewöhnlich. Aber von KommunardInnen, die sich rühmen, bei jeder Demo in der ersten Reihe zu stehen, erwartet die durchschnittliche Transe eigentlich etwas anderes.

Die Erklärung ist simpel: Auch die Alternativbewegung geht mehrheitlich von einer Zwei-Geschlechter-Gesellschaft aus. Da gibt es Frauengruppen, Männergruppen und .... Wo nun gehören Transidente hin?

In vielen alternativen Lebensgemeinschaften sind Transidente durchaus willkommen, so kann mensch es zumindest in den Selbstdarstellungen lesen. Ich habe mich gefragt, wie es dazu kommt, dass sich viele so schwer damit tun, wenn es ein konkretes Interesse gibt.

Einmal hat dazu natürlich das durch die Boulevard-Medien entstandene Zerrbild beigetragen. Zum anderen haben besonders Transfrauen eine oftmals lange Lernphase zu durchlaufen und treten am Anfang oft außerordentlich übertrieben weiblich in der Öffentlichkeit auf. Das wirkt nicht selten unnatürlich, ja abstoßend. Gerade auf Kommunen oder Ökodörfer, die einen einfachen, alternativen Lebensstil pflegen, die ihren Lebensunterhalt durch harte, zum Teil schmutzige Arbeit erwirtschaften müssen, etwa in der Landwirtschaft, durch Baumaßnahmen, etc. wirken solche Leute wie Paradiesvögel, die sich doch sicher verirrt haben. Transmänner haben es auch hier einfacher. Durch ihr cooles, lässiges Auftreten wirken sie gar wie geschaffen für eine alternative Lebensgemeinschaft.

Wer Transidente verstehen will, muss versuchen, sich in sie hinein zu versetzen, auch wenn das alles andere als einfach ist. Ein Beispiel: Wer kann sich schon vorstellen, den ganzen Tag mit Brustprothesen herum zu laufen, ja mit diesen zu arbeiten. Vor allem schwere körperliche Tätigkeiten können damit zur Tortur werden. Der Einwand: »dann tu die Dinger doch einfach raus« greift zu kurz. Eine Transfrau, die auch als eine solche wahrgenommen werden will, kann darauf nicht verzichten.

Es ließen sich noch eine Reihe weitere Beispiele finden, Kleinigkeiten oft, die auf Außenstehende banal, ja nicht selten kindisch wirken. Biologische Frauen bekommen in der Regel keinen Bart, für Männer ist der

Drei-Tage-Bart nichts Ungewöhnliches, ja fast normal. Für eine Transfrau sind Bartstoppeln im Gesicht eine Katastrophe. Sich im Gesicht »herzurichten« darf nicht als Eitelkeit missverstanden werden.

Auf den Vorwurf, Transidente würden immer eine Sonderrolle beanspruchen, trifft man auch in der Kommunebewegung. Selbstverständlich sind Personen, die sich auf keine eindeutige Geschlechterrolle festlegen, etwas besonders. Kommunen, Ökodörfer etc. sollten das respektieren und den Betroffenen Freiräume gestatten. Nischen, in die sie sich gegebenenfalls zurückziehen können. Aber dennoch können sich Transidente genau wie jeder und jede andere auch in eine Gemeinschaft einbringen, sind zu den gleichen Leistungen fähig wie andere.

Vor allem stellen Transmänner und Transfrauen, Hermaphroditen und Menschen, die sich nicht eindeutig auf eine Geschlechterrolle festlegen wollen, eine Bereicherung der Geschlechterlandschaft dar. Die Geschlechterdiversität ist als Reichtum einer Gesellschaft zu werten und zu respektieren.

Transidente könnten helfen beim Aufbrechen der biologisch begründeten Vorherrschaft des Mannes, sie können für die Gesamtgesellschaft eine fruchtbare Herausforderung darstellen, indem sie durch ihre Lebensentwürfe zeigen, dass die Geschlechterrollen künstlich sind und nichts mit dem biologischen Geschlecht zu tun haben. Das könnte bald zu einer echten Gleichberechtigung führen. Vor allem die Kommunebewegung bietet sich hier als hervorragendes Experimentierfeld an. Gelingt das Experiment, könnte es auch bald positiv auf die Umwelt ausstrahlen. Davon profitieren alle.

Zukunftsvisionen

Mein größter Wunsch wäre eine Landkommune, verkehrsgünstig gelegen, etwa in unmittelbarer Nähe einer Großstadt. Eine Gemeinschaft, die sich schwerpunktmäßig dem Thema Transidentität widmet. Eine Art Zufluchtstätte für Transidente, die aus der Bahn geworfen sind, deren bürgerliches Leben binnen kurzer Zeit wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen ist, die nicht wissen wo sie unterkommen. Kurz gesagt, die vor dem Nichts stehen. Derer gibt es mehr als genug. In zahlreichen Selbsthilfegruppen treffe ich immer wieder reihenweise auf solche Fälle.

Einfach zur Ruhe kommen, durchatmen. Sich über das neue Sein bewusst werden, versuchen langsam und schrittweise in die neue Rolle hinein zu wachsen, in dem Bewusstsein, wenn nötig, die Hilfe anderer in Anspruch nehmen zu können, so wie das ja bei allen übrigen Menschen die Regel ist. Sich in Ruhe ausprobieren können, kreativ sein und aus Fehlern lernen. Auch psychologische Betreuung könnte hier geboten werden, aber eben solche auf Augenhöhe.

Willkommen wären aber auch andere Menschen, Frauen vor allem, aber auch Männer, die dem »inneren Macho« eindeutig den Laufpass gegeben haben.

CHRISTIANE VÖLLING, FRÜHER THOMAS

hat 2008 in ihrem Prozess gegen den Chirurgen Recht bekommen, der ihr, ohne sie zu informieren Gebärmutter und Eierstöcke wegoperiert hatte. Sie war bei ihrer Geburt wegen einer vergrößerten Klitoris als Junge deklariert worden. Später hat eine Hormonbehandlung sie vermännlicht. So verfuhren Mediziner damals häufig bei uneindeutiger Geschlechtszuordnung. Bis 2006 hat Christiane unglücklich nach außen als Mann gelebt, obwohl sie genotypisch weiblich ist: ausgestattet mit zwei x-Chromosomen. 2006 begann sie eine Östrogen-Therapie.

Hier könnte in einem hierarchiefreien Raum eine neue Form des Zusammenlebens ausprobiert werden. Die Menschen könnten hier für kürzere oder auch längere Zeit neue Wege in der Überwindung der Zwei-Geschlechter-Doktrin gehen, verbunden mit allerlei politischem Engagement. Natürlich ist das Zukunftsmusik. Ich bin mir im Klaren darüber, mit welchen Schwierigkeiten da zu rechnen ist. Denn auch hier müsste ja der Lebensunterhalt auf irgend eine Weise bestritten werden.

Trotzdem bin ich nicht bereit, diesen Traum aufzugeben. Gleichgesinnte können mich ja gelegentlich kontaktieren.●

Kontakt: transgender@huk.org

ADRESSENLISTE

Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität (dgti e.V.) – Politisch aktiver Verein, der sich seit Jahren für die volle Emanzipation von Transidenten und Intersexuellen einsetzt, in der letzten Zeit vor allem in arbeitsrechtlichen Dingen.
www.dgti.org

Transgendernetzwerk Berlin (TGNB) – Zusammenschluss mehrerer Transsexuellengruppen, die vor allem in Berlin und Umgebung wirken.
www.tgnb.de

Viva Transsexuellen-Selbsthilfe München – Selbsthilfegruppe mit vielen Aktivitäten in München.
www.vivats.de

TX-Selbsthilfe Köln – Selbsthilfegruppe in Köln mit interessantem Internetportal.
www.tx-koeln.de

Queer-Feministische Gemeinschaft – Zusammenschluss von FrauenLesbenTransgender, feministisch, antisexistisch, herrschaftskritisch, politisch links ausgerichtet. Loser Zusammenschluss, der in Zukunft die Schaffung einer oder mehrerer Kommunen für FrauenLesbenTransgender anstrebt.
www.queere-gemeinschaft.blogspot.com oder über
www.siebenlinden.de

Der Schwarze Kanal – Der queere Wagenplatz in Berlin. Radikale Lesben und Transgender leben hier seit 19 Jahren auf einem Wagenplatz, politisch linksradikal bis anarchistisch, viele sind vor allem künstlerisch aktiv.
www.schwarzerkanal.squart.net

Weitere Internetadressen:

www.transgender-net.de – Infos, Beratung, verschiedene Links zu Projekten

www.transinterqueer.org – Selbstorganisation von Transen, veranstaltet vom 2.-4. Oktober 2009 die 13. Transtagung in Berlin

www.transsexuelle.de – Beratung, Selbstfindung, Hintergründe, Bücherliste

www.genderland.de – Fotogalerie, Transidenten fotografieren sich selbst und stellen sich vor

AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUM THEMA

Es gibt eine Fülle von Literatur zum Thema, gute und weniger gute. Hier eine kleine Auswahl von lesenswerten Büchern:

Prof. Dr. Günther H. Stalka: Therapieleitfaden Transsexualität.
– Ein aktueller Therapieleitfaden inklusive juristischer Betrachtungen. Interessant sowohl für Betroffene als auch für die behandelnden Ärzte.

Prof. Dr. Udo Rauchfleisch: Transsexualität/Transidentität. – Begutachtung, Begleitung, Therapie. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2006.
– Über 35 Jahre hat Udo Rauchfleisch Betroffene behandelt. Er kommt zu dem Schluss: Transsexualität ist keine psychische Krankheit. Er verwendet den Begriff Transidentität. Objektive Darstellung des Problemfeldes, er plädiert für eine Gesellschaft, die die Zwei-Geschlechter-Theorie überwindet.

Stefan Hirschauer: Die soziale Konstruktion der Transsexualität: über die Medizin und den Geschlechtswechsel. Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1993.
– Ist die Geschlechterzugehörigkeit feststehend und der Körper von Transsexuellen falsch?
Der Autor zeigt, dass es komplizierter ist, stellt kritische Fragen und zeigt, wie sich Kategorien der Geschlechter aus soziologischer Sicht auflösen.

Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter. Aus dem Amerikanischen von Katharina Menke, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1991, ISBN 3-518-11722-X.
– Judith Butler versucht davon zu überzeugen, dass Geschlechternormen nicht ausschließlich angeboren, sondern vor allem anerzogen sind. Das biologische Geschlecht und das soziale Geschlecht (Gender) sind zwei völlig verschiedene Kategorien, die in entsprechender Umgebung überwunden werden können.

Ulrich, Holde-Barbara und Thomas Karsten: Messer im Traum. Transsexuelle in Deutschland. Porträts. Tübingen. (Konkursbuchverlag) 1994.
– Lebensgeschichten transsexueller Männer und Frauen, authentisch, fühlbar, mit Fotos und ziemlich nah am Leben.

Charlotte von Mahlsdorf: Ich bin meine eigene Frau. Ein Leben. St. Gallen/Berlin/Sao Paulo (Edition diá) 1992.
– Eine Autobiografie von Deutschlands berühmtester Transe, die auch ein Teil deutscher Geschichte und des Lebens als Transgender zeichnet, vom Krieg, dem Leben in der DDR und zwischen den Geschlechtern.

Michaela Lindner: Ich bin wer ich bin. Ein öffentliches Leben als Mann und als Frau., Frankfurt am Main (Eichborn) 2000, ISBN 3-8218-1628-7.
– Autobiografische Skizzen. Anhand von Briefen an Familienangehörige, Behörden, Politiker etc. wird Michaelas Werdegang nachgezeichnet, die damit verbundenen Schwierigkeiten und die unsachgemäße Darstellung durch die Boulevardmedien.

Nadia Brönnimann und Daniel J.Schütz: Die weiße Feder. Oberhofen (Zytglogge Verlag).
– Hat die Seele ein Geschlecht? Nadia jedenfalls glaubt es und schildert ihr schweres Leben als transsexuelle Frau. Eindringlich, fühlbar, mit Erlebnissen, die zum Teil vielen Transsexuellen bekannt vorkommen.

Roel den Dulk: Der androgyne Engel. Stuttgart (Verlag Urachhaus) 2002.
– Dieses Buch gibt sehr wertvolle Hinweise zum Umgang mit den eigenen männlichen und weiblichen Persönlichkeitsanlagen und zu deren positiver Integration in das eigene Wesen.

LANDWIRTSCHAFT ALS TEIL DER BEWIRTSCHAFTUNG ÖFFENTLICHER GÜTER

Neue Ordnung in der Agrarökonomie

Der Autor befasst sich mit der neuen Ordnung der Landwirtschaft, die er vor allem dadurch charakterisiert sieht, dass Landwirtschaft heute faktisch immer weniger ein Gewerbe und immer mehr eine Dienstleistung an der Gesellschaft ist.

von Onno Poppinga ● Viele Agrarökonomen, der Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und andere, die die Landwirtschaft in kapitalistischen Strukturen organisieren möchten, sind sich einig: Staatliche Zahlungen an Landwirte sind allenfalls als vorübergehende Ausnahme zu akzeptieren. Die Realpolitik der EU und der Bundesregierungen kommt dagegen ganz anders daher. Sie haben beschlossen, dass die Zahlungen über das Jahr 2013 hinausgehen und dann ganz auf einheitliche Flächenprämien abgestellt werden sollen. Es wird mit beträchtlichem Aufwand ein Kontrollsystem aufgebaut (Cross-Compliance), das die Fortführung und hohe Bedeutung staatlicher Zahlungen an Einzelbetriebe zur Voraussetzung hat.

Hier wird der Versuch unternommen,

● einen angemesseneren Blick auf die Veränderungen in der Landwirtschaft seit der MacSharry-Reform 1992 zu werfen und auf vorhersehbare Probleme aufmerksam zu machen.

Es ist gar nicht so selten: Hinter dem Rücken der in den politischen Arenen sich engagierenden Mitglieder der politischen Klasse entsteht etwas durchaus anderes, als das als Ziel Benannte und Verfolgte. Kein Geringerer als Adam Smith – Gründervater der Theorie des liberalen Kapitalismus – hat diese Erscheinung sogar als ein prinzipielles Merkmal des kapitalistischen Systems gedeutet: Gerade dadurch, dass jeder nach Steigerung seines individuellen Profits strebe, entstehe wie durch eine »unsichtbare Hand« hinter dem Rücken der Beteiligten das größte Glück für alle. Auch wenn man das »größte Glück für alle« außen vor lässt, können wir diesen Zusammenhang in der alltäglichen Politik immer wieder beobachten. So war es erklärtes Ziel aller tonangebenden politischen Kräfte in Westdeutschland, nach der Auflösung der DDR, die dortige Agrarstruktur aufzulösen und durch die für Westdeutschland charakteristische Struktur zu ersetzen. Ergebnis: Ausgerechnet die Landwirtschaft in den Neuen Bundesländern entpuppt sich als der einzige Bereich, in dem strukturell weiter eine unübersehbare Nähe zu den im Rahmen der DDR entwickelten Strukturen besteht. (1)

Ein ähnliches Phänomen ist bei den Agrarreformen der EU seit 1992 eingetreten: Die Reformer traten an mit dem Ansatz, der europäischen Lebensmittelindustrie den Zugang zu den Weltmärkten zu erleichtern, staatliche Markteingriffe zu reduzieren, die »Marktkräfte« zu stärken, den Strukturwandel zu beschleunigen und unternehmerische Spielräume für verbleibende Landwirte zu erhöhen. Stärker als je zuvor sollte die Landwirtschaft in ein (kapitalistisches) Gewerbe umgebaut werden. Herausgekommen ist »hinter dem Rücken« der Reformer etwas durchaus anderes. Herausgekommen ist eine Landwirtschaft, deren Einkommen zwei Quellen hat:

● ein Einkommen über Markterträge

● ein Einkommen über staatliche Zahlungen und eine Landwirtschaft, die in bisher unbekanntem Umfang vom Staat kontrolliert wird.

Die Landwirtschaft ist also – beginnend mit den Reformen von 1992 – in ihrem ökonomischen Kern jetzt genauso bestimmt wie diejenigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen von einer *Bewirtschaftung öffentlicher Güter* gesprochen wird (Wasserwirtschaft, Kultur, Bildung, öffentlicher Verkehr u.v.m.). Es ist eine neue Ordnung der Landwirtschaft entstanden. Ziel war die Verstärkung einer ausschließlich an privaten Gewinninteressen ausgerichteten Landwirtschaft. Herausgekommen ist eine Landwirtschaft, deren Gewinne zu zwischen 30 und 100 Prozent aus staatlichen Zahlungen der öffentlichen Hand stammen. Dementsprechend groß ist die Abhängigkeit von politischen Entscheidungen.

»Subventionen sollen dazu dienen, öffentlich erwünschte Güter zu produzieren, wenn der Markt alleine dies nicht vermag.« (2) So überraschend es angesichts der allgegenwärtigen Werbung für eine neoliberale Politik auch sein mag: die Ergebnisse der Agrarreformen seit 1992 müssen so gedeutet werden, dass die Verlagerung der landwirtschaftlichen Tätigkeit aus dem Sektor »Gewerbe« in den Sektor »öffentliche Güter« Konsequenz einer gesellschaftlichen Entscheidung gegen eine ausschließliche Marktsteuerung ist.

Deutungsmuster für die neue Ordnung

Wie ist nun diese neue Ordnung der Landwirtschaft zu verstehen? »Wie eine unsichtbare Hand« hat ja auch zur Folge, dass Begriffe für das Neue erst einmal fehlen. Folglich wird versucht, weiterhin mit den alten Deutungsmustern zurechtzukommen. Als der damalige Agrarkommissar Fischler sich zum Zugpferd der Reformen machte (Agenda 2000, Mid Term-Review 2003), versprach er, diesen staatlichen Zahlungen an die Landwirtschaft eine neue Grundlage zu geben, die von der Gesellschaft auch akzeptiert werden würde. Das wäre sehr wichtig gewesen, ist aber mitnichten geschehen und muss dringend nachgearbeitet werden.

Foto: Fachagentur nachwachsende Rohstoffe

Die neue Ordnung des Verhältnisses zwischen Landwirtschaft, Markt und Staat braucht angemessene Begriffe und Erklärungen.

Was ist das grundsätzlich Neue?

Die Reformgeschichte seit 1992 (Flächenprämien, Tierprämien, Flächenstilllegungsprämien, flankierende Maßnahmen) bedeutet im Kern, dass die landwirtschaftliche Arbeit, also:

● die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen

● die Reproduktion der Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft (Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit u.a.)

● die Erhaltung, Weiterentwicklung und Pflege der Kulturlandschaft und

● die Erzeugung positiver Umweltwirkungen (Boden, Wasser, Luft) durch marktwirtschaftliche Erlöse *und* durch staatliche Zahlungen abgegolten werden.

Wovon ist nun aber die bisherige Höhe der Bezahlungen bestimmt, was wird vergütet? Naheliegend ist dafür zu rekonstruieren, wie die absolute Höhe und die Unterschiede in den staatlichen Zahlungen zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Tätigkeiten (Anbau von Getreide, Haltung von Mastrindern usw.) entstanden sind. Bei der Reform 1992 ging es ausschließlich um den Ersatz für bisher über den Markt vergütete landwirtschaftliche Arbeit durch Zahlungen der öffentlichen Hand (es handelt sich um einen Einkommensausgleich). Mit der Reform von 2003 kam es zu zum Teil erheblichen Umschichtungen, am Niveau der Gesamtzahlungen aber änderte sich nichts Grundlegendes.

Allerdings muss bei der Frage nach der Höhe der staatlichen Zahlungen auch deutlich gesagt werden, dass sie zwar in ihrer ursprünglichen Größe durch die Höhe der Markteinnahmen bestimmt wurden, die sie ersetzen sollten. Zugleich war aber mitbestimmend das über allem stehende Interesse der EU-Agrarpolitik, den Strukturwandel nicht zu behindern. Im Ergebnis hat auch die neue Ordnung der Landwirtschaft die bisherige Ausrichtung der Agrarpolitik an Kostensenkung, Betriebsaufgaben und Abwanderung nicht verändert. Viele der Direktzahlungen hatten von Anfang an nur einen Teilausgleich zum Ziel. Anstatt nun das zentrale Merkmal – Ersatz der bisher über den Markt erzielten landwirtschaftlichen Einkommen durch den Staat – auch zur Erklärung für die Zahlungen und ihre Höhe anzugeben, werden diese – in der politischen Diskussion – mit randständigen Argumenten zu begründen versucht, z. B. die Transferzahlungen seien Ausgleich für hohe Umweltstandards der europäischen Landwirtschaft im internationalen Vergleich.

Die Nichtbenennung des für die aktuelle Situation und wohl auch für die Zukunft grundsätzlichen Zusammenhangs ist ein großes Problem und verhindert eine angemessene Diskussion. Sie macht es andererseits z. B. den im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium versammelten Agrarökonomen leicht, ein möglichst baldiges Ende der staatlichen Zahlungen zu fordern. (3) Dadurch wird zwar die »Nach 92er-Ordnung« der Landwirtschaft nicht tatsächlich in Frage gestellt werden, wohl aber werden dadurch Kürzungen der Zahlungen provoziert.

Warum fällt es so schwer zu erkennen, dass eine neue landwirtschaftliche Ordnung entstanden ist?

● Die Reformbefürworter waren für andere Ziele angetreten. Immer dann, wenn in der Geschichte sich ähnliche Prozesse ereigneten, ist auffällig, dass es gerade und besonders »den Vorkämpfern« schwer gefallen ist, diesen Vorgang zu verstehen.

Der politische Mainstream scheint seit Jahren in eine andere Richtung zu gehen: Privatisierung von bisher öffentlichen Tätigkeiten ist angesagt, nicht aber die Neubegründung eines starken Einflusses des Staates auf einen wichtigen Bereich der Gesellschaft.

Diesen Sachverhalt anerkennen bedeutet auch, bisherige Wertungen und Erklärungsansätze zu überprüfen.

Die Benennung der neuen gesellschaftlichen Ordnung der Landwirtschaft als »Bewirtschaftung öffentlicher Güter« an sich ist nun keineswegs neu. Sie wird aber üblicherweise nur in einem reduzierten Verständnis verwendet: »Landwirte erhalten Geld von der öffentlichen Hand, um die öffentlichen Güter zu produzieren, die wir wünschen – eine angenehme, gut gepflegte Landschaft, die hohen Umweltnormen entspricht.« Als reduziert ist dieses Verständnis zu bewerten, weil es den Kern landwirtschaftlicher Tätigkeit – Produktion und Reproduktion, Erhaltung der Kulturlandwirtschaft und positive Umweltwirkungen – nicht beachtet. (4) Gerade die Benennung dieses Zusammenhangs ist aber erforderlich, insbesondere auch, um die Höhe der Zahlungen zu verstehen (und zu begründen).

Zahlungsbezug

Gegen die Deutung der »Nach 92er-Landwirtschaft« als »Bewirtschaftung öffentlicher Güter« wird bisweilen vorgebracht, dass dann ja die staatlichen Zahlungen direkt an die Produktion gekoppelt werden müssten (beispielsweise an die Ertragsmengen). Das ist aber nur auf den ersten Blick plausibel:

● Landwirtschaftliche Tätigkeit, die entlohnt werden muss, ist nicht nur Produktion, sondern auch Reproduktion, Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft u. v. m. Es handelt sich um wirtschaftlich messbare und nicht messbare Leistungen.

Die Betonung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen der landwirtschaftlichen Tätigkeit insgesamt und ihrer Bezahlung durch Markterlöse und staatliche Zahlungen lässt offen, in welcher konkreten Form die Bezahlung erfolgt. Um letzteres zu verdeutlichen: in der aktuellen Form baut die EU-Agrarpolitik darauf, dass die verbleibende Einbindung der Landwirte in das Marktgeschehen ausreicht, um die erwünschten Ziele zu erreichen. Dies ist ein ähnlicher Ansatz wie der von der »Eckpreisfunktion des Getreidepreises«, der in der Geschichte der Agrarpolitik eine lange Tradition hat.

Wo diese indirekte Steuerung der landwirtschaftlichen Tätigkeit über die verbleibende Einbindung in das Marktgeschehen nicht ausreichend bzw. unsicher ist, besteht immer auch die Möglichkeit des direkten Zugriffs. So wird zur Sicherung des staatlichen Interesses an der Entwicklung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen auch nach der »Entkopplung« der Zahlungen in anderen Bereichen an der Kopplung der flächenbezogenen Energiepflanzenzahlung festgehalten.

Wie der Staat seine Interessen an der Stützung und Kontrolle der landwirtschaftlichen Tätigkeiten organisiert, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Interessen der Beteiligten. Das heißt, dass hier eine beträchtliche Vielgestaltigkeit bei den Regelungen möglich ist. Um auch diese Aussage zu verdeutlichen: Die Bindung der Zahlungen der EU im Rahmen der »1. Säule« sind bzw. waren durchaus vielgestaltig: Bei den Exportsubventionen an die Lebensmittelwirtschaft und den Großhandel waren sie gebunden an Mengen (z. B. Tonnen Getreide); bei den Prämien für Landwirte an Fläche, z. B. »Hektar Getreide« (aber nicht an der einzelbetrieblichen Höhe der Erträge). Woran die Zahlungen gebunden werden, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Interessen.

Wie ist es nun aber zu erklären, dass der Anteil des Staates an der Bezahlung der landwirtschaftlichen Arbeit bisher ausgerechnet über die Fläche organisiert ist? Warum gab es in der EU-Administration nirgendwo – soweit ersichtlich – die Überlegung, die direkten staatlichen Zahlungen an das zu knüpfen, was den zentralen Kern der landwirtschaftlichen Tätigkeit ausmacht, nämlich die *landwirtschaftliche Arbeit?*

● Frühere direkte staatliche Zahlungen an die Landwirtschaft waren bzw. sind überwiegend an die Fläche gekoppelt. Von daher hat die Kopplung an die Fläche Tradition. Zentraler Grundkonsens für Agrarpolitik und Agrarwissenschaft ist seit Jahrzehnten der Strukturwandel in der Landwirtschaft. Die Abwanderung von immer mehr Menschen aus der Landwirtschaft wurde als zentrale Voraussetzung für deren Modernisierung und Einfügung in die Interessen der Industriegesellschaft verstanden.

Eine Bindung der staatlichen Zahlung an Arbeitskräfte hätte leicht als Aufwertung der Landwirte und ihrer Arbeit verstanden werden können und das wäre ein »Verrat an Grundsätzen« der Agrarpolitik gewesen.

Neue Ordnung zu Ende denken

Abschließend sei noch auf einige schwerwiegende, absehbare Probleme aufmerksam gemacht.

Die Verwandlung der Landwirtschaft in die »Bewirtschaftung öffentlicher Güter« war weder zwingend oder auch nur notwendig.

Es gab und gibt gute Gründe dagegen. So bedeuteten die massiven Preissenkungen als Teil der Reform 1992 nicht nur eine Entwertung der Produkte, sondern auch eine Entwertung der landwirtschaftlichen Arbeit (»Was keinen Preis hat, hat keinen Wert«). Der bisherige Sinnzusammenhang der landwirtschaftlichen Tätigkeiten wurde in Frage gestellt. Auch beispielsweise die Lebensbedingungen der Nutztiere wurden durch das stark reduzierte Getreidepreisniveau radikal verändert. Das billige Kraftfutter verdrängte noch mehr als zuvor schon das Futter vom Grünland aus der Milchkuhfütterung. Auch innerhalb des früheren Systems der indirekten Lenkung über Markteingriffe wären wichtige Verbesserungen möglich gewesen. *Eine entscheidende Frage ist natürlich die nach der Dauer der neuen landwirtschaftlichen Ordnung.*

Mehrere Argumente sprechen dafür, dass es sich nicht um einen kurzfristigen Vorgang handelt:

● Die politischen Aussagen der EU sprechen eindeutig für Verlängerung.

Wie schon erwähnt, ist 2005 mit dem Ausbau eines weiteren staatlichen Kontrollsystems begonnen worden, das die Fortdauer bedeutender staatlicher Zahlungen zur Voraussetzung hat. In den nächsten Jahren ist vorgesehen, die Cross-Compliance-Kontrolle auf zusätzliche Bereiche auszudehnen.

Auch das jetzige System erfüllt zentrale Anliegen, die seit Jahrzehnten für die Ausrichtung der Landwirtschaft tonangebend sind: es sichert der Lebensmittelindustrie ihre kalkulierbare Rohstoffbasis; die Lebensmittelpreise bleiben niedrig; der Strukturwandel setzt sich fort. Im Gegensatz zur früheren Ordnung sind die Landwirte jetzt aber sehr viel unmittelbarer abhängig und kontrollierbar. An eigenständiger politischer Kraft, die aus der früheren Selbständigkeit erwuchs, hat die Landwirtschaft massiv verloren, Störungen im »agrarpolitischen Geschäft« sind weniger zu erwarten.

Ein möglicherweise rasches Ende der neuen Ordnung der Landwirtschaft ist wohl nur zu erwarten, wenn als Folge grundsätzlicher Verschiebungen die Agrarmärkte dauerhaft durch Knappheit bestimmt

Fortsetzung auf Seite 12

FORTSETZUNG VON SEITE 11: NEUE ORDNUNG IN DER AGRARÖKONOMIE

werden sollten. So löste die in der Ernte des Jahres 2006 beginnende dramatische Preiserhöhung bei Getreide und Raps (bei Weizen beispielsweise von ca. 9 auf 25 EUR/dt) euphorische Kommentierungen aus. Ab Frühjahr 2008 bewegten sich die Erzeugerpreise aber wieder in Richtung ihres früheren Niveaus. Die EU-Kommission hatte gegengesteuert (u.a. Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung), ein Teil der Landwirte hatte mit Blick auf die hohen Preise den Getreideanbau ausgedehnt und auch außerhalb der EU gab es gute Ernten.

Agrarökonomen, die immer wieder als Folge der Liberalisierung der Märkte höhere Erzeugerpreise angekündigt hatten, betonten nun, dass in Zukunft mit stark schwankenden Preisen zu rechnen sein werde (statt steigender Preise, »volatile Preise«).

Völlig offen ist beim Entstehungsprozess der neuen landwirtschaftlichen Ordnung, wie zukünftig das System wirtschaftspolitisch austariert werden soll.

Der weitgehende Abbau staatlicher Interventionsmöglichkeiten lässt erwarten, dass Preisschwankungen an den Weltagrarmärkten in starkem Umfang auf das Preisniveau innerhalb der EU »durchschlagen« werden. Das alte Agrarsystem der EU hatte durch die umfangreiche Lagerhaltung (als Folge der sogenannten »Überschussproduktion«) ein hohes Moment an Ernährungssicherheit. Die neue landwirtschaftliche Ordnung hat bereits jetzt dazu geführt, dass es – außer bei Getreide – keinerlei Vorräte mehr gibt. Zudem ist – ebenfalls als Folge der neuen Ordnung – die EU bei Rindfleisch nicht länger in eine Export-, sondern in eine Importsituation geraten. Hinzu kommt, dass bereits jetzt – wenige Jahre nach dem durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ausgelösten Boom beim Einsatz landwirtschaftlicher Flächen für die Energiegewinnung – eine Konkurrenzsituation entstanden ist: Lebensmittel oder Energie?

Auf die erforderlichen Regulierungsmaßnahmen ist die neue landwirtschaftliche Ordnung überhaupt nicht vorbereitet.

Die »neue Ordnung der Landwirtschaft« besteht bisher vor allem aus einer Reduzierung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die Märkte, aus der Einführung direkter staatlicher Zahlung in bis dahin unbekannter Höhe und aus einem Kontrollsystem, das die Abhängigkeit von den Zahlungen verschärft durch die Unsicherheiten, die mit den Kontrollen verbunden sind.

Dass die neue Ordnung »hinter dem Rücken der Beteiligten« entstanden ist, bedeutet ja auch, dass weder die Landwirte noch die Öffentlichkeit die grundsätzliche Dimension des Vorgangs diskutieren und bewerten konnten. Um die Bedeutung dieses grundsätzlichen Mangels ermessen zu können sei auf die intensiven, lang anhaltenden und sehr grundsätzlichen öffentlichen Debatten verwiesen, immer dann wenn es um Privatisierungsbestrebungen in bisherigen »Domänen« der öffentlichen Güter geht wie Verkehr, Kultur, Wasserversorgung, öffentliche Banken. Dabei ist die Entscheidung, welche Teile der Wirtschaft als öffentliche Güter bewirtschaftet werden sollen, im Grundsatz immer eine normative Entscheidung gesellschaftlicher Institutionen.

Für die Landwirte wäre eine intensive öffentliche Diskussion über die Neuausrichtung der Gewichtungen von Markt und Staat aber eine Voraussetzung gewesen, um die eigenen Positionen, Argumente und Interessen angemessen einbringen zu können. Das gänzliche Ausbleiben dieser notwendigen Debatte leistete einer weit verbreiteten generellen Ablehnung des Systems der Direktzahlungen unter Bauern Vorschub. Diese erleichtert es landwirtschaftlichen Interessenverbänden wie der DLG und dem Bauernverband, immer aufs Neue das »hohe Lied« von der angeblich segensreichen Wirkung ungeregelter Märkte anzustimmen, gleichzeitig aber die Zuschwemmung von öffentlichen Mitteln in Form von Direktzahlungen an hochrationalisierte, viehlose Großbetriebe zu verteidigen und als »Tüpfelchen auf dem i« immer aufs Neue zusätzliche staatliche Investitionsförderung für die »zukunftsfähigen« Betriebe zu verlangen.

Wie die Landwirte ihre Interessen in die »neue Ordnung« einbringen können, ist bisher nirgendwo ein Anliegen gewesen. Hier ist aber eine Diskussion dringend erforderlich, alleine schon um ein Forum zu schaffen für eine Diskussion der absehbaren Probleme, die sich aus den neuen wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten ergeben.

Gänzlich offen ist auch die Frage, wie denn die Einkommenssituation der Landwirte angemessen berücksichtigt werden soll.

Wie sollen die staatlichen Direktzahlungen zukünftig angesichts von u. U. sehr stark schwankenden Markteinnahmen in ihrer Höhe bestimmt werden?

In einem Brief des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Kallas, an den damaligen Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer ist die Rede von einem *neuen sozialen Vertrag* zwischen Bevölkerung und Landwirtschaft. Vielleicht ist das eine passende Formulierung für die ausstehende Diskussion. Ein »sozialer Vertrag« hätte insbesondere auch die Einkommensinteressen der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Das wird angesichts der Vielfalt der Interessen an der Landwirtschaft und innerhalb der Landwirtschaft schwierig genug werden, ist aber unumgänglich.●

Leicht gekürzter Nachdruck aus dem letzten erschienen Heft der »Arbeitsergebnisse«, der Schriftenreihe des Fachgebietes Landnutzung und regionale Agrarpolitik – www.uni-kassel.de/fb11/lra

Quellen:

1) **Bieri, Hans; Steppacher, Ralf; Moser, Peter (1999):** Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz. Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft Zürich.

2) **Küster, Katrin (2002):** Die Landwirte und die Wende. university press Kassel.

3) **Poppinga/Hirte (2006): Poppinga, O:** Der Wissenschaftliche Beirat als Sachwalter der Interessen landwirtschaftlicher Großbetriebe und **Hirte K.:** Der Wissenschaftliche Beirat und sein Paradigma – agrarische Subventionspolitik im ökonomietheoretischen und wissenschaftssoziologischen Kontext. In: arbeitsergebnisse 61. Hg.: FG Landnutzung und Regionale Agrarpolitik am FB 11 der Universität Kassel.

4) **Wissenschaftlicher Beirat (2005):** Stellungnahme zu aktuellen Fragen der EU-Finanzen und des EU-Agrarhaushaltes vom 25.11.2005. Wissenschaftlicher Beirat »Agrarpolitik, nachhaltige Landbewirtschaftung und Entwicklung ländlicher Räume« beim BMELV. In: AGRA-EUROPE 50/05 vom 12.12.2005, Bonn.

Foto: John Haslam

REZENSION

Bauern-Professor

Onno Poppinga war von 1975 bis 2008 Professor an der Universität Kassel, zuletzt im Fachgebiet »Landnutzung und regionale Agrarpolitik«, das seit 2003 am Standort Witzenhausen ansässig ist. Mit dem Eintritt in den Ruhestand von Poppinga, der Anlass für dieses Buch ist, wird die Professur nicht mehr wiederbesetzt, seine Zeitschrift geschlossen. Wer ist Onno Poppinga?

Poppinga wird 1943 geboren, seine Eltern hatten einen größeren Bauernhof in Ostfriesland. Als eines von vier Kindern macht er zunächst eine landwirtschaftliche Lehre und studiert danach in Stuttgart-Hohenheim Allgemeine Agrarwissenschaft. Dort promoviert er 1973 mit einer Arbeit mit dem für die damalige Zeit typischen Titel »Politisches Verhalten und Bewusstsein deutscher Bauern und Arbeiter-Bauern, unter besonderer Berücksichtigung revolutionärer und gegenrevolutionärer Bewegungen und Ansätze«. 1975 wird er Professor an der damaligen Gesamthochschule Kassel und in diesem Jahr erscheint seine Dissertation unter dem Titel »Bauern und Politik«. Er ist unter anderem Mitbegründer der »Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft« (AbL), der wichtigsten Organisation der Agraropposition und gilt als einer der wichtigen Ideengeber für eine bäuerliche, sozialökologische und an den regionalen Bedingungen ausgerichteten Agrarpolitik. Neben seiner Hochschultätigkeit betreibt er seit 1979 gemeinsam mit seiner Frau einen Nebenerwerbsbetrieb. Dies ist für ihn auch ein Weg, um die Verbindung zur Praxis nicht zu verlieren.

Das Buch enthält neben einer (unvollständigen) Bibliographie der Schriften Poppingas 10 Kapitel, in denen sich die Beiträge der FreundInnen und SchülerInnen um jeweils einen wiederveröffentlichten Text von Poppinga ranken.

Poppinga und seinem Umfeld ging es um einen Dialog zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Planung und er selbst war ein unermüdlicher Mentor für seine MitarbeiterInnen und die Interessensverbände und politischen Bündnisse, in denen er mitarbeitete. Diese verstanden und verstehen Landwirtschaft als soziales und kulturelles Phänomen und nicht nur als ökonomisches oder nur ökologisches Problem. Poppinga organisierte zuerst mit der AG Ländliche Entwicklung, dann mit dem Fachgebiet »Landnutzung und regionale Agrarpolitik« eine Forschung von, für und mit Bauern, VerbraucherInnen, NaturschützerInnen, durch seine oftmals nach herrschender Definition »abgelegenen« Publikationen und durch die 1986 gegründete Zeitschrift *arbeitsergebnisse,* von der bis zu ihrer Schließung Anfang 2009 immerhin 62 Ausgaben erschienen sind und die schnell zum heimlich in den Ministerialbürokratien gelesenen Theorieorgan der Agraropposition wurde.

Poppinga arbeitet *agrarpolitisch, agrarsoziologisch* und in der Publikation seiner Dissertation (unter dem Titel »Bauern und Politik« 1975) und in zwei Büchern über die Bodenreform in Hessen und den antifaschistischen Widerstand in Ostfriesland agrarhistorisch: So kann er (mit) als Entdecker zweier Orte gelten, die später in eigenen Publikationen als Beispiel dafür gelten, dass und wie in der Provinz antifaschistischer Widerstand geleistet wurde: Mössingen (bei Tübingen) und Moordorf in Ostfriesland, beides ländliche Orte mit einer starken kommunistischen Tradition (**1**). Poppinga und seine MitstreiterInnen machen Mitte der 1970er Jahre schon »Oral History« – lange bevor der Begriff in der akademischen Welt bekannt wird.

Nicht zuletzt ist das Buch auch eine kleine Organisationsgeschichte der undogmatischen Linken und der Agraropposition, die neben den Kirchen, den maoistischen Gruppen und das *Sozialistische Büro* (SB) als ihre wichtigste nicht direkt bäuerliche Wurzel hat, Poppinga zählte sich wohl zum SB und seinen Sozialistischen Zentren) und es ist eine gute Ideengeschichte der Agraropposition in ihren Debatten um den gestaffelten Preis, die Umweltauswirkungen verschiedener Betriebsgrößen und etliches andere mehr.

Poppinga ist nicht nur als knorriger und engagierter Bauernprofessor ein Typ Hochschullehrer, der ausgestorben sein dürfte. Gleichzeitig steht man aus heutiger Sicht ungläubig vor dem Umstand, dass bekannte Linke in den goldenen 70er Jahren mit 32 Jahren Professor werden konnten.●

Bernd Hüttner

1) Andreas Wojak: Moordorf – Dichtungen und Wahrheiten über ein ungewöhnliches Dorf in Ostfriesland; Bremen 1992 (zugl. Diss. Univ. Oldenburg, 1991);

Hans-Joachim Althaus: Da ist nirgends nichts gewesen außer hier – das »rote Mössingen« im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes; Berlin 1982

Autorenkollektiv (Hrsg.): Gegenwind aus Ostfriesland: Bäuerliche Landwirtschaft und Agrarpolitik. Ein Buch von und für Onno Poppinga; AbL-Verlag Hamm 2009, 303 S., ISBN 978-3-930413-38-6, 27,90 EUR

REZENSION

Die Alternativbewegung im Allgäu

Wie man aus der Krise eine Chance machen kann, davon erzählt Eva Wonneberger aus dem Allgäu der 1970er Jahre. Im Allgäu waren die Bauern verarmt. Viele gaben ihre Höfe auf und suchten Käufer. So konnte die städtische Jugend, die gemeinsam was Neues anfangen wollte, hier Wohn- und Experimentierraum finden. Noch waren Wohngemeinschaften in den Städten unerwünscht. Darum also aufs Dorf. Hier lebten die Hippies bescheiden in wenigen nur mit Holz beheizbaren Räumen. Oft hatten sie im Winter nur eine warme Küche zusammen, aber das störte sie nicht. Sie pflegten ohnehin eine neue Tafelrundenkultur, mit Bier samt Zigaretten und langwierigen Debatten über das Zusammenarbeiten und -leben.

In der legendären Landkommune von Isny arbeiteten viele außerhalb als Schreiner, Lehrer oder Sozialpädagogin, egal wieviel sie verdienten, alles kam in den gemeinsamen Topf. Das ging sehr gut, weil konsequent auf alle Luxusgüter verzichtet wurde. Es gab weder Plattenspieler noch Musikanlagen, von Fernsehgeräten ganz zu schweigen. Und das notwendige Auto teilte man sich oft mit einer ganzen Gruppe etwa zu acht. Und man trug ungeniert zwanzig Jahre lang die gleichen Bergschuhe. So war Geld einfach nicht wichtig. Relevant war für die bunt gewandete Jugend in selbst gestrickten Pullovern und wehenden indischen Röcken eine Art praktische Subsistenzorientierung. Es ging darum, möglichst viel selbst zu machen. Nicht der Verzicht war das Ziel, sondern das gute Leben in der Gemeinschaft. In Gruppen, die sich ständig ausdifferenzierten, auflösten und neu zusammensetzten. Wie das Leben selbst, also meistens nicht unbedingt tragisch.

Die Autorin selbst lebte eine Weile vom Erstellen von Wollsteppdecken. Und dabei waren die jungen Leute, ähnlich wie die Wandervögel des frühen 20. Jahrhundert, keineswegs verbiestert, was die Arbeitsteilung angeht. Da man Chemieprodukte ablehnte, so Eva Wonneberger, kamen viele Kinder. Aber vielleicht kamen die Kinder ja auch deshalb so ungeniert, weil diese Jugend auf dem Land und in Gruppen, viel weniger Schwierigkeiten hatte, die Kinder aufzuziehen. Das Leben auf dem Dorf und in der Gruppe bescherte den Kindern ein freies Leben mit vielen erwachsenen Bezugspersonen. Und das entlastet die jungen Mütter resp. Eltern bekanntlich jeweils erheblich.

Im Gegensatz zu heute gab es – und da ist die Rezensentin mit der Verfasserin nicht einverstanden – jedoch auch noch nicht den »Emanzipationszwang« für die Frauen. Es war also nicht ehrenrührig, dass sich auf den Höfen oft eine »natürliche« Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ergab. Es war einfach so, dass die jungen die Frauen mehr im Hause werkelten, während die Männer sich gerne mit den »größeren« Arbeiten wie etwa dem Milchvieh rund ums Haus herum befassten. Wichtig war vielmehr, sich viel Zeit zu nehmen für Politik und Kunst. Das Allgäu war im Sommer jahrelang ein bekannter Künstlertreff, zu dem u.a. Joseph Beuys häufiger unterstützend erschien. Die örtliche Friedensbewegung gegen die Stationierung von Pershing-Raketen Anfang der 80er Jahre führte zu vielen lustigen festivalartigen Treffen.

Beeindruckend ist am ausführlich illustrierten Bändchen, wie viel Kreativität diese Lebensform auszeichnete. Aus den Landkommunen entstanden kleine »Alternativbetriebe«: bis heute existierende Biohöfe, regionale Braereien oder Wollproduzenten. Aus der Allgäuer Szene gingen erfolgreiche Bioladen-Belieferer hervor, wie die Körnerfirma Rapunzel oder der Parfümhersteller »Primavera«. Und last but not least, entstand aus dem regionalen Protest gegen eine geplante Autobahn unter Anknüpfung an die heroische Vergangenheit der Bauernkriege die örtliche grüne Partei.

Ein schönes Buch, dem man evt. etwas mehr Lektorat gewünscht hätte, das aber durch seine ausdruckvollen Photodokumente und Lebendigkeit besticht. Die 68er Jugend war eben keineswegs immer nur gegen alles, sondern sie konnte auch ganz anders. Aus fast dem Nischt etwas zu machen, das konnte und kann gelingen, solange der Zugang zu Land und Gebäuden erschwinglich blieb und bleibt. So ist dem Buch eine breite Leserschaft auch in politischen Kreisen zu wünschen, stehen wir doch wieder vor Zeiten, wo die Erwerbsarbeit schwindet, so dass die Neuorientierung quasi zum Muss wird.●

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Eva Wonneberger, Die Alternativbewegung im Allgäu, Wangen im Allgäu: 169 Seiten, 22 EUR, FIU-Verlag 2008

KONZEPTIONELLE GRUNDLAGEN

Der genossenschaftliche Förderauftrag

Was ist das Andere an Genossenschaften? Das Grundsätzliche an dieser Frage mündet in die Feststellung: Das Primat der Kapitalsteuerung ist bei Genossenschaften ersetzt durch das Primat des Mitgliedernutzens – mit anderen Worten: bei Genossenschaften geht es primär nicht um möglichst hohe Gewinne, sondern um möglichst wirkungsvolle Vorteile für die Mitglieder. Dieser Unterschied mag im ersten Moment konstruiert erscheinen. Er ist es nicht, wie die folgenden Ausführungen verdeutlichen.

Bernd Wulf, Redaktion Genossenschaften ● Ist nicht auch VW bedarfsgesteuert? Nun, insoweit schon, als dass VW ein vitales Interesse daran hat, Autos anzubieten, die auch gekauft werden. Doch das Interesse von VW ergibt sich nicht daraus, den Käufern Gutes zu tun, sondern sich auf den Märkten durchzusetzen und dabei möglichst viel Geld zu verdienen. Je schwächer die Marktkonkurrenz, umso eher führt dieses Bestreben zu steigenden Preisen. Kapitalgesteuerte Unternehmen sind potentielle Preistreiber. Das meint das Primat der Kapitalsteuerung.

Die Genossenschaft dagegen begnügt sich mit den Preisen, die sie braucht, um auf dem Markt zu bestehen. Am Beispiel der Wohnungsgenossenschaften ist dieser Unterschied allerorten deutlich festzustellen. Sie widerstehen erfolgreich der Versuchung, aus knappen Märkten Extrakapital zu schlagen. Genossenschaften brauchen also keine Konkurrenzwirtschaft, um vernünftig zu handeln. Sie tun es, weil etwas anderes für sie gar nicht in Frage kommt.

Mitgliedern nutzen

Genossenschaften haben also offensichtlich ein anderes Verständnis von ihrer Aufgabe in der Gesellschaft.

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Ihre primäre Leistung besteht darin, ihren Mitgliedern zu nutzen. Definiert wird dieser Nutzen durch den Förderauftrag. Schon bei der Gründung wird der Förderauftrag der Genossenschaft auf den Weg gegeben. Fördern heißt Nutzen zu gewähren und Auftrag heißt, dass dies keinesfalls von selbst geschieht. Je genauer der Förderauftrag auf die potentiellen Nutzer abgestimmt ist, desto höher die Erfolgschancen für die Genossenschaft.

Die Genossenschaft ist damit auf zweierlei Weise erfolgsabhängig:

● Durch die wirtschaftliche Behauptung auf dem Markt, also in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft;
● Durch das Förderinteresse bzw. dem Förderbedarf der Nutzer, also in der solidarischen Bedarfswirtschaft.

Diesem doppelten Erfolgsdruck stehen besondere Durchsetzungschancen gegenüber. Genossenschaften können auf dem Markt in der Konkurrenzwirtschaft Marktanteile absichern wie jedes andere Unternehmen auch. Zusätzlich können sie das Konstrukt der solidarischen Wirtschaftsweise für sich nutzen.

Glanzvolle Merkmale

Beispiele solcher potentiellen Glanzlichter sind:
● Der emanzipatorische Charakter der genossenschaftlichen Unternehmensform: Selbsthilfe in Selbstverantwortung und Selbstverwaltung;
● Der Ausschluss kapitalbedingter Dominanz durch das Prinzip »one man – one vote«;
● Der Förderauftrag zum Nutzen der Mitglieder;
● Die Möglichkeiten zur Umsetzung außerökonomischer Ziele (z.B. Ressourcenverantwortung);
● Das Primat gesellschaftlicher Verantwortung vor materiellem Gewinnstreben.
Man kann auch sagen: Als Genossenschaften erfahren wirtschaftliche Unternehmen eine Aufladung. Diese Aufladung stellt das besondere genossenschaftliche Potential dar. Warum nur ist dann nicht alles Genossenschaft? Das führt zu der Frage: Wer hat Angst vor der Genossenschaft? Der genossenschaftliche Förderauftrag enthält eine kompensatorische Aufgabe: die Aufhebung oder Minderung von Mangelsituationen. Genossenschaften legen den Finger in die Wunden der Gesellschaft. Doch sie belassen es nicht beim Fingerzeig: Sie handeln und zwar in Selbsthilfe.

Mobilisierung eigener Kräfte

Das Prinzip genossenschaftlichen Wirkens ist einzigartig. Genossenschaftliches Engagement beruht auf dem Vertrauen auf die eigenen Kräfte. Der Zusammenschluss einer großen Anzahl nicht mächtiger Akteure ermöglicht machtvolle Gemeinschaften. Die Kommunikation gesellschaftlich Benachteiligter stärkt die Zivilgesellschaft und eröffnet Wege zu gemeinsamer Interessenwahrnehmung. Nur solch aktive und beständige gesellschaftliche Partizipation kann sich kurzfristigen Kapitalinteressen dauerhaft widersetzen und notwendigen gesellschaftlichen Wandel politisch durchsetzen.

Auf der anderen Seite entlasten Genossenschaften das System durch Selbsthilfe. Das staatlich gewollte Subsidiaritätsprinzip beschränkt öffentliche Sozialleistungen nach und nach auf einen nicht entbehrlichen Kern, dies umso mehr, als der Staat in den letzten Jahren erkennen musste, dass sich der bisherige Umfang an öffentlichen Service- und Sicherheitsleistungen schon finanziell nicht mehr erbringen lässt. All dies sind kraftvolle Argumente für die Potentiale der genossenschaftlichen Unternehmensform. Gleichwohl ist die staatliche Unterstützung bis heute unzureichend.

Die Ambivalenz des Staates ist nicht verständlich: Die Fantasien etlicher Genossenschafts-Utopisten zur Zeit der Begründung des modernen Genossenschaftswesens haben genügend Gründe geliefert, Distanz zu halten. Gern wurden und werden Genossenschaften zudem politischen Lagern zugeschrieben, seien es Gewerkschaften oder sei es die SPD. Allerdings: Beweise ob der systemüberwindenden Potentiale genossenschaftlich geprägter Gemeinschaften sind bis heute ausgeblieben. Dennoch zieht sich diese politische Ambivalenz wie ein roter Faden durch die Geschichte des Genossenschaftswesens. Klug ist sie nicht. Eine verantwortungsgeleitete Gesellschaft braucht Genossenschaften.

»Frida – wenn Deine Mutter ooch in's »Konsum« koofte, wärste schon lange een kräftiges Kind – sag's ihr!« Heinrich Zille 1924

Qualität sicher stellen

Ein weiterer grundsätzlicher Aspekt betrifft die genossenschaftliche Qualität. Vielleicht ist es verwunderlich, dass im Zusammenhang mit dem Thema Förderauftrag das Thema Qualität angesprochen wird. Nun, die verantwortungsvolle Wahrnehmung des Förderauftrages ist Ausdruck von Qualität. Genossenschaften entstehen oft aus kleinsten Anfängen. Das begrenzt auch ihre personellen Ressourcen. Ohne philanthropische, auch fachliche Unterstützung von außen wäre so manche Genossenschaft nicht zustande gekommen oder nach kurzer Zeit wieder untergegangen. Doch Unterstützung von außen kann nicht auf Dauer sichergestellt werden. Sie ist auf längere Zeit auch nicht wünschenswert, da solche Genossenschaften in sachlich nicht begründete Abhängigkeiten geraten.

Eine kritische Phase wird erreicht, wenn die Genossenschaft wächst, ohne dass innere Kompetenzen hinreichend mitwachsen. Ohne professionelles Handwerkszeug aber haben auch Genossenschaften auf Dauer keine Chance. Das betrifft zum einen das Genossenschaftsmanagement, zum anderen die Mitgliederpflege. Den Kontakt zu den Mitgliedern zu entwickeln und zu vertiefen – das ist Kernaufgabe des Förderauftrages. Die Förderaufgabe zu kommunizieren, ist unverzichtbares Qualitätsmerkmal der Mitgliederpflege.

Anzeige

Erlebnisreisen
Die VAGABUNDEN
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

Insofern steht hier der Förderauftrag auch stellvertretend für die Qualität genossenschaftlicher Praxis. Dem Förderauftrag gilt es die ihm zustehende Aufmerksamkeit zu widmen. Es macht also Sinn, das Thema Förderauftrag von Genossenschaften zum Thema eines Wettbewerbes zu machen, viel Sinn sogar.●

BUNDESVEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS

Genossenschaft macht Sinn – Genossenschaftspreis 2009

Bereits zum dritten Mal schreibt der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (BzFdG) einen bundesweiten Wettbewerb aus, um Beispiele vorbildlicher Genossenschaftspraxis zu prämieren. In diesem Jahr geht es um die Vermittlung genossenschaftlichen Gedankenguts: Gesucht werden Genossenschaften, die sich in besonderer Weise darum bemüht und verdient gemacht haben, genossenschaftliche Werte mit ihren Mitgliedern zu entwickeln, darzustellen und auszugestalten.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Die gute Arbeit von Genossenschaften ist die eine Sache. Wenn diese jedoch nicht kommuniziert wird, ist der Öffentlichkeit und selbst vielen Genossenschaftlern gar nicht bewusst, dass sie Mitglieder in einer ganz besonderen Unternehmensform sind. Dabei unterscheiden sich Genossenschaften in mehrfacher Hinsicht von allen anderen Unternehmensformen. Genossenschaften sind Personengemeinschaften. Wie jedes andere Unternehmen auch treten auch sie an, um Überschüsse zu erwirtschaften. Im Mittelpunkt der Tätigkeit aber steht etwas anderes: der Förderauftrag zum Nutzen ihrer Genossenschaftsmitglieder.

Förderauftrag als Thema

Die Umsetzung des Förderauftrags ist Thema des diesjährigen Wettbewerbs: Worin sehen die Verantwortlichen für ihre Genossenschaft den besonderen Förderauftrag für die Mitglieder? Wie gestalten sie den Förderauftrag aus? Was macht die betreffende Genossenschaft damit zu einem ganz besonderen Unternehmen? Wie wird dies für die Mitglieder dargestellt und wie wird der Dialog mit den Mitgliedern geführt? Welche Mittel werden eingesetzt? Wie wird die Lebendigkeit des Dialogs hergestellt?

Solche Dokumente des Wirkens von Genossenschaften sind es, die der BzFdG sucht. Der BzFdG ist überzeugt, dass es viele Genossenschaften gibt, die dieser Aufgabe eine große Bedeutung zumessen. Sie werden aufgefordert, sich zu bewerben und auf diese Weise dazu beizutragen, über das positive Beispiel ihrer Genossenschaft die gesamte Genossenschaftsbewegung zu stärken.

Unterlagen einreichen

Entsprechende Bewerbungsunterlagen lassen sich schnell zusammenstellen. Gesucht ist Material aus dem Alltag der sich bewerbenden Genossenschaften und aus deren alltäglichen Umgang mit ihren Mitgliedern. Das können Berichte von Vorstand oder Aufsichtsrat sein, z.B. zum Anlass von Generalversammlungen. Das können Broschüren sein oder Selbstdarstellungen, die diese Genossenschaften ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen. Und es können Vorträge sein, die im Kreis der Mitglieder gehalten wurden. Vielleicht liefert ja auch dieser Wettbewerb den Impuls, das Wettbewerbsthema zu einer Kampagne in verschiedenen Genossenschaften zu machen?

Ausgelobt werden für den ersten Preis 2.000 EUR, für den zweiten 1.500 EUR und für den dritten 1.000 EUR. Die Preisträger erhalten ihre Prämierung in einer öffentlichen Veranstaltung im Dezember 2009. Die Wettbewerbsunterlagen sollen bis zum 31.08.2009 bei der Geschäftsstelle des Bundesvereins eingereicht werden:

Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Geschäftsstelle z. Hd. Herrn Witte, Mariannenstraße 48, 10997 Berlin
(siehe auch www.genossenschaftsgedanke.de).●

Anzeige

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört. Informativ, knapp und klar: Ossietzky

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Bestelladresse:
Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

www.ossietzky.net

Laubenpieper-Sozialismus

Zur DDR sind wahrlich schon sehr viele Bücher erschienen. Steffen Kludt bietet seinen LeserInnen mit seiner Staatsexamensarbeit ein *best-of* der vor allem mit Annegret Schüle, Thomas Ahbe und Rainer Gries definierten kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Generationenforschung zur DDR.

Kludts zentrale These ist, dass die innere, schlussendlich im Zusammenspiel mit anderen Faktoren zum Untergang führende Krise der DDR auf einen »Clash der Generationen« zurückzuführen ist: Die die DDR dominierende Generation der antifaschistischen Kämpfer mit ihrer Sozialisationserfahrung konnte mit Modernisierung und Individualisierung ab Mitte der 1960er Jahre nicht umgehen, die mit ihnen einhergehenden zivilisatorischen Potentiale nicht produktiv nutzen.

Fünf Generationen werden von Kludt unterschieden. Die älteste ist die »Alte Garde«, die noch von der Weimarer Zeit der extremen Konfrontation geprägt worden ist. Die sozialistische Utopie dieser von Honecker und seiner Generationskohorte verkörperten »antifaschistischen Patriarchen« sei vor allem von den Entbehrungen ihrer Jugendzeit zu Beginn der Weimarer Republik formatiert worden. Genügend und billiger Wohnraum, Ernährung und Kleidung, so sah der Traum vom besseren Leben für diese Generation aus – und dieser Traum limitierte auch ihr politisches Vorstellungsvermögen und Handeln. Individuelle Freiheit und Pluralität von Lebensformen kommen da nicht vor. Die auch von anderen HistorikerInnen so bezeichnete Aufbau-Generation (Jahrgänge 1925 bis 1935) stellte zusammen mit der »Alten Garde« die erste Führungsschicht der neu gegründeten DDR der 1950er Jahre, beide hatten eine hohe Identifikation mit dem Sozialismus in den Farben der DDR. Die Aufbaugeneration stand aber immer im Schatten der »Alten« und, so Kludt, entwickelte »kein eigenes politisches Selbstbewusstsein«.

Die dritte Generation ist die der Funktionierenden (Jahrgänge 1935 bis ca. 1950), sie gilt als unauffällig, orientiert sich an den beiden älteren Generationen, nur ein sehr geringer Teil von ihr wird Bestandteil der Post-68er-Reformdebatte und dann des 1989er Herbstes. Die vierte Generation, die Kludt die »integrierte« nennt, ist die erste, die ihr komplettes Leben in der DDR verbringt, da ihre Angehörigen erst nach deren Gründung geboren werden. Sie war deren materielles Niveau gewöhnt, und als sie erwachsen wurde, stand die DRR auf dem Höhepunkt ihrer moralischen Reputation und wirtschaftlichen Entwicklung. Die »Integrierten« beginnen aber, sich zaghaft mental und kulturell von den ihnen vorhergehenden drei Generationen zu entfernen. Diese Distanzierung beschleunigt sich bei den »Entgrenzten und Distanzierten«. Die Angehörigen der Jahrgänge der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre sind in ihrer Alltagswelt vom offiziellen Staatssozialismus entkoppelt. Einige Theoretiker erkennen zwar noch und fordern, dass die wissenschaftliche-technische Revolution nur zusammen mit »der Jugend« machbar ist, und die Staatspartei gesteht zur Bewältigung jener auch gewisse Nischen zu, politisch bleibt aber alles im wahrsten Sinne des Wortes beim / bei den Alten.

Die DDR und ihre Staatspartei misst der Jugend hohe Bedeutung zu, jene wendet sich aber schon längst von der gerontokratischen Fürsorgediktatur ab. Was frühere Generationen noch vor dem Hintergrund einer harten Kindheit und Jugend als Schutz empfunden hatten, ist für die jüngeren selbstverständlich und wird immer mehr unter dem Aspekt der »Gefangenschaft« wahrgenommen.. Es ist ein Allgemeinplatz, dass westliche Medien große Bedeutung für die Sozialisation der Angehörigen der entgrenzten und distanzierten Generation hatten.●

Bernd Hüttner

Steffen Kludt: Am Ende des Fortschritts? »Sozialismus in den Farben der DDR«. Eine generationsgeschichtliche Perspektive. Schkeuditzer Buchverlag 2009, 168 Seiten, 18 EUR

Provinzlexikon

Henning Ahrens versammelt in seinem Buch 274 Stichworte zur geistigen Situation der Provinz. Jene ist in der deutschen Geschichte mit in der Regel abwertenden Klischees überladen, aber die Hälfte der Stadtbewohner, die sich über die Provinz und ihre Rückständigkeit mokieren, sind selbst dort aufgewachsen und so doch von ihr geprägt. Höchste Zeit also eine Psychogeographie einer Lebensweise zu versuchen. Ahrens postuliert zwar, Provinz sei überall zu finden und nicht an einen geographischen Ort gebunden, beschreibt dann aber fast durchweg Phänomene, die vor allem im Dorf und in der Landwirtschaft anzutreffen sind, und hier wiederum vor allem in Norddeutschland. Der Autor ist selbst auf einem Bauernhof aufgewachsen und lebt heute wieder auf dem Land, in dem kleinen Ort Handorf in Ostniedersachsen.

Die Einträge schwanken zwischen Gesellschaftsanalyse und persönlicher Erinnerung, sie sind entweder lexikalischer Natur oder sie bestehen aus kurzen fiktiven und eher humoristischen Briefen, Tagebucheinträgen, Rundfunkinterviews und Tageszeitungsmeldungen. Ahrens beschreibt historische, soziologische und ökonomische Prozesse und Erscheinungen. Um nur eine Auswahl aus der ersten Hälfte der Anfangsbuchstaben zu geben: Zur Geschichte finden sich unter anderem die Stichworte Allmende, Dorfchronik, Flurnamen, Geschichte, Heimat oder Knecht; zu den sozialen und mentalen Verhältnissen Baumarkt, Disco, Familie, Freak, Gerüchte, Geschäft, Grillkamin, Grüßen, Idylle und, natürlich, der Jägerzaun. Die Landwirtschaft selbst wird auch erklärt, unter anderem mit den Beiträgen Acker, Bodenpunkt, Dünger, Forst, Getreide, Gülle, Gummiwagen, Heuboden, Höfesterben und Kuh. Mein persönlicher Favorit unter den Stichworten ist »Schafweise, beleuchtete«, die als neu erschaffenes, mit Straßen versehenes, aber bislang unbenutztes Gewerbegebiet beschrieben wird.

Leider fehlt ein Verzeichnis der Stichworte, ein Umstand, der den Zugang zu dem Buch unnötig erschwert. Dass der 1964 geborene, als Schriftsteller und vor allem als Übersetzer tätige Ahrens den Nationalsozialismus als Herrschaft des geistigen Provinzialismus versteht, und so wiederum ein Klischee weiterspinnt, sei ihm nachgesehen, da er ein lehrreiches und amüsantes Buch geschrieben hat, ein Lese-, Entdeckungs- und Erinnerungsbuch für die vom Land, und für die, die von dort kommen.●

Bernd Hüttner

Henning Ahrens: Provinzlexikon, 304 S., Knaus-Verlag, München 2009, 19,95 EUR

Der Fund im Sofa

Es gab Zeiten, wo Krimis in der linken Szene verpönt waren, und ihren Platz in den ersten Ikea-Regalen in der zweiten Reihe – vor den »wichtigen« Bücher ein Schattendasein frönen mussten. Erst gegen Ende der 1970er Jahre, als etwa das schwedische Autoren-Team Sjöwall/Wahlöö ihren Weg auch in die Regale der Buchladenkollektive fand begann sich das Image zu ändern. Der Boom wurde so stark, dass selbst die linken Kleinverlage kaum noch auf eine eigene Krimi-Reihe – mehr oder weniger erfolgreich – verzichten wollten. Und die Bücher etwa von Donna Leon oder Henning Manckell finden heute selbst den Weg in die Bestsellerlisten.

So verwundert es nicht, dass es natürlich auch kriminalistische Geschichten im linksradikalen Milieu gibt. Waren es bisher in erster Linie etwa »Privatmenschen« und/oder detektivisch veranlagte VerbrechensjägerInnen, so kommt der Autor Henner Reitmeier mit seinem Sammelband »Der Fund im Sofa« uns mit einem Kommissar, einem Beamten, der als Sympathisant in der thüringischen Provinz zwischen Kommunen und Baulöwen ermittelt. Dass, das Verbrechen kein Privileg der Großstädte ist, hat sich inzwischen rumgesprochen und die recht erfolgreichen Eifel-Krimis z.B. lassen genügend Raum für schräge Beamten-Characktere und noch schrägeren UreinwohnerInnen.

Reitmeiers Kommissar Köfel etwa bevorzugt im Sommer selbst im Dienst kurze Hosen. Ehrlich, ein kurzbehoster Kommissar, der ein Techtelmechtel mit einer Messerwerferin aus einer Kommune beginnt, und dann noch linksradikales Gedankengut mit sich schleppt – ist das überzeugend? Wer sich allerdings mit diesen Gedanken vertraut machen kann, der ist hier bei diesem Band mit seinen 8 Erzählungen sicher gut aufgehoben. Dazu kommt noch der Assistent, mit dem für uns Berlin/BrandenburgerInnen verwirrenden Namen »Luckenwalde«, aber alles in politisch korrekter Schreibweise mit Binnen-i.

So wird etwa ein spontanes, aber gelungenes Attentat auf den Ex-Kriegsminister der SPD vom Kommissar Köfel nach der Überwältigung des Würstchenbraters auf der Pferderennbahn zum anti-militaristischen Fanal. Der Totschlag eines Schäferhundes, hier hat sich der Autor namentlich eine Rolle gesichert, wird schlussendlich am runden Tisch gelöst. Eben auch so ist das Kriminalisieren in der Provinz. Und wenn dem Dorf-Mandarin von einem armen tschechischen Fliesenleger, der Hochsitz angesägt und so zu Tode gebracht wird, dann wird aus der Sympathie für den Missetäter kein Hehl gemacht.

Wer also harte Krimis sucht, wird vermutlich enttäuscht, aber eine gute Unterhaltung zwischen gedruckten Diplomarbeiten und kämpferischen Pamphleten ist es allemal. Und wer – so wie ich – skeptisch ist, dass linkes Gedankengut und Kripobeamter überhaupt vereinbar sind, sollte einfach mal reinlesen – heute geht doch fast alles, und wenn wir von der/dem einen oder anderen Tatort-KommissarIn am Sonntagabend uns unterhalten lassen, dann geht das auch bei Kommissar Armin Köfel von der Gothaer Kripo in der thüringischen Provinz. Wie proklamierte schon Horst Stowasser immer: In der Provinz liegt die Zukunft. Na dann...●

Jochen Knoblauch

Henner Reitmeier: Der Fund im Sofa. Erzählungen. Ulenspiegel-Verlag Waltershausen und Erfurt 2009, 143 S., 9 EUR

Des Teufels kesse Beute

Wird von Anarchisten nicht immer Umtriebigkeit erwartet? Haben nicht per se diese GotteslästerInnen und FeindInnen jeglicher Ordnung den Teufel im Leib?

Nun, wen wunderts, wenn da jetzt im Berliner Anarcho-Verlag von Karin Kramer ein Buch erscheint, welches sich mit der biblischen Apokalypse und der Zahl 666 beschäftigt? Und begrüßten sich nicht schon die Haschrebellen Ende der 1960er Jahre mit »Heil Satan«?

Fragen über Fragen. Was die beiden Neuköllner Autoren Halbach und Kramer umtreibt, ist die Tatsache, dass etwa der Glaube an das »Große Tier«, die Zahl 666 in Griechenland tausende von orthodoxe Christen wütend auf die Straße treibt, weil etwa die EU im Schengener Abkommen Griechenland »im elektronischen Verzeichnis der europäischen Staaten mit der Ziffernfolge »666« bedachte.« Somit war klar: die EU ist des Teufels. Auf der anderen Seite atmen die Gläubigen auf, da sie jetzt ja den Euro haben, hat doch der 5.000-Drachmen-Schein rein graphisch die Nullen so angebracht, dass es bei genauem hinsehen drei sechsen ergab. Der Teufel ist eben überall. Aber was hat es eigentlich auf sich mit der Zahl 666?

Per Brief an diverse Kenner und Fachleute (S.16-42) wird versucht, zu klären was hinter der, in der Apokalypse des Johannes (Offenbarung 13,18) erwähnten Zahl 666 steht. Die Theorien sind vielfältig und jeder baut sich seine eigene. Sieht der eine darin die in Buchstaben umgewandelten Namen vom römischen Kaiser Nero, meinen andere, dass die Offenbarung hier vor Hitler, oder gar Bill Gates warnen will. Schön auch die von Halbach kolportierte Johannes-Legende, die bei dessen Verbannung auf Patmos in einem Wettstreit zwischen ihm und seinen Gott und dem ortsansässigen Zauberer in einem Duell mündet, wer von beiden mehr Tote zurück aus dem Meer holen kann. Nicht der Glaube zählt, sondern die getätigten Wunder. Johannes hat das Duell knapp gewonnen, aber statt sich zu freuen, diktierte er seinem griechischen Schüler die Offenbarung, die zu einem Rätsel für die kontrollierenden Römer war, und ein manisch-depressives Wechselbad für die ChristInnen – bis heute.

Bernd Kramer macht daraus ein dadaistisches Hobby und sammelt Werbeanzeigen, in denen Produkte mit der teuflischen Zahlenfolge beworben werden, wie etwa der Schweinelachsbraten für 6,66 oder der Vollwaschautomat für 666,- (vermutlich noch DM). Anschließend schreibt Kramer einen Brief an die entsprechenden Handelsketten, und beschwert sich in seiner religiösen Haltung verletzt zu sein. Und so schreibt dann etwa der Drogerie-Markt Rossmann zurück: »Nach unserer Kenntnis gibt es für die Verwendung der Zahl 666 in geschäftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen keine Einschränkungen.« Diese Schlaumeier...

So wird dann daneben noch die Geschichte des (vermeintlichen?) Autors der Offenbarung, der alte Johannes erzählt, die Offenbarung gibt es im Volltext auch noch dazu (Diese Heiden haben doch keine Bibel zwischen ihrer Anarcholiteratur), und weil es so schön ist gibt es auch noch den Bilderzyklus von Albrecht Dürer zum Thema.

Wenngleich das Thema als solches längst nicht ausgeschöpft ist, so bleibt doch die Verwunderung etwa darüber, das diese irrationale Zahlenfolge etwa in Griechenland 1997 Tausende von Menschen auf die Straße treibt, während die sozialen Verhältnisse von Arbeitslosigkeit und allgemeiner Verteuerung ganz Europa in eine Friedhofsruhe versetzt. Was immer der Einzelne in diesem Buch für sich entdecken mag, sich einmal drauf eingelassen, macht es durchaus neugierig, mehr zu dem einen oder anderen Thema zu lesen. Das Abseitige ist nun mal unser Platz, aber manchmal kann gar nicht so abseitig gedacht werden, um sich nicht plötzlich in der Mitte zu sehen.

Ein Buch, was einem mal zwischendurch einen anderen Themenkreis zuführt, sich gut lesen lässt, und den einen vielleicht aufregt, die andere aber anregt. Lieber ein Werk, welches polarisiert, als wenn es im Gleichklang eines Meinungseinheitsbreies uns in die Langweile treibt.●

Jochen Knoblauch

Robert Halbach / Bernd Kramer: Die Apokalypse in der Konsumgesellschaft oder: Das Rätsel der satanischen 666. Karin Kramer Verlag Berlin 2008, zahlreiche Abb., 170 S., 19,80 EUR

Gefängnisliteratur vor 100 Jahren

Wer die Berichte aus dem Strafvollzug, insbesondere die Reaktionen hierauf verfolgt, stellt fest, dass es ein im Vergleich zu den 90er Jahren wachsendes Interesse an den Zuständen hinter den Gefängnisgittern gibt. Einen authentischen Einblick in das US-amerikanische Gefängnis »Folsom« im ausgehenden 19. Jahrhundert bietet das vorliegende Buch von Jack Black (geboren 1868, gestorben 1933).

Im Mittelpunkt seiner Gefängnisschilderungen steht ein Ausbruch aus »Folsom-Prison«, welchen er aus nächster Nähe erlebte. Ein Ausbruch einerseits sicherlich angespornt vom Freiheitsdrang, andererseits wohl noch viel stärker von den unmenschlichen, den barbarischen Zuständen, die dort herrschten, und das macht das Büchlein von 96 Seiten so lesenswert. Tägliche physische Gewalt, schwere Misshandlungen bei kleinsten Verstößen, Folterungen durch das Anlegen von Zwangsjacken über Tage, um Aussagen zu erpressen und vieles mehr.

Wer über den brutalen Haftalltag liest, fragt sich vielleicht, ob sich in den letzten 100 Jahren wohl viel verändert haben mag. Gerade aus US-Gefängnissen dringen immer wieder aufs neue Berichte über Misshandlungen und Todesfälle in Folge von Übergriffen. Im Vergleich dazu ist die Situation in deutschen Gefängnissen von erheblich weniger körperlicher Gewalt geprägt.

Psychologisch interessant aus meiner Sicht Blacks Ausführungen über das Spitzelsystem: die Gefängnisleitung hielt sich eine große Zahl von Gefangenen als Informanten, die für ihre denunziatorischen Dienste Vergünstigungen gewährt bekamen. Diese Praxis existiert auch heute noch, was wohl wenig überraschend ist.

Es ist dem Übersetzer-Duo Axel Monte und Jerk Götterwind zu danken, dass Jack Blacks Buch nun auch in deutscher Sprache vorliegt.●

Thomas Meyer-Falk

Jack Black: Der große Ausbruch aus Folsom Prison. KILLROY media, 2008, ISBN: 978-3-931140-19-9, 96 Seiten, 13 EUR

Quicken: Effektive Finanzplanung

Konsumenten üben sich derzeit in »Kaufzurückhaltung«, stellen Marktforscher fest. Salopp ausgedrückt: Sparen ist angesagt. Unterstützung bei der Suche nach Sparpotenzialen bietet die neue Finanz-Software Quicken 2010 aus dem Hause Lexware. Das Programm durchleuchtet die private Finanzlage und bietet innovative Tools zur Optimierung der Geldgeschäfte.

Quicken 2010 trägt nicht nur mit zahlreichen neuen Funktionen der aktuellen wirtschaftlichen Situation Rechnung – Lexware offeriert das Programm bis Herbst außerdem zum Einführungspreis. Die neue Version der hierzulande meistverkauften Finanz-Software für private Nutzer bietet wesentlich mehr als die Rundumsicht auf die private Finanzsituation – Quicken 2010 hilft auch bei Entscheidungsfindung und Finanzplanung und wurde mit einer komplett überarbeiteten Kreditverwaltung ausgestattet. Erweitert wurde zudem die Zahlungsverkehrszentrale, unter deren Dach nun alle Überweisungsarten bequem abgewickelt werden – auch Daueraufträge und Terminüberweisungen. Besitzer von HBCI-Konten können außerdem bereits versandte Terminüberweisungen ändern oder löschen, solange diese von der Bank noch nicht ausgeführt wurden. Ein Highlight zum Schluss: Besonders bequem im neuen Quicken 2010 ist die Funktion zum Aufladen des Gesprächsguthabens von Prepaid-Handys am heimischen PC.

Quicken 2010 ist in drei Varianten mit unterschiedlichem Funktionsumfang im Fachhandel und online (www.lexware.de/quicken) verfügbar. In der Version Quicken Home & Business 2010 eignet sich das Programm auch für den Einsatz in kleinen Unternehmen.

Leider läuft das Programm nicht unter Linux, sondern nur unter Microsoft Windows(r) 2000 SP4 / XP SP2 (32 Bit) / Vista ab Home Basic ab SP1 (32/64 Bit) (jeweils deutsche Version).●

dipo

Weitere Infos unter: www.lexware.de

Anzeige

PROJEKTE

Lebensgemeinschaft in Herford bei Bielefeld sucht 1-3 neue Mitbew.
Ländl. Lage, gr. Garten, Engagement für Flüchtlinge, gegen Militär und Atomkraft, gemeinschaftliches Wohnen, schönes Haus, Mitarbeit in Haus und Garten willkommen, Einkommensgemeinschaft, nur 5 km Entf. z. Bhf. Herford
Neugierig geworden?
Mail: ala14@web.de

Markus Jensch
Eine glücklichere Welt ist möglich
Globaler Kapitalismus - wie lange noch und was danach?
ISBN 978-3-930830-39-8 182 S. 16 €

& AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@ileibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 86
www.agspak-buecher.de

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Ulrich Klemm
Francisco Ferrer
Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 5.- Euro
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5.-- Euro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften
288 Seiten, 18,50 Euro
www.utespero.de
Oder jede gute Buchhandlung

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
www.graswurzel.net

GWR Nr. 340, Sommer 2009: Schwerpunkt Anarchy in East-Germany – 20 Jahre „Wende"; Das System Berlusconi; Aufstand in Griechenland; Krieg in Sri Lanka; Anti-Speziesismus? Schmeckt mir nicht, Diskussion um Tierrechte; „Anarchismus, ein idealer Entwurf des menschlichen Lebens"; Parlamentarismuskritik. Und die Suche nach Alternativen; utopia Nr. 11,... Abo: 30 Euro (10 Ex.), Probeheft kostenlos bei: GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250, Fax: 02440/959-351

Orientierungskurs

Seit 2005 bekommen alle Einwanderer in Deutschland einen Deutschkurs (600 Stunden) und einen Orientierungskurs (45 Stunden Politik, Geschichte und Gesellschaft). Seit 2009 muss der Orientierungskurs mit einem einheitlichen Abschlusstest bestanden werden. Die Broschüren enthalten den vorgeschriebenen Unterrichtsstoff und alle Prüfungsfragen (mit den richtigen Antworten).

Mein Orientierungskurs (Heft 1: Politik in der Demokratie. Heft 2: Geschichte und Verantwortung. Heft 3: Mensch und Gesellschaft). Mai 2009, je 48 Seiten, je 2 Euro (zzgl. Versand).
Angebot: Drei Hefte zusammen 5 Euro (inkl. Versand)
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, www.brd-dritte-welt.de

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

JETZT NEU:
DIE JUNI-AUSGABE DER LN

Brasilien: Umleitung des São Francisco bedroht Tausende Menschen // Guatemala: Präsident Colóm unter Druck // Bolivien: Die gefährlichen Verwicklungen der Opposition

PROBEABO
// 3 Monate // 10 Euro //
unverbindlich online bestellen

BRASILIEN // DER RIO SÃO FRANCISCO SOLL UMGELEITET WERDEN // Tausende Menschen sind dadurch von einer Vertreibung bedroht // BOLIVIEN // GEFÄHRLICHE VERWICKLUNGEN // Tiefland-Opposition auf Putschpfaden // GUATEMALA // PRÄSIDENT UNTER MORDVERDACHT // Videobotschaft eines ermordeten Anwalts setzt Álvaro Colóm unter Druck

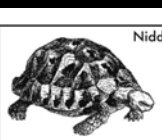
www.lateinamerika-nachrichten.de

FORUMRECHT
SEKT UND SCHNITTCHEN
60 JAHRE GRUNDGESETZ

Heft 02/2009 jetzt erhältlich.
www.forum-recht-online.de
Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung.

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.labournet.de/express
Tel. (069) 67 99 84



Ausgabe 5/09 u.a.:
- Samuel Arret: »Dombrowskis Furor«, zur Heuchelei der deutschen Ärzte
- Gregor Zattler: »Petition als Diskursvehikel!?«, zum Versuch, die Arbeitsrechtsprechung parlamentarisch zu ändern
- »Ohne Solidarität machen sie jeden Standort platt!«, Stephan Krull im Gespräch mit Conti-Kollegen aus Mexiko
- Sissel Brodal: »Hängengelassen«, über den »Garten Europas« in Zeiten der Krise
- Christa Sonnenfeld: »Elendsverwaltung«, ein ver.di-Ratgeber wird unter die Lupe genommen
- ver.di-Jugend: »Reifes Ende«, »Acht Thesen über Krise«
- Spitou Mendy: »Mobiles Einsatzkommando«, Ausbildung zur Selbstorganisation für MigrantInnen
- »Andauernder Skandal«, breite und vielfältige Proteste gegen Verdachts- und Bagatellkündigungen – Kaiser's-Tengelmann AG schweigt
- »Charta 08«, Chinas Dissidenten in den Fußstapfen der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung?

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 okt. Ausgaben z. Preis von 10 Euro (gg. VK.)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Probeheft gratis! da-abo@fau.org
Die klare Linie
Aktuelle Ausgabe (Nr. 193, Mai/Juni 09):
► Die Krise in der Automobilindustrie ► LeiharbeiterInnen rebellieren ► FAU-Jugend in voller Fahrt ► Strategien gegen Praktikumsausbeutung ► Klassenkämpfe in Frankreich und Übersee ► Kampagne gegen Zeitarbeit ► Kämpferische Gewerkschaften in Algerien ► Solidarische Ökonomie und Syndikalismus ► Danielle de Picciotto & Alexander Hacke im Interview ► u.v.m.
DA DIREKTE AKTION
www.direkteaktion.org

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail**: nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krüllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Jung, dynamisch, flexibel...
...und an Gemeinschaft interessiert?
Die Kommune Niederkaufungen veranstaltet nach den vielen Inspirationen vom letztjährigen U30-Seminar in diesem Jahr wieder eine Woche für junge Leute unter 30 Jahren. Wir bieten Euch die Möglichkeit unsere Kommune kennenzulernen, gemeinschaftliches Miteinander zu (er)leben und einen Austausch zur Frage »Wie will ich leben«.
Zeitraum: 27.09.-04.10.2009
Teilnehmeranzahl: max. 12
Beitrag: 50 EUR
Inhalt: Theoretisches zu verschiedenen Kommunethemen, praktische Mitarbeit in unseren Betrieben bzw. Realisierung von eigenen Projekten, Essen, Reden und hoffentlich viel Lachen.....
Infos und Anmeldung:
☎ (0 56 05) 8 00 70
www.kommune-niederkaufungen.de

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 25.09.-27.09.2009
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOMMERAKADEMIE 2009

Die 8. attac Sommerakademie wird vom 4. bis 9. August 2009 in der Waldorfschule Karlsruhe stattfinden.
Mit Wissen, Witz und Widerstand gestalten wir unsere Sommerakademie, die bereits zum zweiten Mal im sonnigen Süden Deutschlands stattfinden wird, mit integriertem Ratschlag. Im politischen Zentrum unserer Veranstaltungen steht in diesem Jahr natürlich »die Krise«. Wir werden die auf dem »Kapitalismuskongress« entstandenen Ansätze weiterführen und gemeinsam nach Auswegen aus dem neoliberalen Untergangsszenario suchen.
Neben vielen spannenden Workshops zu brandaktuellen Themen wie Chancengleichheit, Rehabilitation der Öffentlichen Dienste, demokratisch Wirtschaften, globale Ernährung, Ökologie und Klima u.v.m. geht es auf dieser SoAk aber auch um uns. Die Vorbereitungsgruppe hat sich einiges einfallen lassen, um auch dem »Miteinander« Raum zu geben: Freut Euch schon mal auf unser »Café Netzwerk«, die nachmittägliche »Alle-reden-mit-Runde«, die »Perspektiven-Werkstatt«, den »Talentschuppen« und natürlich unser großes »Krisenfest« am Freitagabend!
Anmeldung ab sofort
mit Frühbucherrabatt unter:
www.attac.de/sommerakademie

Auch in **Österreich** ist die nächste **attac Sommerakademie** für die Zeit vom **15. bis 19. Juli** in Planung.
Mehr Infos: www.attac.at

SOMMERCAMPS

Das **anarchistische Sommercamp 2009** in Österreich soll Menschen aus unterschiedlichen Orten, Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen und Hintergründen zusammenbringen, um ein befreites Leben zu erproben. Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir voneinander lernen. Es ist in Ordnung, sich zu streiten, dabei sollte der Umgang untereinander von Solidarität und Respekt geprägt sein.
Widerstand, das heißt für uns Lebendigkeit. In diesem Sinne wollen wir 10 Tage lang gemeinsam leben, lieben, lachen, spielen, musizieren, tanzen, baden, kuscheln, Ideen sammeln, diskutieren, Pläne aushecken – machen, worauf wir gerade Lust haben.
Was während des Camps inhaltlich passiert, hängt davon ab, was ihr daraus macht und was sich vor Ort spontan entwickelt. Es gibt kein fertiges Programm, vielmehr geht es darum, sich einzubringen, Workshops und Diskussionen anzuregen, auch vor und nach dem Camp.
JedeR ist eingeladen, die/der sich mit emanzipatorischen und herrschaftskritischen Ideen identifizieren kann. Du brauchst dich nicht mit irgendwelchen Theorien auskennen oder in politischen Gruppen/Kollektiven aktiv sein.
Wo es stattfindet:
Das A-Camp 2009 findet im nördlichen Niederösterreich statt. Einen Monat vor Beginn des Camps (also Mitte Juni) gibt es auf der Internetseite einen genauen Anfahrtsplan und Informationen über die lokalen Verkehrsverbindungen. Autos können nicht am Gelände geparkt werden, dafür gibt es in der nahen Umgebung Abstellmöglichkeiten.
Information & Anmeldung:
acamp@lnxnt.org
www.a-camps.net/AST

Statt »60 Jahre BRD« feiern:
Ferien von Deutschland machen
Eine Woche lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Freibad und Argumente. Täglich werden zu vernünftigen Zeiten Workshops angeboten, die wie im echten Leben in Konkurrenz stehen zu Sauna, Schwimmen, Schlafen, Spaziergängen, Kickern und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).
Es wird Workshops u.a. zu folgenden Themen geben:
Drogenpolitik, Biologismus, Realsozialismus, Geschlechterverhältnis, Kapitalismus, politischer Veganismus, Rassismus, Schule, Menschenrechte, Mythos Finanzkapital, Wahljahr 2009, bürgerliche Faschismustheorie, Birma, Bioethik und Patientenverfügungen, Rätekommunismus, Anti-Amerikanismus, Einführung in das »Kapital« von Marx, Rechtsradikalismus in Russland, Krankheit & Behinderung als Super-GAU des bürgerlichen Individuums, Antisemitismus, Hirnforschung, Geschichtspolitik u.v.m.
Antinationales Sommercamp »hoch 2« vom **26.7. bis 2.8.2009**, in Niedersachsen.
Information & Anmeldung:
www.junge-linke.de

Sommercamp Jahnishausen
Nach langer Pause gibt es in diesem Jahr wieder ein Sommercamp. Für 10 Tage steht die Frage »Wie will ich leben?« im Mittelpunkt eines bunten Treibens, munteren Diskutierens, tiefgründigen Erspürens. Dafür wollen wir besonders Menschen um die 30 ansprechen und uns austauschen über die Themen und Bedürfnisse in diesem Alter.
Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Eine Arbeitsgruppe hat sich gebildet und die Ideen zur inneren und äußeren Gestaltung sprießen nur so.
Termin: 16.- 26.7.2009
Information & Anmeldung:
Lebenstraum Gemeinschaft Jahnishausen, Jahnatalstr. 4 a, 01594 Jahnishausen
☎ (0 35 25) 51 78 51, Fax: 51 78 57
ltgj@gmx.de

Internationale Sommercamps
Seit fast zwei Jahrzehnten kommen Jugendliche aus den verschiedensten Ländern Europas, aber auch aus den beiden Amerikas, Afrika und Asien, die sich mit der politischen Realität nicht abfinden wollen auf die internationalen antikapitalistischen Camps der IV. Internationale zusammen, die dieses Jahr in Katalonien und Griechenland stattfinden. Eine Woche lang tauschen sie Erfahrungen aus, entwickeln gemeinsam Perspektiven und Widerstandsstrategien, planen Aktionen und leben zusammen.
Da die Probleme der Menschen in den Ländern sehr oft ähnlich sind, aber sich durchaus unterschiedliche Arten des Widerstands und Protests entwickelt haben, sind die Diskussionen auf den Camps sehr bereichernd. Besonders lehrreich sind z.B. die Erfahrungen, die die Jugendlichen in anderen Ländern gesammelt haben im Umgang mit Problemen, die bei uns gerade erst aktuell geworden sind. So kann gesehen werden, was woanders funktioniert hat und welche Fehler begangen wurden. Das Ganze gilt natürlich auch umgekehrt. Aus den Niederlagen und Erfolgen der verschiedenen sozialen Bewegungen in anderen Ländern zu lernen, bedeutet auch, dass wir hier für die kommenden Kämpfe gegen die Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Krise auf unsere Schultern besser gewappnet sein werden. Wobei ein besonderes Augenmerk auch auf die Vernetzung der Bewegungen gelegt wird. Denn letztlich kann dem weltweiten Angriff der Herrschenden nur mit einer gemeinsamen internationalen Widerstandsbewegung entgegnet werden.
Was es auf den Camps so gibt
Zunächst steht natürlich der gegenseitige Austausch im Vordergrund. Es gibt Berichte zu den aktuellen Situationen in den einzelnen Ländern, Workshops zu politisch aktuellen und relevanten Themen, Podiumsdiskussionen. Kurz gesagt jede Menge Foren in denen wir schauen können, wie der politische Widerstand in anderen Ländern funktioniert, was wir von diesem oder andere von unseren Widerstandsformen lernen können. Außerdem wollen wir gemeinsame Strategien für den internationalen Widerstand entwickeln. Wenn die Staaten sich in einer Union organisieren können, warum nicht dann auch wir?
Neben dem politischen Austausch gibt es natürlich auch Zeit für andere gemeinsame Aktivitäten, wie Ausflüge, Baden und Sport. Und an der Camp-Bar kann mensch feiern und tanzen bis zum Abwinken.
Beide Camps funktionieren in Selbstorganisation der jeweils etwa 400-500 TeilnehmerInnen. Für Menschen, die aus Kostengründen nicht kommen könnten, ist ein Solifonds eingerichtet worden.
Falls ihr noch Fragen habt, mitfahren möchtet zum Camp nach Griechenland oder Katalonien, oder für den Solifonds spenden möchtet, schreibt einfach an sommercamp@rsb4.de
Weitere Infos auf:
www.internationalcamp.org
Termin Nordgriechenland:
25.-31.07.2009, 120 EUR
Termin Katalonien:
26.07.-01.08.2009, 135 EUR

ANTI-ATOM

Final Countdown
Während die Atomlobby noch von Laufzeitverlängerungen träumt, formiert sich der Widerstand gegen die Atomenergie neu. Bürgerinitiativen und Umweltverbände wollen am **5. September** in Berlin demonstrieren und werden dabei aus Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und jenem rasch wachsenden Teil der zukunftsorientierten Wirtschaft unterstützt. Los geht es bereits am **29. August um 14.00 Uhr**. Dann brechen die Gorleben-Bauern zu einem Treck über KONRAD – ASSE II – Morsleben – Magdeburg und Potsdam nach Berlin auf. So, wie sie sich vor 30 Jahren aufmachten nach Hannover, wo 100.000 DemonstrantInnen dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten Albrecht zu der Erkenntnis verhalfen, dass der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben politisch nicht durchsetzbar war. Heute geht es um mehr: Atomenergie, dass sollen die PolitikerInnen aller Parteien sehen, ist nicht mehr gesellschaftsfähig.
Damit der Treck ein Zug durch die gesamte Gesellschaft wird, geht die Bl Lüchow-Dannenberg im Juli mit einem Aktionsbus auf Tour durch viele deutsche und europäische Städte, RobinWood startet eine FlossTour auf Main und Donau und und Campact schickt einen Castor auf Aktionstour.
Weitere Infos:
www.anti-atom-treck.de

JUNGE LINKE

Die Gewalt der Ordnung
Tagesseminar zur Kritik an den Rechtfertigungen der bürgerl. Gesellschaft für ihr Strafwesen und ihre Knäste.
Bei den öffentlichen Debatten um die Bekämpfung von Kriminalität geht es oft um die Frage nach dem Sinn und Unsinn härterer Strafen bzw. der Ausgestaltung des Strafvollzugs. Eine Seite sorgt sich darum, ob der Staat dem Schutzbedürfnis seiner Bürger genügend Rechnung trage und hart genug gegen Verbrecher durchgreife. Eine andere Seite macht hingegen geltend, dass härtere Strafen bzw. das Gefängnis wenig effektiv sind für das Ziel, Verbrecher zu anständigen Bürgern zu machen. Ihr fällt an der Freiheitsstrafe auf, dass ausgerechnet durch das Wegsperren und Isolieren von Menschen deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft erreicht werden soll. Die Politik verschlechtere die Resozialisierungschancen dadurch, dass sie immer miesere Haftbedingungen herstelle (Überbelegung, wenig Geld für Ausbildung und Sozialarbeit).
So gegensätzlich die Positionen auch erscheinen, sie sind sich doch in den Annahmen einig, dass Recht diene dazu, ein friedliches Zusammenleben zu sichern und der Staat mit seinem Strafrecht und seinen Knästen habe damit den Schutz der Bürger im Auge. Beide Seiten setzen voraus, dass die Gründe für die Kriminalität nicht in der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung zu suchen sind, die alle auf Eigentum/Konkurrenz verpflichtet, sondern bei den Störern dieser Ordnung. Deshalb streiten sie darüber, welche der Strafzwecke – Schutz der Allgemeinheit oder Resozialisierung – wichtiger seien, ob bei der Strafbemessung individuelle Lebensumstände strafmildernd anzuerkennen seien, ob die Freiheitsstrafe effektiver sei oder der offene Vollzug. Bestrafen halten sie aber alle für notwendig.
Uns interessieren auf dem Seminar dagegen andere Fragen: Welche Ordnung schützt der Staat durch sein Recht und wie sorgt er dafür, dass Strafverfolgung und Strafvollzug ihr entsprechen? Was bedeutet das für die Gefängnisinsassen? Wie verhält sich der Schutz der Rechtsordnung durch den Staat zum Schutzbedürfnis seiner Bürger? Dabei wollen wir diskutieren, warum der Schutz seiner Rechtsordnung durch den Staat etwas anderes ist, als der Schutz der Bürger vor Gewalt und Schädigung, und, inwiefern das Strafsystem selbst und die Ordnung, der das Recht dient, die Gründe für das Verbrechen wie auch das Interesse der Bürger an Strafen und ihrer Verschärfung immer wieder hervorbringen. Eine praktische Konsequenz vorneweg: Es geht nicht darum, für ein besseres Strafsystem einzutreten, sondern soziale Verhältnisse zu kritisieren, die ein solches nötig machen.
Termin: 29.8.2009, Hannover
Information & Anmeldung:
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

FREIE SCHULEN

Das **BFAS-Bundestreffen** findet in diesem Jahr in der Freien Comenius Schule in Darmstadt statt: Alle BFAS-Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich vom 17. bis 20. September im stets sonnigen Südhessen zu treffen. Die Aktivitäten vor Ort sind schon angelaufen. So gibt es bereits eine Internetadresse www.bundestreffen2009.de, die noch zur Homepage der Comeniusschule führt, aber umgeschaltet wird, wenn die ersten Inhalte des Bundestreffens stehen. Aktuelles zum 31. Bundestreffen wird auch an dieser Stelle vermeldet.

SOZIALFORUM

Aufruf zum 3. Sozialforum in Deutschland
Wie erreichen wir, dass Finanzkrise, Klimakatastrophe, Kriege und schlechter werdende Lebensbedingungen nicht zu Resignation, Abgrenzung und nationalistischem Denken führen, sondern zu solidarischer Aktion?
Treffen wir uns zum Sozialforum in Hitzacker vom **15.-18. Oktober 2009**.
Das Sozialforum ist ein wichtiger Ort für uns, Alternativen für die Zukunft zu entwickeln. Im Jahr 2001 fanden sich soziale Bewegungen aus aller Welt und vorrangig aus den Ländern des Südens zu einem ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre zusammen. Sozialforen gibt es heute auf allen Kontinenten, auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und auf Weltebene. Sie sind ein wichtiger Ort der Begegnung und Verständigung zwischen sehr verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren geworden. Sie haben – vor allem auf europäischer und Weltebene – einen großen Beitrag geleistet zur Herausbildung von Netzwerken in verschiedenen Bereichen: Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Arbeit und Klima. Fraueninitiativen haben für ihre Rechte gekämpft, Privatisierungen konnten verhindert werden, Bürgerinnenbegehren waren erfolgreich, Streiks und Demonstrationen wurden angeschoben. Immer stand im Mittelpunkt die Überzeugung: Eine andere Welt ist möglich.
Wir widersetzen uns einem Prozess der Globalisierung, der von multinationalen Konzernen und den ihren Interessen dienenden Regierungen vorangetrieben wird. Die Alternative ist eine Welt, die geprägt ist von solidarischem Wirtschaften und der weltweiten Ausweitung sozialer Rechte. Die Geltung der universellen Menschenrechte für alle und der Respekt gegenüber der Umwelt sind unverzichtbar für uns.
Im Jahre 2009 treffen wir uns in Hitzacker, einer Kleinstadt an der Elbe im Wendland. Das Wendland mit seiner jahrzehntelangen lebendigen Widerstandskultur, seinem phantasievollen Kampf gegen die nukleare Müllhalde Gorleben, ist für uns ein guter Ort, um über Alternativen und Wege in eine lebenswerte Zukunft zu sprechen. Wir brauchen einen langen Atem, Lebenslust, kämpferischen Mut, Toleranz und Phantasie, um mehr zu werden in unserer Bewegung für eine Gesellschaft, die nicht auf Kosten von großen Teilen der Menschheit lebt und die unsere natürlichen Ressourcen schützt.
Wir wollen ein paar Tage lang Konzepte vorstellen und diskutieren, uns querstellen und herausfinden, wie wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen.
Information: www.Sozialforum2009.de
Kontakt: info@sozialforum2009.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg